

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
17. Februar 2022

Protokoll Nr. 17

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 11. November 2021, 08.15–16.50 Uhr
Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann

Präsenz:

Anwesend sind 46–48 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Peter Gmür ab 09.30 Uhr

Roger Sonderegger ab 09.30 bis 12.10 Uhr

Claudio Soldati bis 08.40 Uhr

Daniel Lütolf ab 15.30 Uhr

Der Stadtrat ist die meiste Zeit vollzählig anwesend.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub ist ab 11.00 Uhr bis Mittag
und ab 16.30 Uhr entschuldigt,

Stadtpräsident Beat Züsli ab 13.30 bis 14.25 Uhr.

Protokoll:

Nadine Mathis

Verhandlungsgegenstände

Seite

- | | | |
|----|--|----|
| 1. | Mitteilungen der Ratspräsidentin | 3 |
| 2. | Bericht und Antrag 23/2021 vom 7. Juli 2021:
Die neue Bahnhofstrasse
Sonderkredite für die Bauausführungen: <ul style="list-style-type: none">▪ Neugestaltung Bahnhofstrasse und Sanierung Kanalisation▪ Velostation an der Reuss▪ Aufwertung Seidenhofstrasse | 4 |
| 3. | Bericht und Antrag 30/2021 vom 25. August 2021:
Neubau Quartierpark Fluhmühle
Sonderkredit für die Ausführung | 25 |
| 4. | Bericht und Antrag 29/2021 vom 30. August 2021:
Digitalstrategie und Smart City Luzern | 36 |
| 5. | Gast-Input Journalismus:
Christian Dorer, Chefredaktor Blick-Gruppe | 60 |

6.	Interpellation 93, Michael Zeier-Rast und Mirjam Fries namens der Mitte-Fraktion vom 30. April 2021: Erfahrungen aus dem Fernunterricht	63
7.	Postulat 100, Marco Baumann, Irina Studhalter, Jona Studhalter, Yannick Gauch, Gianluca Pardini und Patrick Zibung vom 10. Mai 2021: Politische Bildung an der Volksschule stärken	68
8.	Postulat 89, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion vom 26. April 2021: Opt-In-Verfahren bei Werbesendungen in der Stadt Luzern	68
9.	Postulat 96, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 7. Mai 2021: «Mediterrane Nächte» für die Stadt Luzern	69
10.	Postulat 123, Silvio Bonzanigo vom 1. September 2021: Öffentliche Auflagen und Einsprachemöglichkeiten dürfen keine Farce sein	74
11.	Postulat 94, Marc Lustenberger, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 4. Mai 2021: Ausbau des 5G-Netzes beschleunigen	75
12.	Interpellation 125, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 6. September 2021: Ist die städtebauliche Planung im Gebiet Rönningmoos und Grenzhof noch richtig?	76
13.	Interpellation 129, Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 13. September 2021: Grünanlage und Erholungsraum beim Grenzhof	83
14.	Postulat 92, Yannick Gauch namens der SP-Fraktion sowie Martin Abele und Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 29. April 2021: Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts	83

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann begrüsst die Anwesenden zur 17. Sitzung des Grossen Stadtrates und informiert darüber, dass heute eine reich befrachtete Traktandenliste bearbeitet werden muss, bzw. die Traktandenliste nicht so lang ist, aber bereits viele Protokollbemerkungen eingereicht wurden. Die Ratspräsidentin weist darauf hin, dass das Schutzkonzept unverändert ist und auch die Pausen wie üblich abgehalten werden. Den Kaffee können die Ratsmitglieder gegen Vorweisen des Badges im Restaurant Opus trinken – ohne zweite Zertifikatskontrolle. Die Maskenpflicht ist auch klar geregelt. Personen, welche sich nicht gut fühlen, werden gebeten, die Maske immer anzubehalten und Abstand zu Kolleginnen/Kollegen zu halten. Die Sprechende wünscht hier in der Sitzung keine Ansteckungen.

Die Sitzung wird wieder live übertragen und die Mikrofonanlage ist sehr sensibel. Die Ratsmitglieder werden gebeten, nur zu drücken, wenn das Wort gewünscht wird und auch nicht am Mikrofon zu rütteln oder es zu verstellen.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Am 8. November 2021 durfte Fabian Reinhard einen runden Geburtstag feiern. Die Sprechende wünscht Fabian Reinhard beruflich alles Gute und gute Gesundheit und überreicht ein kleines Präsent.

Die CVP heisst neu die Mitte. Die CVP der Stadt Luzern hat an der Parteiversammlung vom 3. November 2021 den Namenswechsel beschlossen. Ab sofort wird von der Mitte-Fraktion gesprochen. Die Ratspräsidentin weist darauf hin, dass es auf alten Dokumenten nicht angepasst wird, sondern ab sofort unter dem neuen Namen läuft. Die Sprechende bittet bereits im Voraus um Entschuldigung, falls sie ab und zu doch noch von der CVP spricht.

Zur Traktandenliste

Es ist zum ersten Mal seit der Pandemie kein dringlicher Vorstoss eingereicht worden, daher kann direkt gemäss Traktandenliste begonnen werden. Die Ratspräsidentin weist darauf hin, dass die Traktanden 12 und 13 zusammen beraten werden, da es thematisch um das Gleiche geht.

Im Verlauf der Sitzung kommt es zu einer Umstellung der Traktanden. Traktandum 4 wird vor der Mittagspause bis zum Eintreten behandelt. Direkt nach der Mittagspause folgt mit Gastreferent Christian Dorer Traktandum 5. Erst danach behandelt der Rat den zweiten Teil von Traktandum 4 sowie die Traktanden 6–14. Die Protokollierung folgt der Traktandenliste.

2 Bericht und Antrag 23/2021 vom 7. Juli 2021:

Die neue Bahnhofstrasse

Sonderkredite für die Bauausführungen:

- Neugestaltung Bahnhofstrasse und Sanierung Kanalisation
- Velostation an der Reuss
- Aufwertung Seidenhofstrasse

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 30. September 2021 den B+A 23/2021 «Die neue Bahnhofstrasse» behandelt. Sie hat einstimmig den Sonderkrediten für die Neugestaltung der Bahnhofstrasse sowie für die Aufwertung der Seidenhofstrasse im Gesamtbetrag von 8,45 Mio. Franken zugestimmt. Dem Sonderkredit für den Bau der Velostation über 19,26 Mio. Franken wurde mehrheitlich zugestimmt. Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern haben im Herbst 2013 die Initiative «Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern» angenommen. Die Neugestaltung der Bahnhofstrasse basiert auf dem Siegerprojekt von Koepfli Partner Luzern sowie Enzmann + Fischer Zürich, welches aus dem Jahr 2016 durchgeführten Projektwettbewerb hervorgegangen ist. Für alle Fraktionen war unbestritten, dass das Projekt nun rasch umgesetzt werden soll. Aus Sicht der Baukommission besteht im Bereich der Bahnhofstrasse ein grosses städtebauliches Aufwertungspotenzial. Zu Diskussionen Anlass gab, wie viele oberirdische Veloparkplätze in Zukunft angeboten werden sollen. Schliesslich wurde einer Protokollbemerkung, welche verlangt, dass im Bereich Theater mindestens 100 oberirdische Veloparkplätze erstellt werden, mehrheitlich zugestimmt. Um nicht das Angebot der Velostation zu konkurrenzieren, wurden dagegen weitere oberirdische Veloparkplätze im Bereich östlich der Rampe abgelehnt.

Im Gegensatz zur Neugestaltung der Bahnhofstrasse war der Sonderkredit für den Bau der Velostation an der Reuss in der Kommission umstritten. Im Mai 2019 haben die Stimmberechtigten einen Planungskredit über 2,05 Mio. Franken genehmigt. Auf Basis einer Machbarkeitsstudie zeigte sich damals, dass in einer unterirdischen Velostation rund 1'100 Veloabstellplätze erstellt werden können. Die Kosten wurden auf 13,45 Mio. Franken geschätzt. Das aktuelle Projekt sieht vor, dass zirka 1'200 Veloabstellplätze eingerichtet werden. Wenn mehr Veloabstellplätze benötigt werden, kann die Kapazität auf 1'500 Veloabstellplätze gesteigert werden.

Dass bereits heute ein grosser Bedarf an Veloabstellplätzen im Bereich des Bahnhofs besteht, war in der Baukommission unbestritten. Zudem wird sich die Situation während der Bauphase des Durchgangsbahnhofs noch verschärfen. Die hohen Kosten wurden aber von mehreren Fraktionen kritisch beurteilt.

Diskutiert wurde in der Folge über die Bewirtschaftung der Velostation, wobei eine Protokollbemerkung überwiesen wurde, welche verlangt, dass die Bewirtschaftung bereits sechs Monate nach der Inbetriebnahme erfolgt, und nicht wie vom Stadtrat vorgeschlagen, erst nach zwei Jahren. Ein Antrag, vollständig auf Gebühren zu verzichten, wurde sehr deutlich abgelehnt.

Das «Veloparkierungskonzept Innenstadt» aus dem Jahr 2015 eruierte beim Bahnhof Luzern langfristig, d. h. im Zeithorizont bis 2035 einen Bedarf von rund 7'000 Veloabstellplätzen. Mit dem Bau der nun geplanten Velostation an der Reuss kann dieser langfristige Bedarf nicht gedeckt werden.

Die Baukommission erwartet deshalb, dass im Rahmen der Projektierung des Durchgangsbahnhofs geprüft wird, wo weitere Veloabstellplätze erstellt werden können.

In der Schlussabstimmung bewilligte die Kommission das Folgende: Den Sonderkredit für die Neugestaltung der Bahnhofstrasse und die Sanierung der Kanalisation einstimmig mit 11 : 0 Stimmen, den Sonderkredit für den Bau der Velostation mit 7 : 1 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, und den Sonderkredit für die Aufwertung der Seidenhofstrasse ebenfalls einstimmig.

Lukas Bäurle dankt für den Bericht und Antrag. Die Vorfreude auf eine wunderschöne Promenade ist gross. Die Neugestaltung der Oberfläche der Bahnhofstrasse ist bei der G/JG-Fraktion unbestritten. Ein grosses Anliegen ist ihr die Erstellung der Velostation. Sollte es dann noch Probleme mit Velos auf der Bahnhofstrasse geben, so traut der Sprechende es dem Stadtrat und dem Grossen Stadtrat zu, Lösungen dafür zu finden.

Die Gebührenerhebung führt auch innerhalb der G/JG-Fraktion zu einer Polarisierung. Dasselbe gilt für die oberirdische Parkierung im vorderen Bereich der Bahnhofstrasse. Es muss nicht eine herausgeputzte, sterile Promenade mit keinem einzigen Velo weit und breit sein. Die Fraktion möchte eigentlich noch mehr Veloparkierungsmöglichkeiten und hat dazu – teilweise mit Erfolg – in der Baukommission Protokollbemerkungen gestellt. Ein Thema war auch das Sicherheitsempfinden, insbesondere ausserhalb der Öffnungszeiten.

Das in Bezug auf die Gebühren angedachte Regime basiert auf den Erfahrungen anderer Städte und den Untersuchungen von Fachleuten. Es ist flexibel genug, um einerseits eine hohe Auslastung der Station und andererseits eine angemessene Kostenbeteiligung vonseiten der Nutzenden erreichen zu können. Allerdings wird bei der G/JG-Fraktion auch die Meinung vertreten, der volkswirtschaftliche Nutzen des Velofahrens sei so gross, dass die Parkierung in der Velostation gratis sein dürfte. Die G/JG-Fraktion ist diesbezüglich jedoch kompromissbereit.

Bezüglich der oberirdischen Parkierung vertreten viele Mitglieder der Fraktion die Ansicht, dass sie auch im vorderen Bereich der Bahnhofstrasse noch möglich sein soll. Im Bericht und Antrag wird formuliert, dass dort «bei ausgewiesenem Bedarf auch zusätzliche Abstellplätze angeordnet werden» können. Die G/JG-Fraktion ist sicher nicht dafür, dass dort ein Parkverbot angeordnet wird. Diese zusätzlichen Flächen müssten jetzt schon vorgesehen werden, auch um während der Bauphase des Durchgangsbahnhofs genügend Spielraum zu haben. Einem Veloabstellverbot steht die Fraktion kritisch gegenüber.

Zum Sicherheitsempfinden enthält der Bericht und Antrag zu wenig. Es muss auch ausserhalb der Öffnungszeiten gewährleistet sein. An dieser Stelle noch die Bemerkung, dass es die Grünen schade finden, dass nicht zeitgleich mit diesem Projekt auch der Rathaussteg hindernisfrei gestaltet werden kann.

Im Bericht und Antrag ist von den Mindereinnahmen durch den Parkplatzabbau die Rede. Über das möchte Lukas Bäurle jedoch nicht diskutieren, denn der volkswirtschaftliche Nutzen des Velofahrens ist so gross, dass nicht jedes Mal darauf hingewiesen werden muss. Man könnte auch noch den Gesundheitseffekt des Velofahrens ins Feld führen, oder dass es keinen Lärm verursacht. Solche Infrastrukturprojekte sind immer relativ teuer, aber sie sind offensichtlich, wie Beispiele aus Basel, Zürich oder Bern zeigen, sinnvoll und auch mehrheitsfähig.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird den Sonderkrediten zustimmen.

Nico van der Heiden: Vor langer, langer Zeit haben ein paar junge Männer und Frauen im Kalifat Luzern eine Idee gehabt:

Sie haben sich gesagt, dass nicht nur das rechte, sondern auch das linke Ufer vom hiesigen Fluss vom schädlichen und bösen Autoverkehr befreit werden soll. Die Bahnhofstrasse soll den hiesigen Untertanen zurückgegeben werden, als Zuckerbrot für ihre aufrichtigen Steuerzahlungen.

Mutig und unerschrocken haben die jungen Männer und Frauen Unterschriften gesammelt, trotz grossem Missmut in der Obrigkeit über so viel Aufwiegeltum. Sie waren dann sehr erfreut, dass alle Instanzen im Kalifat, nämlich der Stadtrat, wie auch das Parlament, wie auch die Stimmbevölkerung, ihrer Idee zugestimmt haben.

Leider haben sie aber nicht mit dem Grosswesir Isnogud aka Stadtverwaltung gerechnet, der sich über Jahre mit Studien, Ausschreibungen, Variantenprüfungen, Abklärungen, Perimeterbetrachtungen, Partizipationsverfahren und Einsprachen beschäftigte und so versuchte, die Auflehnung aus dem Volk auszusetzen. Und dann hat auch noch der hiesige Schatzkammermeister Lukabesi beruhigt werden müssen, damit mit diesem Projekt weiterhin alle Bediensteten dieses Staatsbetriebs bequem mit dem Auto zur Arbeit können – so viele Privilegien müssen im Kalifat schon noch sein. Das Parlament hat dann am Schluss dem Kalifen Harun al-Borgula Beine machen müssen, damit es nicht zu einem Volksaufstand gekommen ist und er spürte glücklicherweise Volkes Zorn gerade noch rechtzeitig und landete darum nicht auf dem Scheiterhaufen.

Und jetzt weg von der Märchensprache, ganz sachlich: Der Stadtrat Adrian Borgula streute schon mehrmals öffentlich Asche über sein Haupt bezüglich dem Zeitplan der Umsetzung der SP-Volksinitiative – das muss heute nicht mehr wiederholt werden. Heute ist der erfreuliche Tag, wo wir endlich nach vorne schauen können und uns freuen, dass 10, 11 Jahre nach dem Volksentscheid die Bahnhofstrasse so aufgewertet wird, wie man sich das damals vorgestellt hat. Das Projekt, wie es uns nun vorliegt, überzeugt auf der ganzen Linie: Mehr Bäume, mehr Platz für Fuss- und Veloverkehr, mehr Lebensqualität. Herzlichen Dank für die späte, aber sehr gute Umsetzung der SP-Idee.

Ein Wehrmutstropfen bleibt: Die Ausfahrt aus der Seidenhofstrasse in die Bahnhofstrasse wird für Autos vorderhand noch möglich bleiben, wenn auch zum Glück sehr unattraktiv. Das hat sich die Mehrheit der Stimmbevölkerung sicher anders gewünscht und es bleibt einfach auf der To-do-Liste des Stadtrates, da mittelfristig noch eine Lösung zu finden.

Ausgerechnet da, wo Touristinnen und Touristen aus dem Bahnhof strömen, werden sie weiterhin Autos begegnen – auf den ersten 50 Metern auf dem Weg zur Kapellbrücke –, bevor sie endlich in der richtigen Flanierzone ankommen. Schade, aber für den Moment zu akzeptieren. Schön, dass im Rahmen dieses Projekts immerhin auch die Seidenhofstrasse aufgewertet werden kann, das begrüsst die SP-Fraktion sehr.

Ein umstrittener Teil dieses Berichts und Antrags ist die Velostation. Für die SP-Fraktion ist klar, dass es diese braucht – und wie es diese braucht! 1'200 gut geschützte, bewachte, trockene, sichere Veloabstellplätze mit direktem Zugang zum Bahnhof. Das ist sicher ein grosser Gewinn für alle Velofahrenden. Es ist zwar nur ein Tropfen auf den heissen Stein, wie der Kommissionspräsident bereits erwähnte, wenn man sich erinnert, dass wir mittelfristig 7'000 Veloabstellplätze rund um den Bahnhof brauchen. Aber lieber 1'200 haben, als gar keine haben.

Es ist aber auch, und das scheint dem Sprechenden ganz wichtig, Stand heute, die einzige garantierte, vollwertige und problemlose Erschliessung des Bahnhofs Luzern während der Bauzeit des

Durchgangsbahnhofs. Das Veloparking kann stehen bleiben und auch die Zufahrt bleibt gewährleistet. Sowohl mit dem Auto wie auch mit dem ÖV wird es fast sicher eine geringere Erreichbarkeit geben während den Arbeiten am Durchgangsbahnhof – und diese werden bekanntlich nicht nur 6 Monate dauern, sondern eher 8–10 Jahre. Sprich: Die Velostation ist eine Vorinvestition ins Jahrhundertprojekt Durchgangsbahnhof.

Der Sprechende hörte vielfach, dass die Velostation zu teuer sei. Neben den ganz rationalen Argumenten – bauen im Untergrund und in Flussnähe ist teuer – muss man auch sagen: Jährlich gibt die Stadt Luzern über 20 Mio. Franken für den Unterhalt ihrer Strassen aus, aus Steuermitteln, die auch vom Sprechenden stammen. Und die Strassen – so meint der Sprechende – muss man ja nicht wegen ihm erneuern, weil er mit dem Velo ab und zu darüberfährt. Gleichzeitig baut der Bund für 1'700 Mio. Franken einen Bypass rund um Luzern, davon könnte man 85 Velostationen bauen. Wenn man also den Kredit nicht sprechen will, weil man das den Velofahrerinnen und Velofahrern nicht gönnt, muss Nico van der Heiden sagen: So wird in Luzern zum Glück nicht Verkehrspolitik gemacht. Es wird in die Infrastruktur für den MIV investiert, in den öffentlichen Verkehr, und jetzt mit der Velostation endlich auch einmal in den Veloverkehr. Das ist – wenn schon bald der Klimabericht behandelt wird – absolut ein Gebot der Stunde. Der Fuss- und Veloverkehr wird in naher Zukunft im städtischen Raum eine ganz andere Bedeutung bekommen müssen.

Nico van der Heiden hörte aber auch Kritik von links an dieser Velostation. Es gäbe künftig einen Zwang, dort zu parkieren. Die bequemen Parkplätze an der Oberfläche würden verschwinden. Den Kritikerinnen und Kritikern muss der Sprechende realpolitisch entgegenhalten: Alles kann man nicht haben. Man kann nicht eine aufgewertete Bahnhofstrasse als Flaniermeile und Veloachse haben und dann auch noch alles mit Velos vollstellen, wo es gerade frei ist. Das versteht sicher keine Mehrheit in der Bevölkerung. Und es gilt, nächstes Jahr eine Mehrheit von diesem Projekt an der Urne zu überzeugen; das gelingt sicher nicht mit übertriebenen Maximalforderungen vonseiten Velofahrenden.

Und darum gefällt dem Sprechenden auch der Kompromiss, dass ein grosser Teil der Velostation gratis sein wird. Ja, es kann sein, dass man künftig mit seinem Velo in die Velostation gehen soll, aber das ist gratis. Und ganz ehrlich gesagt: Warum sollte jemand auf den Service dieser Velostation verzichten und weiterhin riskieren, dass sein Velo in der Reuss landet, wie das dem Sprechenden schon einmal passiert ist? Das versteht er persönlich nicht.

Es ist halt wohl wieder einmal ein gutschweizerisches Kompromissprojekt, welches nicht allen Ansprüchen von links oder von rechts genügen kann; aber vielleicht ist es gerade darum ein so gelungenes Projekt.

Die SP-Fraktion tritt gerne auf den Bericht und Antrag ein und sagt mit Überzeugung Ja zur autofreien Bahnhofstrasse, zum Veloparking, zur aufgewerteten Seidenhofstrasse und zu den entsprechenden drei Sonderkrediten.

Peter Gmür: Endlich geht es mit der Neugestaltung der Bahnhofstrasse los. Die Mitte-Fraktion freut sich auf dieses Projekt. Der Kredit für die Bahnhofstrasse, die nach Verzögerungen bei der Planung nun realisiert werden soll, ist unbestritten. Die Baumreihe mit dem Kiesstreifen ist der Meinung der Fraktion nach sehr gelungen. Mehr Bäume und Kies wären wünschenswert gewesen, aber so ist es auch gut. Die Sanierung der Seidenhofstrasse ist notwendig und auch gelungen. Das gleichzeitig die Kanalisation gemacht wird, ist auch nachvollziehbar. Kopfschmerzen verursacht bei

der Mitte-Fraktion, wie auch bei den anderen, die unterirdische Velostation. Es ist klar, dass der Bedarf an Veloparkplätzen ausgewiesen ist. Auch klar ist, dass der Veloverkehr eine immer grössere Bedeutung in der Stadt hat. Vor allem werden während des Baus des Durchgangsbahnhofs viele Veloparkplätze wegfallen. Ein Ersatz ist nötig, das ist unbestritten. Der Preis von mehr als 20 Mio. Franken ist aber sehr hoch.

Zur Bepreisung: Es wird eine Top-Dienstleistung angeboten – ein sauberer und sicherer Veloabstellplatz – und daher ist es die Meinung der Mitte-Fraktion, dass der Nutzer einen mikrokleinen Beitrag zahlen soll. Warum fast drei Viertel der Parkplätze gratis sein sollen, kann der Sprechende nicht nachvollziehen. In Basel, Zürich, Biel, Chur und auch in Bern ist es anders. Dort zahlt man im Untergrund immer einen Preis. In Luzern scheint das nicht nötig zu sein. Weiter versteht der Sprechende auch nicht, dass die Stadt Luzern verlangt, dass die ersten zwei Jahre gratis sein sollen. Die Begründung «zum Angewöhnen» macht den Sprechenden stutzig. Es wird eine Dienstleistung angeboten und den Kunden dann gesagt: Es ist übrigens gratis, aber nur für die ersten zwei Jahre. Die Mitte-Fraktion stellt daher eine Protokollbemerkung, dass nach sechs Monaten die Bepreisung beginnen soll. Peter Gmür macht eine Anmerkung an seinen Vorredner: Wir leben hier in Luzern noch in einem Rechtsstaat. Selbstverständlich auch in einer direkten Demokratie. Und in einem Rechtsstaat hat man die Mittel, Einsprache zu machen. Wenn das jemandem nicht passt, dann kann der oder die ohne Probleme in eine Diktatur wechseln. Dort geht es schneller. Dort wird, ohne die Leute zu fragen, etwas gemacht. Wenn Nico van der Heiden das wünscht, kann er gehen. Aber er soll seine diktatorischen Tendenzen nicht hier in Luzern ausleben. Das gefällt dem Sprechenden nicht. Die Mitte-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion in Sachen mehr oberirdische Parkplätze ab. Sie wird auf den Bericht und Antrag eintreten und den Sonderkrediten zustimmen.

Stefan Sägesser: Heute ist Zukunftstag. Wir legen mit dem Antrag für die Neugestaltung der Bahnhofstrasse für die Zukunft einen Meilenstein. Zukunftstag ist es in diesem Sinne, weil wir dem Veloverkehr endlich eine neue Bedeutung geben. Bis heute ist das Velo ein Seitenbusiness. Jemand, der zu faul zum Laufen ist, nimmt das Velo, oder wenn das Auto von jemand anderem besetzt ist, muss man mit dem Velo fahren. Das ist eine falsche Argumentation. Die GLP-Fraktion will vom privaten Verkehr auf Veloverkehr umsteigen und auch den ÖV entlasten. Das muss das grosse Ziel sein. Nicht nur für die kommenden Berichte und Anträge wie z. B. den Klimabericht. Der Veloverkehr muss anders betrachtet werden. Das ist nicht mehr nur Freizeit und «wenn ich nichts Besseres zu tun habe, nehme ich das Velo», sondern es ist ein integraler Bestandteil der Mobilität. Es ist aber auch Zukunftstag, weil der Sprechende mit seinen Patentöchtern, die nicht von Luzern sind, am Marathon war. Alle 100 Meter fragten diese Mädchen: Sind die alle so nett da? Stefan Sägesser antwortete dann jeweils: Ja, in Luzern ist das so. Man grüsst sich noch, winkt allen zu, auch denen, die man nicht kennt, wenn sie beim Marathon vorbeirennen. Und das ist jetzt hier in Luzern die Idee, dass wir gemeinsam etwas Neues lancieren. Die Bahnhofstrasse ist so ein Projekt. Nicht per «nett sein», auch wenn ein paar Bäume darunter leiden müssen, aber es geht darum, dass gemeinsam gesprochen wird und ein freundlicher Ton gefunden wird. Damit man gemeinsam die Zukunft gestalten kann. Das ist der pastorale Teil dieses Berichts und Antrags. Die GLP-Fraktion ist Feuer und Flamme für diesen Bericht und Antrag. Denn er macht eine integrale Betrachtungsweise der Bahnhofstrasse und der Seidenhofstrasse. Auch die Kanalisation wird

saniert. Es wird sogar an die Reussmauer gedacht und es wird versucht, die nationalen Velorouten in die neugestaltende Bahnhofstrasse zu integrieren. Dazu macht die GLP-Fraktion ein grosses Kompliment. Es wurde im Vorfeld befürchtet, dass die Diskussionen um den Theaterneubau zu weiteren Verzögerungen bei der Neugestaltung der Bahnhofstrasse führen könnten. Das ist nicht der Fall, sondern auch hier wird eine Lösung gesucht – wenn auch nur eine provisorische. Die GLP-Fraktion findet das Projekt gut. Natürlich ist dieses Infrastrukturprojekt mit der Velostation teuer. Das ist so. Aber um zum Anfang des Votums zurückzukommen: Wenn man den Veloverkehr neu betrachten will, dann dürfte in Anbetracht der vielen Infrastrukturprojekte, die die Stadt Luzern bewältigen muss, die Velostation hier einen kleinen Anteil ausmachen. Der Sprechende ist auch froh und dankt Nico van der Heiden, dass er bereits eine Gesamtbetrachtung anstellte, was der Unterhalt der Strassen kostet. So ist es möglich, das Ganze im Verhältnis zu sehen. Die GLP-Fraktion findet, dass die Bahnhofstrasse velofrei werden soll. Auch hierzu enthält der Bericht und Antrag eine gute Antwort. Es geht nicht um Verbote per se, sondern es wird versucht, mit den Leuten zu reden – nett zu reden, um das nochmals zu betonen – und sie darauf aufmerksam zu machen, dass unterirdisch parkiert werden soll. Das ist ein grosses Privileg und der Sprechende findet das sehr gut. Die Diskussion betreffend Gebühren oder keine Gebühren und ab welchem Zeitpunkt wurde bereits geführt. Die GLP-Fraktion wird die Protokollbemerkung in Sachen Befristung auf sechs Monate Gratisparkplätze auf jeden Fall unterstützen. Sie wird auch dem gesamten Bericht und Antrag und dem Sonderkredit zustimmen.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion hat die drei Teilprojekte teils erfreut, teils weniger erfreut zur Kenntnis genommen. Welche Teile dem Sprechenden nicht so gut gefallen, das kann man wohl schon erahnen. Zuerst zum Positiven: Auch wenn die SVP-Fraktion damals bei der Abstimmung über die autofreie Bahnhofstrasse gegen diese Idee war, ist die Fraktion mit dem jetzt vorliegenden Projekt zufrieden. Klar wäre ihr lieber, man hätte die Strasse als Verbindungsrouten und die Parkplätze für das Gewerbe erhalten. Aber bekanntlich gab es dazu eine Volksabstimmung, und diese bzw. das Resultat daraus, gilt es zu akzeptieren. Die SVP-Fraktion glaubt, dass mit dem jetzt beantragten Sonderkredit von 7,78 Mio. Franken etwas Gutes gemacht wird, so dass die Flaniermeile künftig auch von den damaligen Gegnern akzeptiert und rege genutzt wird. Für die SVP-Fraktion zählt zu einer attraktiven Fussgängerpassage, dass sie frei von Velos ist, also von stehenden wie auch fahrenden Velos. Entsprechende Protokollbemerkungen, die Veloparkplätze in diesem Bereich fordern, wird die SVP-Fraktion deshalb ablehnen.

Unbestritten ist für die Fraktion die Aufwertung der Seidenhofstrasse. Synergien werden da genutzt und das ist im Sinne aller.

Womit die SVP-Fraktion gar nicht einverstanden ist, ist der Sonderkredit von 19 Mio. Franken für die Velostation. Auch wenn der Bund über das Agglomerationsprogramm einen Teil übernimmt, sind die Kosten schlicht nicht akzeptabel. Damals wurde von 12–13 Mio. Franken gesprochen, wovon die SVP-Fraktion das Referendum zum Planungskredit ergriff. Heute sind es rund 50 % mehr. Zusammen mit dem erwähnten Planungskredit sind die Kosten nun bereits deutlich über 20 Mio. Franken. Und das bei einem zu erwartenden Ertrag von mickrigen Fr. 60'000.-- pro Jahr. Die SVP-Fraktion befürchtet ein Millionengrab. Denn wie sich bereits bei der Velostation zwischen Universität und Bahnhof gezeigt hat, werden kostenpflichtige Parkplätze in Luzern schlicht nicht genügend genutzt. Die SVP-Fraktion hätte es darum ehrlicher gefunden, wenn die Velostation vom

Stadtrat gleich zu Beginn komplett gratis angeboten worden wäre. Offenbar hat man aber Angst vor der Volksabstimmung, weil das Stimmvolk dann Nein sagen und somit das ganze Projekt versenken würde. Die Fraktion befürchtet deshalb, sollte die Velostation vom Volk gutgeheissen werden, dass mit einer «Salamitaktik» zuerst die Velostation gebaut wird und wenig später Gratisparkplätze gefordert werden. Auch wenn die SVP-Fraktion dies nicht befürwortet, findet es der Sprechende ehrlicher, wenn man das von Anfang an so gemacht hätte.

Die SVP-Fraktion befürchtet weiter, dass die Velostation zu wenig ausgenützt werden wird. Denn das oberflächige Parkieren von Velos bleibt weiterhin erlaubt. Es existiert ein Bundesgesetz, welches klare Vorgaben macht: Solange 1,5 Meter Platz für die Fussgänger vorhanden ist, dürfen Velos überall abgestellt werden. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion alle entsprechenden Protokollbemerkungen ablehnen, bei denen oberflächiges Parkieren von Velos ausdrücklich erlaubt werden soll.

Die SVP-Fraktion wird den Ziffern 1 und 3 zustimmen, Ziffer 2 ablehnen und zwei Protokollbemerkungen stellen. Sie tritt damit auf das Geschäft ein.

Andreas Moser: Der Bericht und Antrag zur neuen Bahnhofstrasse ist für die FDP-Fraktion ein schwieriges Geschäft. Auch für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird diese Vorlage «neue Bahnhofstrasse» ein schwieriges Geschäft, wenn sie sich für ein Ja oder ein Nein auf dem Stimmzettel entscheiden müssen. Die Haltungs- und Meinungslage in der FDP-Fraktion bildet diese Tatsache, wie die Abstimmung einmal ausgehen könnte, ziemlich genau ab: Nämlich knapp. Die Vorlage «neue Bahnhofstrasse» besteht aus drei Teilprojekten: Bahnhofstrasse mit Kanalisation, Seidenhofstrasse und die Velostation. Die Kredite für die Bahnhofstrasse und Seidenhofstrasse sind wie bei allen anderen Fraktionen auch bei der FDP-Fraktion völlig unbestritten. Schwieriger verdaubar ist für die FDP-Fraktion der Kredit für die Velostation, weil diese teuer ist. Die rund 19 Mio. Franken für 1'200 Veloparkplätze ist viel Geld. Das macht knapp Fr. 16'000.-- pro Velo. Doch wenn man das mit anderen Städten vergleicht, merkt man, dass die Kosten vergleichbar sind. Der Bedarf nach zusätzlichen Veloparkplätzen rund um den Bahnhof ist ausgewiesen. Ausgewiesen ist auch, dass sich das ganze Problem während der Bauzeit des Durchgangsbahnhofs noch akzentuieren wird. Zudem sprach sich der Rat bereits im Jahr 2015 für eine Vergrösserung der jetzt angedachten Velostation aus. In der Diskussion im Vorfeld wurde auch verlangt, weitere Varianten oder Alternativen zu prüfen. Solche gibt es aber mit dieser Lagequalität beim Bahnhof nicht. Zudem ist die geplante Velostation in Richtung Theaterplatz erweiterbar und ist bereits heute kompatibel mit dem zukünftigen Durchgangsbahnhof. Natürlich ist der Kredit für das Veloparking hoch. Man kann es sich einfach machen und aus ideologischen Gründen keinen Veloparkplatz bauen. Wie alle wissen, plädiert die FDP-Fraktion immer für ein gutes «Nebeneinander» der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Tatsache ist aber, dass der Druck auf die beschränkte öffentliche Fläche überall zunimmt. Auch grössere Städte im Ausland setzen auf solche Velohäuser, um den Wildwuchs an der Oberfläche einzudämmen. Dass Velofahrer, genauso wie Autofahrer, gerne an zentraler Lage parkieren möchten, ist für den Sprechenden nachvollziehbar. Aus Sicht der FDP-Fraktion sind die hohen Kosten für eine Velostation nur vertretbar, wenn man die Investition in einen Gesamtzusammenhang setzt. Nicht zufällig heisst dieser Bericht und Antrag «neue Bahnhofstrasse» und nicht Bericht und Antrag «neue Velostation». Es ist entscheidend, diese Teilprojekte in einem städtebaulichen Gesamtzusammenhang zu sehen, und nicht isoliert zu betrachten.

Dies gilt ganz besonders für die Velostation. Die hohen Kosten dieser Station muss man direkt in den Zusammenhang setzen mit der langersehnten städtebaulichen Aufwertung der Bahnhofstrasse und mit dem Mehrwert für ein attraktives Reussufer. Denn das linke Reussufer verlor seit Ende des 19. Jahrhunderts beim Tourismus nach und nach an Aufenthaltsqualität; genauso wie die Qualität der Bauten entlang der Reuss abnahm. Heute ist das ein städtebaulich überfrachteter Abstellraum mit wenig Charme. Mit der Aufwertung der Bahnhofstrasse als zukünftige Flaniermeile, mit dem «hoffentlichen» Neubau des Theaters und dem Freispielen der öffentlichen Räume, kann es gelingen, dass hier wieder ein Mehrwert für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie für Touristen geschaffen werden kann. Die Aufwertung der Bahnhofstrasse muss man auch vor dem Hintergrund des Durchgangsbahnhofs betrachten. Denn gerade während der Bauzeit wird das ein wertvoller Ausweichraum im städtischen Aussenraum. Aber, und hier liegt aus Sicht der FDP-Fraktion die entscheidende «Gelingbedingung»: Alle Bestrebungen, diese Velostation mit zusätzlichen oberirdischen Veloparkplätzen zu konkurrenzieren, lehnt die FDP-Fraktion klar ab. Ohne Velos im Untergrund, macht die aufgewertete Bahnhofstrasse für die FDP-Fraktion wenig Sinn. Der Stadtrat hat die Zahl der oberirdischen Parkplätze zu Recht auf 70 beschränkt. Das hält die FDP-Fraktion für richtig. Eine vorauseilende Erhöhung lehnt sie daher klar ab. Das ist für die kritischen bis ablehnenden FDP-Mitglieder – die gibt es – der wohl entscheidendste Punkt, womit man sie noch für ein «Ja, zur Velostation» überzeugen könnte. Die FDP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten, dem Kredit zur Aufwertung der Bahnhofstrasse und Seidenhofstrasse zustimmen und dem Kredit zur Velostation je nach Verlauf der Debatte zustimmen oder nicht.

Silvio Bonzanigo: Wenn man auf die Geschichte dieses Projekts zurückschaut, dann sieht man klar, es gibt zwei Etappen: Die erste Etappe war der Wille zur Neugestaltung der Bahnhofstrasse und die zweite Etappe war, als die Velostation dazu kam. Der Sprechende betrachtet es nicht nur, aber auch, aus Sicht des Fussverkehrs. Die Neugestaltung der Bahnhofstrasse kommt sehr gelegen. Auch die Ausführungen, die man dem Bericht und Antrag entnehmen kann, z. B. dass es ausgesprochen wenig Autoverkehr geben wird oder dass es eine Flaniermeile sein wird, sind ein Link dazu, sich zu fragen, warum nicht gleich eine Fussgängerzone gemacht wird. Insofern ist der Zugewinn aus Sicht des Fussverkehrs, wenn man keine Fussgängerzone macht, durch dieses Projekt relativ bescheiden. Das vom Sprechenden eingereichte Postulat 123 beschäftigt sich mit den verfahrensrechtlichen Seiten und auch mit der Ratsberatung bezüglich dieser Vorlage. Es passierte das, was der Sprechende prognostizierte: Heute Morgen fand er in der Zeitung eine substantielle Einsprache gegen dieses Projekt, verfasst von den Baumfreunden Luzern. In der Folge soll nun das Parlament beraten, ohne diese Einsprache zu kennen, ohne die Haltung des Stadtrates zu kennen. Es ist auch nicht bekannt, ob es weitere Einsprachen geben wird. Das bedeutet, der Grosse Stadtrat soll über dieses Projekt beraten, ohne entscheidende Projektcharakteristika – Einsprachen gehören dazu – zu kennen. Der Sprechende findet das nicht gut. Wenn in der Antwort auf sein Postulat verfahrensrechtlich nicht zumindest dargelegt wird, dass es nicht angängig ist, findet er es politisch unsensibel, dass ein Projekt von dieser Brisanz, welches auch umstritten ist, dem Rat vorgelegt wird, ohne dass der Rat über die Einsprachen Bescheid weiss. Der Sprechende ist der Auffassung, dass das nicht einreissen darf. Es sollen hier nicht Vorlagen beraten werden müssen, bei denen nicht alle Projektparameter bekannt sind. Darum stellt Silvio Bonzanigo einen

Antrag auf Nichteintreten. Der Sprechende bittet die Ratsmitglieder, diesen zu unterstützen, damit der Rat nicht seine eigenen parlamentarischen Rechte beschneidet.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula beginnt mit dem Positiven: Fast alle finden die Neugestaltung der Bahnhofstrasse ein gelungenes Projekt. Die drei Projekte haben einen guten städtebaulichen Gesamtzusammenhang. Das freut den Sprechenden sehr, wie auch, dass bei der Seidenhofstrasse die Chance gepackt werden kann, Synergien zu nutzen und dass die notwendigen und relativ kleinen Anpassungen an dieser Strasse es nicht zuletzt möglich machen, dass man dort auch noch die Seewasserwärme hineinziehen kann. Somit konnte dieses Projekt als dritter Projektbestandteil integriert werden. Das Projekt «Aufwertung Bahnhofstrasse» brauchte eine gewisse Zeit. Aber wie Nico van der Heiden sagte, müssen wir jetzt nicht wieder darüber diskutieren. Es brauchte nicht zuletzt wegen der Partizipation, wegen dem Wettbewerbsverfahren seine Zeit. Und zur Velostation: Hier merkte man: Das ist die Chance im Umfeld des Bahnhofs – nachdem man 13 Alternativen prüfte – die noch bleibt, um eine gute Veloparkiermöglichkeit zu errichten. Diese Chance packte man. Dieses Projekt zu integrieren, nahm ein weiteres halbes Jahr Zeit in Anspruch. Insgesamt ist es ein sehr tolles Projekt. Dass Silvio Bonzanigo als Vertreter des Fussverkehrs nicht zufrieden ist, versteht der Sprechende nicht. Denn es hat eine sehr breite Fläche, die für die Fussgängerinnen und Fussgänger zur Verfügung stehen wird; viel breiter als heute. Es gibt fünf Meter Verkehrsfläche, die asphaltiert ist, der Rest ist gemergelt. Diejenigen, die nicht über den Mergel, über diese teilentsiegelte Fläche laufen möchten, können auf der Fläche an der Reuss laufen. Die Velos werden nicht mehr zwischen den Bäumen stehen. Auch das ist ein Plus für die Fussgängerinnen und Fussgänger. Darum findet es der Sprechende fraglich, warum man das als nicht gut genug für den Fussverkehr taxieren sollte. Es ist in erster Linie ein Projekt für den Fussverkehr und auch für den Veloverkehr. Nicht unerwartet ist, dass die Velostation mehr zu diskutieren gibt. Aber der Sprechende freut sich, dass es bei den anderen zwei Projekten keine grossen Diskussionen geben wird und dass diese überzeugend vorbereitet sind.

Bei der Velostation wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass es ein grosses Defizit an Parkierungsmöglichkeiten gibt, vor allem für die Pendlerinnen und Pendler. Das bedeutet, es geht vor allem um die Verknüpfung des umweltfreundlichen Veloverkehrs mit dem umweltfreundlichen Schienenverkehr. Bundesrätin Simonetta Sommaruga war am 9. September 2021 in Luzern. An diesem Tag wurde die «Erklärung von Emmenbrücke» unterzeichnet, bei der genau das Thema war. Es müssen bessere Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern gemacht werden. Die Verknüpfung von Velo- zu Schienennetz ist eine der ganz wichtigen. Bereits beim Veloparkierungskonzept wurde dargelegt, dass es diesbezüglich ein grosses Defizit gibt. Dieses Defizit versucht man nun zu decken. Wir kommen immerhin von rund 450 Parkplätzen, wie es heute in der Praxis ist, auf mindestens 1'200 und es ist erweiterbar. Es wäre dann enger und nicht mehr ganz so komfortabel, aber es kann auf 1'500 erweitert werden. Ein ganz zentraler Faktor in dieser Diskussion ist, dass man hoffentlich ab dem Jahr 2030 eine Baustelle haben wird, die an verschiedenste Orte im Umfeld des Bahnhofs eingreift. Diese Velostation ist eine extrem gute Vorleistung, denn sie wird nicht tangiert. Sie sichert den guten Zugang zum Bahnhof von der Seite West, aus der viele Velofahrende herkommen, aus Richtung Bruchquartier, aus Richtung Emmenbrücke, Littau, Reussbühl – aus dieser Richtung ist die Velostation natürlich ganz entscheidend. Im Projekt Durchgangsbahnhof wird versucht, noch weitere Veloparkierungsflächen, allenfalls auch gedeckte

Velostationen, zu realisieren. Das ist sicher ein ganz wichtiges Thema, bei dem alle sehen: Wir sind in einer Stadt, wir haben wenig Fläche. D.h. wir müssen die flächeneffizienten Verkehrsmittel etwas mehr fördern als die andern, damit die, die wirklich auf das Auto angewiesen sind, auch den notwendigen Platz zur Verfügung haben.

Der Sprechende geht nun auf ein paar Voten aus dem Eintreten ein. Zur oberirdischen Parkierung wird der Rat heute sicher noch diskutieren. Der Sprechende geht davon aus, dass im Westteil, also beim Zugang zur Altstadt, mit 70 Veloparkplätzen ein genügendes Angebot vorhanden ist. Man ist vorbereitet, bei einem allenfalls viel grösseren Bedarf, hier noch etwas ergänzen zu können. Aber das möchte der Stadtrat nicht im Voraus so planen, denn es scheint ihm ein gutes Angebot zu sein, weil auch immer noch die Parkplätze hinter dem aktuellen Luzerner Theater vorhanden sind. Im Westteil ist der Stadtrat überzeugt, dass es ein gutes Angebot für die Velofahrenden ist, denn dort sind vor allem Pendlerinnen und Pendler an einem Parkplatz interessiert. Der Sprechende erlebte es selber schon, wenn er zwischen den Bäumen parkierte, wie eng das ist. Wenn man an den Veloabstellplatz zurückkommt, ist das eine Velo über dem anderen – das ist keine befriedigende Situation. Und wenn man links von der Strasse ist, muss man zuerst die Strasse queren und zur Unterführung laufen; darum ist der Sprechende überzeugt, dass die Velostation ein gutes Angebot ist. Man kann mit dem Velo direkt über die Rampe zu einem gedeckten Parkplatz fahren und danach direkt via Unterführung zum Bahnhof schreiten.

Zum Sicherheitsempfinden: Das wird sicher in der Detailplanung noch angeschaut. Wie kann man sicherstellen, dass der unterirdische Raum, welcher für gewisse Personen ein Angstraum sein kann, möglichst attraktiv wird und nicht irgendwelche Ängste schürt.

Erwähnt wurde der hindernisfreie Zugang zum Rathaussteg. Da ist der Stadtrat am Projektieren, hat es aber bewusst nicht mit ins Projekt genommen, weil er noch nicht sicher ist, ob es realisiert werden kann. Wenn es gut läuft, kann das mit Synergien parallel zur Umsetzung Neugestaltung Bahnhofstrasse realisiert werden. Es gibt da aber noch gewisse denkmalpflegerische Hürden. Das ist nicht ganz so einfach zu realisieren. Aber der Stadtrat ist dran und hofft, dass das zeitlich gemacht werden kann.

Eine Frage betraf die Gebühren, aufgebracht vor allem von der Mitte-Fraktion, aber von anderen Fraktionen auch. Das Angebot muss attraktiv sein. Eine Velostation, die niemand benutzt, nützt nichts. Der Stadtrat ist überzeugt, dass das Modell – teilweise gebührenpflichtig, teilweise gratis – ein gutes Modell ist. Und nicht zuletzt möchte der Sprechende daran erinnern, dass dieses Modell im Parlament aufgrund eines Postulats so besprochen wurde. Man hat diesen Vorschlag eingebracht und der Stadtrat hält sich nun an das, was das Parlament beschlossen hat. In dem Sinne ist es ein Kompromiss.

Weiter wurde der Theaterplatz erwähnt. Beim Wettbewerb der Bahnhofstrasse wusste man, dass das Projekt «Luzerner Theater» den Theaterplatz unter Umständen – oder mit grosser Wahrscheinlichkeit – tangieren wird. Darum sagte der Stadtrat, es werde primär der Teil Bahnhofstrasse umgesetzt; und das wird so durchgezogen. Man kann nicht auf das andere Projekt warten. Es kann noch ein paar Jahre dauern, bis man genau weiss, wie das Projekt des Luzerner Theaters aussehen wird. Daher wird nun die Bahnhofstrasse vorgängig umgesetzt und man setzt auf dem Theaterplatz nicht schon die etwas aufwendigere, definitive Wettbewerbsvariante um. Es wurde im Wettbewerb aber schon signalisiert, dass es hier allenfalls zwei Teilprojekte geben kann. Die SVP-

Fraktion ist zufrieden mit allen anderen Projekten, aber findet die Kosten der Velostation nicht akzeptabel. Die Kosten sind übrigens gegenüber dem Planungskredit gestiegen. Bei einem Planungskredit hat man eine «Unschärfe» von plus/minus 30 %. Der Stadtrat ging dort von einer kleineren Variante aus. Später erkannte er, dass man auch eine grössere Variante umsetzen könnte und ging mit dieser Idee in die Baukommission, bekam dort einen praktisch einhelligen Rückhalt für die grössere Variante, nota bene im Wissen, dass das vorübergehend eine Fällung von 14 Bäumen mit sich bringen würde, was heute auch thematisiert wurde. Diese Thematik war aber immer transparent und ist im Strassenprojekt auch aufgelegt worden. Der Sprechende kommt nun zum Votum von Silvio Bonzanigo. Bezüglich Fussverkehr hat der Sprechende bereits einleitend Ausführungen gemacht. Zum noch nicht beantworteten Postulat folgendes: Grundsätzlich kann der Sprechende sagen, dass es drei Varianten für die Behandlung des Anliegens gibt: Man kann alle Einspracheverfahren vorgängig, wie Silvio Bonzanigo es vorschlägt, durchführen und erst danach mit dem Projekt ins Parlament kommen (Variante 1). Das macht man bei gewissen Projekten. Aber man muss sich bewusst sein, dass das noch mehr Zeit braucht. Wenn seitens Parlament oder von der Initiative her zeitlicher Druck vorhanden ist, probiert der Stadtrat, Prozesse parallel zu schalten, so wie er es beim vorliegenden Projekt gemacht hat (Variante 2). Das hat den Vorteil, dass alle genau wissen, wie das Projekt eingebettet ist. Auch diejenigen, die jetzt sagen, sie hätten es nicht genau gewusst. Zur gleichen Zeit oder sogar davor, war der Bericht und Antrag öffentlich. Die Fällung der 14 Bäume und die Neupflanzung von 29 Bäumen war im Endeffekt allen klar, offen und transparent. Im Bericht und Antrag ist jeder Baum beschrieben. Man kann dort lesen, welche noch vital sind, welche eine eingeschränkte Vitalität haben, welche evtl. weiterverwendet werden können. Es gibt aber auch die Möglichkeit (Variante 3), und das könnte auch vom Parlament kommen, dass dieses zuerst ein Bauprojekt diskutieren oder evtl. auch noch ändern will. Wenn jetzt das Parlament zum Entschluss käme, es wolle am vorliegenden Projekt noch etwas ändern, dann müsste man unter Umständen noch einmal ein Auflageprojekt und noch einmal das Einspracheverfahren machen. Diese dritte Variante könnte man also «nachgelagert» machen und in dem Sinne auch dem Parlament entgegenkommen. Bei Bauprojekten, bei denen man vorgängig einen Planungskredit hat und über den Planungskredit diskutieren kann, wie das Projekt aussehen soll, ist das aber nicht zweckmässig. Daher rät der Sprechende dringend davor ab, heute nicht auf den Bericht und Antrag einzutreten. Unter Umständen und je nach Weiterzug bis ans Bundesgericht müsste die Stadt ansonsten ein bis drei Jahre warten, bis dieses Projekt ins Parlament gebracht werden könnte. Eventuell geht es auch schneller, aber jede Verzögerung gilt es zu vermeiden. Es ist alles transparent – alles offen. Natürlich kann es noch Einsprachen geben. Auch nach einem Parlamentsbeschluss kann ein Projekt noch durch Einsprachen blockiert werden. Das ist in einem guten Rechtsstaat so und das ist auch richtig. Es ist vor allem dann richtig, wenn es berechnete Anliegen sind. Wenn die Anliegen eher ein egoistisches Motiv haben, ist es problematisch. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula ist als überzeugter Demokrat der Meinung, dass man das so in einem gut ausgebauten Rechtsstaat machen können muss. Es gibt diese drei Modelle und der Stadtrat wird die Antwort auf das Postulat 123 sehr bald vorlegen.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 23/2021: «Die neue Bahnhofstrasse, Sonderkredite für die Bauausführungen: Neugestaltung Bahnhofstrasse und Sanierung Kanalisation, Velostation an der Reuss, Aufwertung Seidenhofstrasse» eingetreten.

DETAIL

Seite 21 3.1.7.2 Zukünftiges Verkehrsregime

Silvio Bonzanigo: Wie bereits im Eintreten dargelegt, ruft die Situation der Bahnhofstrasse, die auch als Flaniermeile bezeichnet wird, geradezu nach einer Umsetzung als Fussgängerzone und nicht als Begegnungszone. Das würde bedeuten, das Temporegime ist tiefer. Das kommt den Fussgängern und vor allem Personen mit einer Beeinträchtigung entgegen. Es würde mehr Sicherheit bieten. Es gibt keinen Grund, auch das Verkehrsvolumen ist kein Grund, dort eine Begegnungszone anstatt einer Fussgängerzone zu machen. Der Sprechende bittet deshalb, folgender **Protokollbemerkung** zuzustimmen:

Die gesamte Bahnhofstrasse inklusive Theaterplatz wird als Fussgängerzone ausgestaltet.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Diese Protokollbemerkung wurde in der Kommission nicht behandelt.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Die gesamte Bahnhofstrasse inklusive Theaterplatz wird als Fussgängerzone ausgestaltet.

ab.

Seite 20 3.1.7 Verkehrsregime

Patrick Zibung stellt, wie im Eintreten erwähnt, hier seine erste **Protokollbemerkung**:

Das Linksabbiegen aus der Bahnhofstrasse soll für den MIV auch weiterhin möglich sein.

Diese Protokollbemerkung hat der Sprechende bereits in der Kommission gestellt und für ihn ist es nicht ersichtlich, warum das Linksabbiegen hier nicht erlaubt werden sollte. Das ist für die Personen, die aus dem Parkhaus kommen, mehr eine Schikane. Nico van der Heiden sagte zwar, das Parkhaus sei nicht gut und man solle es daher möglichst unattraktiv machen. Aber in der Schweiz gibt es die Besitzstandsgarantie, und dazu zählen auch Parkhäuser. Es ist für den Sprechenden nicht ersichtlich, warum das Linksabbiegen nicht mehr möglich sein sollte. Sonst heisst es auch immer, es gelte unnötige Wege bzw. unnötige Fahrten mit dem Auto zu verhindern. Aber künftig will man über den überlasteten Bahnhofplatz zusätzliche Fahrten generieren. Daher stellt die SVP-Fraktion diese Protokollbemerkung.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission behandelt und mit 1 : 10 : 0 Stimmen abgelehnt.

Nico van der Heiden findet es interessant, dass sich die SVP-Fraktion fürs Linksabbiegen einsetzt, sie müsste doch froh sein, wenn man einmal nur rechts abbiegen kann. Wie im Eintreten schon gesagt, findet es die SP-Fraktion schade, dass es überhaupt noch ein Abbiegen gibt. Das heisst, dass es weiterhin Autos auf dem vorderen Teil der Bahnhofstrasse haben wird. Das muss

mittelfristig gelöst werden. Doch Patrick Zibung erwähnte es, es gilt die Besitzstandsgarantie und diese wird von der SP-Fraktion akzeptiert. Andere Lösungen, wie z. B. über die Pilatusstrasse, wurden geprüft, sind aber vorderhand nicht möglich. Insofern kann die SP-Fraktion im Moment damit leben. Das Linksabbiegen auf die Seebrücke ist nicht mit dem Projekt der aufgewerteten Bahnhofstrasse kompatibel. Wenn man die Pläne genau anschaut, sieht man, dass es im neuen Projekt keinen Platz für eine Auto-Linksabbiegespur hat. Darum bittet der Sprechende, diese Protokollbemerkung abzulehnen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat hat lange versucht, für Autos, die aus dem Parkhaus Flora kommen, eine Einfahrt aus der Seidenhofstrasse in die Pilatusstrasse zu planen. Eine Ein- und Ausfahrt in die Pilatusstrasse hätte gewisse Umwegfahrten bedeutet, denn an dieser Strasseneinmündung könnte man nur rechts hinausfahren. Diese Variante ist jedoch nicht umsetzbar. Mit den guten Sicherheitsbestimmungen unter dem Titel Via sicura ist es letztendlich nicht möglich, ohne Lichtsignalanlage, ohne aufwendige Sanierung dieser Einmündung, eine Lösung zu finden, die der Kanton akzeptieren würde. Es handelt sich dort um eine Schnittstelle zu einer Kantonsstrasse. Man müsste eine Einfahrtsbewilligung erhalten. In ein paar Jahren ist es evtl. möglich, nochmals zu prüfen, dort eine Ausfahrtsituation zu schaffen – das hat der Stadtrat auch vor. Aber wenn z. B. ein Car in die Seidenhofstrasse einfahren muss, es gleichzeitig eine Ausfahrt und eine sehr wichtige Fussgängerverbindung ist, müsste man die Fussgängerverbindung auf dem nördlichen Trottoir der Pilatusstrasse unter Licht nehmen. Das ist aus Sicht des Stadtrates unverhältnismässig. Darum wurde die Idee einer Ausfahrt von der Seidenhofstrasse in die Pilatusstrasse fallen gelassen, mit der Folge, dass die Parkhausausfahrt der dort parkierten Autos über die Bahnhofstrasse erfolgt. Das Linksabbiegen von der Bahnhofstrasse über die Seebrücke ist in erster Linie aus Platzgründen nicht möglich. Es würde zusätzlich zwei Bäume kosten. Und es würde auf der Seite gegen die Reuss eine Trottoirfläche von knapp über 2 Metern geben, was nicht ausreicht. Für Fahrten aus dem Parkhaus Flora Richtung Seebrücke bedeutet das, dass ein Umweg gefahren werden muss. Anders geht es nicht. Man bringt sonst keine schöne Eingangssituation hin, wenn man eine Abbiegespur machen müsste. Der Sprechende bittet daher, diese Protokollbemerkung abzulehnen.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Das Linksabbiegen aus der Bahnhofstrasse soll für den MIV auch weiterhin möglich sein. ab.

Seite 22 3.1.8 Parkieren

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 6 : 4 : 1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Es sollen im Bereich Theater mindestens 100 oberirdische Veloparkplätze erstellt werden.

Der Stadtrat opponiert im StB 784 der Protokollbemerkung.

Nico van der Heiden: Die Protokollbemerkung spaltet die SP-Fraktion sehr. Für die einen ist der Wunsch gut nachvollziehbar, weil beim Theater andere Leute mit dem Velo parkieren als in der Velostation. Es gibt daher keine Konkurrenz zwischen der Velostation und den Plätzen beim Theater, und 70 oberirdische Veloparkplätze könnten durchaus knapp sein. Für die anderen ist es in Ordnung, jetzt einmal 70 Veloparkplätze zu installieren, zu schauen, wie es sich entwickelt, und damit auch ein Zeichen zu setzen, dass es erwünscht ist, dass Velos künftig in die Velostation gehören.

Andreas Moser: Wie im Eintreten schon erwähnt, ist das die entscheidende Bemerkung. 70 Parkplätze sind geplant und das ist gut. Es ist bekannt, dass es hinter dem Theater noch 40 weitere Veloparkplätze hat. Der Theater-Wettbewerb hat nun gestartet und es ist noch unklar, wohin diese Reise führt. Andreas Moser plädiert klar für ein Nein zu dieser Protokollbemerkung und für ein etabliertes Vorgehen, mit Priorisierung freie Bahnhofstrasse zum Flanieren.

Jona Studhalter macht Andras Moser darauf aufmerksam, dass die Initiative «Autofreie Bahnhofstrasse» und nicht «freie Bahnhofstrasse» lautete. Die G/JG-Fraktion ist klar für die Überweisung der Protokollbemerkung. Es sind unterschiedliche Nutzungsgruppen, die beim Theater ihr Velo parkieren. Es sind einerseits Leute, die ins Theater gehen, aber auch Leute, die in die Altstadt möchten. Es sind Leute, die nicht noch bis zum Bahnhof fahren möchten, um dort die Velostation zu nutzen. Und wenn das mehr als diese 70 Velos sind, dann wird einfach wild parkiert und die G/JG-Fraktion findet es besser, wenn das von Anfang an in einem geordneten Rahmen gehalten wird.

Peter Gmür: Auch die Mitte-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung ab. Die Initiative lautete im Übrigen: «wenn möglich autofrei» – nun ist es anscheinend nicht ganz möglich – also soll man tiefenentspannt bleiben. Die Mitte-Fraktion sieht die Forderung nach 100 Veloabstellplätzen zum heutigen Zeitpunkt nicht ein. Der neue Theaterplatz wird nun geplant und darum sollte es bei diesen 70 Plätzen bleiben. Wenn es effektiv zu viele Velos hat und es «gettomässig» werden sollte, dann kann man immer noch 100 bis 120 Veloparkplätze zusätzlich machen – wenn das zusammen mit dem neuen Projekt machbar ist. Aber zurzeit möchte auch Peter Gmür bei diesen 70 Plätzen bleiben.

Stefan Sägesser: Auch die GLP-Fraktion fühlt sich hier «eingemittelt». Sie hat Sicherheitsbedenken, für Personen, die sich weiblich definieren, weil der Tiefbahnhof für Velos – der Sprechende nennt das absichtlich so, weil bald der Tiefbahnhof/Durchgangsbahnhof folgt – nicht ganz unproblematisch sein dürfte – vom Sicherheitsempfinden her. Es bedeutet nicht, dass es real von den Sicherheitsauflagen her so sein wird, aber alle wissen, es gibt einen grossen Gap zwischen Empfinden und Realität. Aber hier ist es der GLP-Fraktion wirklich wichtig, dass alle geeint an diese Volksabstimmung gehen. Es ist wichtig, eine klare Priorität auf die Bahnhofstrasse und die Velostation zu setzen. Die Kräfte müssen vereint sein. Die GLP-Fraktion hat grosse Sympathien für zusätzliche Parkplätze im Raum Theater. Nun ist dort aber aktuell ein Provisorium. Wie im Bericht und Antrag schon erwähnt, soll auf 70 oberirdische Parkplätze reduziert werden, denn die gesamte Kraft muss auf die Velostation gesetzt werden. Das ist das grosse Ziel. Die Zukunft ist dort. Leider ist diese im Boden, aber das ist ein anderes Thema. Heute geht es darum, die FDP-Fraktion mit an

Bord zu haben. Der GLP-Fraktion ist es wichtig, geeint in den Abstimmungskampf zu gehen und daher wollen sie sie mit an Bord haben. Im Bericht und Antrag wird erwähnt, dass man auf Bedarf reagieren kann. Die GLP-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung und auch weitere ab, damit alle gemeinsam in den Abstimmungskampf treten können.

Patrick Zibung: Auch die SVP-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung ab. Sie ist der Meinung, dass 70 Parkplätze fürs Erste reichen. Der Stadtrat ist in der Regel relativ schnell, wenn es darum geht, Veloparkplätze zu schaffen. Wenn es wirklich einen Mangel geben sollte, ist die SVP-Fraktion überzeugt, dass man da, salopp gesagt, mit ein paar Strichen am Boden relativ schnell Abhilfe schaffen kann. Die Fraktion will nicht mit zusätzlichen Oberflächenparkplätzen für Velos das Angebot der Velostation konkurrenzieren. Sie möchte, dass die Velostation – wenn sie dann erstellt wird – auch effektiv genutzt wird. Und wie im Eintreten schon erwähnt, möchte die SVP-Fraktion möglichst wenig Velos auf dieser Fussgängerpassage. Es ist klar, dass dort weiterhin Velos durchfahren können, das ist wahrscheinlich im Sinne aller Verkehrsteilnehmer, aber immerhin die parkierten Velos möchte die SVP-Fraktion nicht mehr dort haben.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Es sollen im Bereich Theater mindestens 100 oberirdische Veloparkplätze erstellt werden. ab.

Silvio Bonzanigo hat zum gleichen Thema eine Protokollbemerkung. Er versucht den Bezug, der jetzt implizit gemacht wurde, nämlich zu oberirdischen Parkplätzen und der Auslastung der Velostation, nun explizit zu machen und den Zusammenhang herzustellen, dass die Auslastung der Velostation massgebend sein soll, ob weitere zusätzliche oberirdische Parkplätze erstellt werden sollen. Daher lautet seine **Protokollbemerkung:**

Zusätzliche oberirdische Abstellplätze – neben den 70 Abstellplätzen gemäss Projekt – dürfen frühestens zwei Jahre nach Eröffnung der Velostation geschaffen werden. Voraussetzung dafür ist eine durchschnittliche Auslastung der Velostation innert der vorausgehenden 12 Monate von minimal 70 %.

Der Sprechende rechnet vor, wie die 70 % zustande kommen: Wenn die Velostation wirklich das ist, was man sich davon verspricht, dass man im Sommer eine 90%ige Auslastung hat und im Winter eine von 50 %, dann ist die Mitte davon 70 %. Das Bekenntnis der Velofahrenden zu dieser Velostation muss deutlich ausfallen. Sie muss deutlich und aktiv benutzt werden. Sonst entzieht man der Bevölkerung Steuergelder und gleichzeitig werden trotzdem Velos an der Oberfläche abgestellt. Das kann nicht sein. Daher muss ein Ruck durch die Velogemeinde gehen, damit sie diese Velostation aktiv antizipiert und benutzt.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Protokollbemerkung wurde in der Kommission nicht behandelt.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die Protokollbemerkung wurde im Stadtrat noch nicht behandelt. Daher kann der Sprechende keine Meinung des Stadtrates mitgeben, möchte aber folgendes zu bedenken geben: Es handelt sich hier um den Bereich Theaterplatz. Er glaubt nicht, dass die Velostation eine Konkurrenz ist bzw. diese im direkten Zusammenhang dazu steht. Diese Parkplätze sind vor allem für die Erreichbarkeit der Altstadt und der Theaterstrasse/des Theaters wichtig. Diese Parkplätze sind keine Pendlerparkplätze. Die Velostation wird vor allem eine Verknüpfung zum Bahnhof sein. Und dort wird eine andere Nutzergruppe angesprochen. Dieser direkte Bezug mit der Parkierung rund um den Theaterplatz ist fachlich wohl nicht gegeben. Aber der Sprechende ist der Meinung, dass das jeder selber entscheiden soll.

Silvio Bonzanigo findet, wenn man den MIV-Benutzern zumuten kann, dass sie von einem Parkhaus 200-500 Meter an ihren Zielort benötigen, dann darf man von Velofahrenden auch verlangen, dass sie die rund 150 Meter, die es vom östlichen Ende der Velostation bis hin zum Reusssteg etwa sind, zu Fuss zurücklegen können.

Nico van der Heiden: Wie Patrick Zibung erwähnte, ist der Stadtrat oder die Verwaltung sehr schnell darin, zusätzliche Veloparkplätze zu markieren, wenn ein Bedarf besteht. Der Sprechende nimmt das anders wahr. Seiner Auffassung nach, dauert das immer mindestens zwei Jahre. Insofern könnte man diese Protokollbemerkung fast überweisen, denn der Sprechende glaubt, es geht sowieso nicht schneller als die zwei Jahre nach der Eröffnung. Aber er lehnt die Protokollbemerkung trotzdem ab, denn die Auslastungsfrage, – wie soll das gemessen werden? – wird zur Diskussion Anlass geben. Nimmt man den Tagesdurchschnitt, den Stundendurchschnitt? In der Nacht ist die Station schlechter ausgelastet als am Tag. Wie wird das gemessen? Die Haushalte Studhalter, Reinhard und van der Heiden könnten einfach alle ihre Velos dort parkieren, dann wäre die Auslastung per se schon höher – und es wäre ja gratis. Das kann keine sinnvolle Zielgrösse sein.

Jona Studhalter stimmt seinem Vorredner zu und betont nochmals: Es sind unterschiedliche Leute, die diese unterschiedlichen Veloabstellplätze benutzen. Ja, den Autofahrern wird zugemutet, dass sie 500 Meter laufen, aber aus diesem Grund fahre der Sprechende auch mit dem Velo und nicht mit dem Auto in die Stadt. Es gibt kein Parkverbot für Velos – d. h., man darf sein Velo abstellen, wenn man 1,5 Meter Durchgang freilässt. Und genau davon wird dann Nutzen gezogen. Jona Studhalter ist der Meinung, dass Silvio Bonzanigo und den Fussgängern nicht gedient ist, wenn an der ganzen Bahnhofstrasse wild parkiert wird.

Irina Studhalter geht es nicht darum, die Studhalter-Dominanz zu erhöhen oder darüber zu diskutieren, wer diese unterirdische Velostation nutzen darf und wer nicht. Oder dass sie alle nutzen sollen. Bis jetzt haben in dieser Diskussion nur Männer gesprochen. Die Sprechende findet das bei diesem Thema relevant. Denn es wird eine unterirdische Velostation geplant, welche alle in dieser Stadt betrifft. Verschiedene Menschen haben verschiedene Lebensrealitäten und haben ein unterschiedliches Sicherheitsbedürfnis. Wenn eine unterirdische Station rein von Männern geplant wird, dann sieht man nicht, wie die Lebenssituation einer weiblich sozialisierten Person sein könnte. Die Sprechende wurde zuvor angesprochen, ob sie dann immer ihr Velo dort parkieren würde. Nein. Das werde sie nicht machen. Sie wird sich überlegen, wie spät es ist, ob es dunkel ist oder nicht –

das wird ihren Entscheid beeinflussen – ob sie die Velostation benutzt oder nicht. Oberirdische Veloparkplätze werden benötigt, weil nicht alle Personen ihr Velo dort unten parkieren wollen oder sich das nicht trauen. Die Sprechende bittet daher alle, diese Lebensrealitäten in die politischen Entscheide miteinzubeziehen.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Zusätzliche oberirdische Abstellplätze – neben den 70 Abstellplätzen gemäss Projekt – dürfen frühestens zwei Jahre nach Eröffnung der Velostation geschaffen werden. Voraussetzung dafür ist eine durchschnittliche Auslastung der Velostation innert der vorausgehenden 12 Monate von minimal 70 %.

ab.

Patrick Zibung stellt seine zweite **Protokollbemerkung**:

Auf die Parkplatzabbauten an der Theaterstrasse wird verzichtet. Es werden zentralere Alternativflächen für Ersatzparkplätze gesucht.

Der SVP-Fraktion ist nicht klar, warum bei der Theaterstrasse die Parkplätze abgebaut werden sollen. Es erscheint so, als habe man gedacht: Nun haben wir da ein Projekt und gleichzeitig können wir doch noch ein paar Parkplätze abbauen. Die SVP-Fraktion möchte, dass auf den Parkplatzabbau verzichtet wird.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat die Protokollbemerkung mit 2 : 8 : 0 Stimmen (bei einer Abwesenheit) abgelehnt.

Nico van der Heiden: Es werden zentralere Alternativflächen für Ersatzparkplätze gesucht. Viel Spass beim Suchen. Was ist den zentraler als die Theaterstrasse zum Bahnhof Luzern? Es gibt weiterhin – zu mindest für die nächsten paar Jahre – das Bahnhofparking und es gibt auch noch das LUKB-Parking, welches neben Bucherer wohl das zweite Thema ist, um Leute hier im Saal zu provozieren. Dieses Parking ist in absolut zentralster Fussdistanz zu den Parkplätzen an der Theaterstrasse. Also an der Theaterstrasse muss man nicht parkieren. Der Sprechende bittet daher, diese Protokollbemerkung abzulehnen.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Auf die Parkplatzabbauten an der Theaterstrasse wird verzichtet. Es werden zentralere Alternativflächen für Ersatzparkplätze gesucht.

ab.

Seite 29 3.2.6 Gebühren

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 6 : 4 : 1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Der Verzicht auf die Gebühren als Eröffnungsanreiz soll auf sechs Monate beschränkt werden.

Der Stadtrat opponiert im StB 784 der Protokollbemerkung.

Jona Studhalter: Die G/JG-Fraktion hat Mühe mit dieser Protokollbemerkung. Über die Bepreisung des Veloparkings wurde ziemlich genau am 29. April – also vor einem halben Jahr – bereits diskutiert. Die damalige CVP-Fraktion und die GLP-Fraktion haben ihre Zustimmung zur Velostation an die Bepreisung geknüpft. Ob implizit oder explizit, hat der Sprechende im Protokoll nicht herausgefunden. Ein Teil der G/JG-Fraktion war schon damals mit der Bepreisung nicht einverstanden, der andere Teil war der Meinung, dass eine Teilbepreisung gemacht werden soll. Sie gingen auf den parlamentarischen Kompromiss ein, denn die G/JG-Fraktion möchte dieses Veloparking und weiss, dass es wichtig ist. Im Rahmen des Vorstosses schlug der Stadtrat eine zweijährige Gratisphase als Eröffnungsanreiz vor. Dieser Vorschlag wurde von einem Teil der damaligen CVP-Fraktion ausdrücklich gutgeheissen. Keine Fraktion kritisierte diese zweijährige Phase. Lustigerweise hiess sogar die SVP-Fraktion den Vorschlag gut. Nun kommt man ein halbes Jahr später und möchte diese zweijährige Frist auf ein halbes Jahr reduzieren. Patrick Zibung hat recht: Das riecht nach «Salamitaktik». Aber der Salami liegt nicht auf der linken Ratsseite – dann wäre es sowieso ein veganer Landjäger. Ein halbes Jahr ist für die G/JG-Fraktion definitiv zu kurz. Schlussendlich hätte man einen Anreiz für das Winterhalbjahr – da versteht die G/JG-Fraktion die Haltung des Stadtrates sehr gut. Die G/JG-Fraktion möchte hier den parlamentarischen Kompromiss gehen. Wie Stefan Sägesser bereits erwähnte, möchte man den Abstimmungskampf geeint gehen. Aber dann kann man nicht im Rat einen bisherigen Kompromiss torpedieren. Das erscheint Jona Studhalter nicht logisch. Die G/JG-Fraktion möchte eine gute Auslastung dieser Velostation. Wer diese Auslastung nicht möchte, soll diese Protokollbemerkung überweisen. Die G/JG-Fraktion lehnt sie ab und ist froh, wenn das Parlament diesem Kompromiss weiterhin folgt.

Peter Gmür: Die Bepreisung ist im ganzen Land schon bekannt. Einige Städte wurden bereits aufgezählt und der Sprechende sieht nicht ein, warum eine Dienstleistung angeboten wird und man sagt: Aber die ersten zwei Jahre ist die Dienstleistung gratis. Das ist, wie wenn jemand nach Luzern zieht und man ihm noch keine Steuerrechnung schickt, denn es könnte sein, dass er nach zwei Jahren wieder wegzieht, weil vielleicht der Nachbar blöd ist, ihm das Haus nicht passt oder es in die Wohnung regnet. Er müsse sich ja zuerst anpassen, auch an unser Wetter, an das politische System. Daher bekomme er keine Steuerrechnung. Und nach zwei Jahren, wenn er dann immer noch hier wohnen sollte, bekommt er dann eine. Das geht dem Sprechenden nicht in den Kopf. Zum erwähnten Kompromiss von Jona Studhalter meint Peter Gmür: Unterirdische Parkplätze sollte man grundsätzlich bepreisen. Der Kompromiss ist für den Sprechenden, dass drei Viertel der Parkplätze gratis sein werden und der Viertel, der ganz vorne beim Bahnhof liegt, bepreist werden soll. Der Sprechende findet, dass die Personen, die dort parken, auch bezahlen sollen – einfach die ersten sechs Monate sind dann gratis. Es ist auch nicht viel Geld, dass hier bezahlt werden muss. Und wie gesagt: Es wird ein toller Velounterstand. Und das kostet nun einmal etwas.

Stefan Sägesser: Bei der GLP-Fraktion stand die Zustimmung zur Velostation nie zur Diskussion, sondern die Art und Weise, wie diese schmackhaft gemacht werden soll und wie der Deal mit der Bevölkerung aussehen könnte. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass ein halbes Jahr gratis parkieren reicht. Wenn es wirklich darum gehen soll, eine Einführungsphase durchzuführen, die Bekanntmachung der Umlagerung von oberirdisch zu unterirdisch zu begleiten, ohne gleich mit dem Vorschlaghammer oder mit Verbotstafeln einzufahren, wie es im Bericht und Antrag schon geschrieben steht, ist die GLP-Fraktion der Meinung, dass ein halbes Jahr reicht. In diesem Sinne steht die GLP-Fraktion dazu. Es ist so, ein Kompromiss ist etwas, worüber man immer wieder diskutieren muss: Woher kommt man und wohin will man sich gemeinsam bewegen. Für die GLP-Fraktion ist es wichtig, gemeinsam in diesen Abstimmungskampf zu gehen und dazu steht die GLP-Fraktion – wie auch zur Bepreisung. Das war von Anfang an ein Thema. Wenn so eine Velostation gebaut wird, dann soll sie auch etwas kosten dürfen, wie an anderen Orten auch. Wie hoch der Preis ausfallen wird, ist ein anderes Themenfeld. Im Bericht und Antrag werden Vergleichsmöglichkeiten erwähnt. In Zürich beispielsweise mussten die Kosten gesenkt werden. Die GLP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass man gleich aufs Maximum gehen soll. Sie ist auch nicht der Meinung, dass die Velostation finanziell gesehen ein Renditeobjekt werden soll, sondern dass quasi ein Return on Investment passieren soll.

Nico van der Heiden findet den Vergleich mit der Steuerpolitik sehr spannend. Seiner Meinung nach ist das genauso, wie die Ansiedlungspolitik teilweise funktioniert – mit diesem Steuerentgegenkommen zu Beginn. Aber der Sprechende kann Peter Gmür beruhigen, die SP-Fraktion wird der Protokollbemerkung zustimmen. Im Moment wird eine Art Schattendiskussion geführt. Der zentrale Punkt ist, dass die Mehrheit der Veloparkplätze immer gratis sein wird. Und das ist wichtig und das macht Sinn. Auf das hat man sich geeinigt und das ist der Hauptkompromiss. Damals wurde der Kompromiss gemacht, weil die einen fanden, es müsse nicht jeder Parkplatz bepreist werden und die anderen fanden, dass die Premium-Parkplätze ganz vorne bepreist werden sollen – das war der Kompromiss. Und das findet der Sprechende als Signal und für die Verkehrspolitik in der Stadt wichtig. Ob nun die Testphase für diesen kleinen Teil des Veloabstellplatzes 6, 12 oder 18 Monate dauert, ist aus Sicht der SP-Fraktion nicht matchentscheidend. Und wenn der Stadtrat meint, dass es ungünstig wäre, wenn die Velostation im Oktober eröffnet würde und dann die 6 «Gratis»-Monate auf den Winter fielen, versteht das die SP-Fraktion. Aber es geht um eine Protokollbemerkung. Der Stadtrat hätte die Flexibilität, dies in eigener Kompetenz zu prüfen und dies dann auf 7 oder 8 Monate auszudehnen – oder halt die Velostation 3 Monate schneller zu bauen.

Andreas Moser: Der entscheidende Punkt ist, dass der grössere Teil der Veloparkplätze immer gratis ist. Wie beim Eintreten schon gesagt, kann der Sprechende nachvollziehen, dass Velofahrer zentral parkieren möchten – wie das auch die Autofahrer möchten. Und die Autofahrer bezahlen immer, wenn sie das Parkhaus benutzen. Für die Klientel der FDP-Fraktion ist es ein wichtiges Zeichen – dafür möchte sich der Sprechende auch bedanken –, dass diese Bepreisung funktioniert; das ist der grosse Kompromiss. Die 6 Monate sind ein weiterer Punkt, damit es bei der Abstimmung weniger knapp wird.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Wir reden nicht generell über Gebühren, sondern nur über einen Eröffnungsanreiz. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass man diesen Anreiz mindestens ein Jahr lang aufrechterhalten sollte, mindestens eine ganze Saison. Aber man kann nicht eine Protokollbemerkung teilweise überweisen und sagen, 6 Monate seien zu kurz. Der Sprechende erwähnt einen zweiten wichtigen Punkt: Der Stadtrat stützt sich auf die Beratung des Postulats 53. Dort hat der Rat in der Mehrheit gesagt, dass das Vorhaben so gutgeheissen wird, d.h., dass knapp 58 % – also nicht «drei Viertel» der Veloparkplätze – gratis sind und der Rest bepreist wird, aber dass ein Eröffnungsanreiz von 2 Jahren gemacht wird. Der Stadtrat hält sich an das, was damals besprochen wurde. Selbstverständlich kann der Rat klüger werden, aber ob es wirklich klüger wäre, auf 6 Monate zu verkürzen – da hat der Stadtrat seine Zweifel. Mindestens ein Jahr müsste es schon sein.

Silvio Bonzanigo stimmt dieser Protokollbemerkung zu. Und zwar auch aus diesem Grund: Was nach zwei Jahren erst greifen soll, wird nicht ernst genommen. Das kann man nicht wegdiskutieren. Innerhalb dieser zwei Jahre wird es wieder Vorstösse geben, das auf vier Jahre zu verlängern oder halbe Preise zu fordern. Das halbe Jahr ist konkret und wenn es darum geht, die Akzeptanz dieses Preismodells zu fördern, muss man nicht warten, bis die Station aufgeht. Man kann auch schon ein halbes Jahr vorher damit beginnen, bei denen, die bisher oberirdisch parkiert haben, das Modell beliebt zu machen – um das geht es ja nicht. Und der zweite Punkt: Wer mit dem Preismodell Mühe hat, kann sein Velo mal sechs Monate im unentgeltlichen Teil abstellen und schauen, ob es ihn reizt, sein Velo doch noch im vorderen Teil zu parkieren und halt dafür zu bezahlen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, so lange mit der Bepreisung zu warten.

Stefan Sägesser muss noch etwas loswerden. Und zwar geht es um diese «Salamitaktik»-Polemik. Das ärgert den Sprechenden grausam und er findet es total daneben, heute zum siebten Mal zu hören «Salamitaktik» hin und her. Alle Anwesenden hier sind «part of the game» – sind also die Salami – ob vegan oder nicht. Sie sind Teil dieses Games, dieses Systems und können mitbestimmen. Der Sprechende bittet die Mitglieder, sich dies zu Herzen zu nehmen und keine unterschwelligen Vorwürfe zu machen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula macht eine Replik auf das Votum von Silvio Bonzanigo: Der Stadtrat hat durchaus vernünftige Gründe. Er stützt sich auf das besprochene Postulat. Und zum Hinweis von Silvio Bonzanigo, man könnte die Bepreisung vorgängig einführen, meint der Sprechende: Eine Bepreisung auf Oberflächenparkplätzen auf öffentlichem Grund ist rechtlich nicht möglich.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Der Verzicht auf die Gebühren als Eröffnungsanreiz soll auf sechs Monate beschränkt werden.

- I. Für die Neugestaltung der Bahnhofstrasse und die Sanierung der Kanalisation wird mit 47 : 0 : 0 Stimmen ein Sonderkredit von 7,78 Mio. Franken bewilligt.
- II. Für den Bau der Velostation an der Reuss wird mit 37 : 8 : 2 Stimmen ein Sonderkredit von 19,26 Mio. Franken bewilligt.
- III. Für die Aufwertung der Seidenhofstrasse wird mit 46 : 0 : 0 Stimmen ein Sonderkredit von 0,67 Mio. Franken bewilligt.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 23 vom 7. Juli 2021 betreffend

Die neue Bahnhofstrasse

Sonderkredite für die Bauausführungen:

- **Neugestaltung Bahnhofstrasse und Sanierung Kanalisation**
- **Velostation an der Reuss**
- **Aufwertung Seidenhofstrasse,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 67 lit. b Ziff. 2, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Neugestaltung der Bahnhofstrasse und die Sanierung der Kanalisation wird ein Sonderkredit von 7,78 Mio. Franken bewilligt.
- II. Für den Bau der Velostation an der Reuss wird ein Sonderkredit von 19,26 Mio. Franken bewilligt.
- III. Für die Aufwertung der Seidenhofstrasse wird ein Sonderkredit von 0,67 Mio. Franken bewilligt.

- IV. Die Beschlüsse gemäss Ziffern I und III unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum, derjenige gemäss Ziffer II dem obligatorischen Referendum.

3 Bericht und Antrag 30/2021 vom 25. August 2021: Neubau Quartierpark Fluhmühle Sonderkredit für die Ausführung

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission hat an ihrer Sitzung vom 30. September 2021 den B+A 30/2021 «Neubau Quartierpark Fluhmühle» behandelt.

Die Sozialkommission bedauert es sehr, dass der Fluhmühlepark Anfang 2021 geschlossen werden musste, da der Kanton das Grundstück als Baustelleninstallationsplatz für die Sanierung der Kantonsstrasse benötigt. Besonders unglücklich ist der Umstand, dass nicht nahtlos ein gleichwertiger Ersatz im Quartier geschaffen werden konnte, notabene in einem Quartier, welches ohnehin in Sachen Grünraum notorisch unterversorgt ist.

Mit dem vorliegenden Projekt gibt es nun einen neuen, wenn auch wesentlich kleineren Park, der aus dem kleinen Grundstück mit Hanglage das Beste herausholt. Die Sozialkommission empfiehlt darum auch einstimmig, dem Sonderkredit von 1,63 Mio. Franken zur Ausführung zuzustimmen. Mittels Protokollbemerkung verlangt die Sozialkommission vom Stadtrat zu prüfen, wie die Kinder und Jugendlichen aus dem Quartier bei der weiteren Gestaltung des Neubaus integriert werden können. Der jetzige Lindenstrassen-Spielplatz soll in Zusammenarbeit mit der Quartierarbeit schnellstmöglich eine angemessene Aufwertung erhalten.

Eine knappe Mehrheit der Sozialkommission forderte zudem, dass für die Quartierarbeit bis zur Eröffnung des neuen Fluhmühle-Quartierparks weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um so alternative Handlungsspielräume zusammen mit der Quartierbevölkerung umzusetzen.

Heidi Rast: Der neu geplante Quartierpark Fluhmühle liegt im Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse – an nicht gerade der ersten Adresse der Stadt Luzern. Die Sprechende geht davon aus, dass keiner der Ratsmitglieder dort wohnt und auch nicht geplant hat, dorthin zu ziehen.

Vor mehr als 12 Jahren startete die Stadt mit der Quartierentwicklung Fluhmühle/Lindenstrasse, weil man feststellte, dass grosser Handlungsbedarf zur Quartieraufwertung besteht. Vor 12 Jahren hielt man auch fest, dass es in diesem Stadtgebiet eine totale Unterversorgung betreffend Grünräume gibt. Und mit dem damals realisierten Fluhmühlepark hat man gewusst, dass dieser nur ein Provisorium ist. So stiess man vor bald zehn Jahren einen partizipativen Prozess mit der Quartierbevölkerung an und man entwickelte innovative und zukunftssträchtige Ideen – es hätte einen grösseren, vielfältig grüneren Fluhmühlepark geben sollen.

Nun zeigt sich im Rückblick, dass all die Visionen und Ideen nicht angegangen werden konnten.

Die Stadt hätte Land bzw. Liegenschaften kaufen müssen, was aber anscheinend aus verschiede-

nen Gründen nicht möglich war. Und das zeigt auf, wie schwierig es ist, wenn die Stadt keine eigenen Grundstücke hat. Und in diesem Fall wurde fast alles verunmöglicht, nämlich, das Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse aufzuwerten und mit mehr Grünflächen auszubauen.

Heute ist es so, dass es im Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse gar keine Grünflächen mehr gibt. Denn der alte Fluhmühlepark wird seit Anfang Januar dieses Jahres für die Bauarbeiten des Kantons als Baustelleninstallationsplatz gebraucht. Somit wurde auch dem Anspruch und der Forderung nach einer nahtlosen Anschlusslösung nicht Rechnung getragen. Der dort lebenden Quartierbevölkerung bleibt nichts anderes übrig, als das auszuhalten und zu ertragen.

Die Sprechende weiss nicht, wer von den Anwesenden in letzter Zeit einmal vor Ort war – dort wo der neue Fluhmühlepark entstehen soll. Vor wenigen Wochen nahm sich die Sprechende Zeit und schaute sich das genau an. Der Rundumblick zeigte ihr Folgendes:

Viel Asphalt, viele Autoparkplätze – auch wenn es hier nicht darum geht –, viele Wohnblöcke und eine Zugstrecke, auf der rechts vom Park alle zehn Minuten ein Zug vorbeidonnert. Zudem ist es unglaublich laut und staubig, weil seit Anfang Jahr die Hauptstrasse neu erstellt wird. Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner erzählten der Sprechenden, dass auch oft in der Nacht gearbeitet wird und dass sie wegen dem Lärm nicht immer durchschlafen können.

Also – die Quartierbevölkerung im Raum Fluhmühle/Lindenstrasse muss unterstützt werden und das Parlament hat heute die Chance, mit dem vorliegenden Bericht und Antrag «Neubau Quartierpark Fluhmühle» klare Signale zu setzen und diesem Quartier, soweit es geht, zu besseren Bedingungen zu verhelfen.

Der neue Fluhmühlepark ist sicher nicht das, was man vor bald zehn Jahren ins Auge fasste. Und doch hat die Stadt mit dem wenigen Landerwerb, der nun möglich wurde, schon ganz viel erreicht. Die Ausgangslage, auch bei diesem neuen Park, ist nicht einfach und die G/JG-Fraktion anerkennt die Umsetzungsbemühungen der Stadt. Einen Park in einer relativ steilen Hanglage zu realisieren, ist nicht gerade das, was man sich als Planerin wünscht. Doch die Stadt versuchte, wie schon gesagt, möglichst viele in diese Planung miteinzubeziehen, damit der Park vielen Quartierbewohnerinnen und -bewohnern zugutekommt.

Es gibt aber ein paar Punkte, die der G/JG-Fraktion noch fehlen oder die sie nicht ideal findet. Der neue Park wird für Kinderwagen oder für Personen, die auf eine Gehhilfe bzw. einen Rollstuhl angewiesen sind, nicht durchgängig zur Verfügung stehen. Die Hanglage lässt das nicht zu, da doch viele Treppen vorhanden sein werden. Das bedeutet, dass alle, die mit dem Kinderwagen kommen oder eine Gehhilfe benötigen, sich nur auf der unteren Ebene aufhalten können – da nur diese hindernisfrei ist. Die G/JG-Fraktion bedauert es sehr, dass hier keine andere Lösung gefunden wurde. Wie schon gesagt: Seit 11 Monaten gibt es in diesem Gebiet keine öffentliche Grünfläche mehr. Der neue Park wird – wenn nichts dazwischenkommt – per Ende 2022 erstellt. Das bedeutet, noch mehr als ein Jahr müssen sich die Menschen, die dort leben, gedulden. Die G/JG-Fraktion hätte hier von der Stadt mehr Initiative erwartet. Wenn schon die Nutzung der Aussenräume im Moment so eingeschränkt ist, hätte man doch wenigstens im Rahmen der Quartierarbeit mehr Ressourcen zur Verfügung stellen können – darum wird sich die Sprechende im Rahmen der Protokollbemerkungen noch einbringen.

Ein weiterer Punkt ist die Lindenstrasse. Diese soll zu einer Begegnungszone umgestaltet und aufgewertet werden. Dieses Vorhaben begrüsst die G/JG-Fraktion sehr. Auch dass der Spielplatz an der Lindenstrasse dementsprechend saniert wird, ist nur richtig. Doch bis diese Umgestaltung und

Sanierung stattfindet, dauert es zu lange. Im Bericht und Antrag rechnet man damit, dass es bis ins Jahr 2023 gehen wird. Die G/JG-Fraktion sieht, dass die totale Sanierung Zeit braucht. Sie setzt sich aber dafür ein, dass der Stadtrat bis zur Realisierung mehr Ressourcen bereitstellt, damit der Spielplatz mit einfachen Mitteln besser zugänglich ist und eine kleine Aufwertung erfährt, damit Kinder und Eltern diesen Spielplatz auch wirklich als Spielplatz nutzen können. Es ist sehr wertvoll, wenn der Stadtrat bereits heute einfache Massnahmen ergreifen kann. Es sind herausfordernde Zeiten und die Familien vor Ort müssen sich noch eine lange Zeit gedulden. Darum möchte die G/JG-Fraktion, dass bereits jetzt ein gewisser Mehrwert ermöglicht wird. Mit dem neuen Park wird noch nichts Zusätzliches ermöglicht. Der Park ist nur ein fast gleich grosser Ersatz für den alten Fluhmühlepark. Das ist ein Fakt. Und man ist noch weit davon entfernt, dass man sagen könnte, im Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse habe eine Quartieraufwertung stattgefunden und es gäbe neue, zusätzliche Grünflächen.

Die Sprechende wünscht sich persönlich wirklich fest, dass der neue Quartierpark zu einem attraktiven und identitätsstiftenden Ort wird, so wie es der Stadtrat in seinem Bericht schreibt. Es sind grosse Worte des Stadtrates, die hoffentlich wirklich wahr werden. Die G/JG Fraktion wünscht sich, dass heute das Parlament geschlossen diesem Bericht und Antrag zustimmt und alle zusätzlichen Verbesserungen, die finanziell nicht wirklich ins Gewicht fallen, für die Quartierbevölkerung aber wichtig und wertvoll sind, ermöglicht.

Die G/JG-Fraktion tritt auf diesen Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit und allen folgenden Protokollbemerkungen zu.

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht und Antrag, welcher eine Weiterführung aus dem Bericht und Antrag «Quartierentwicklung» aus dem Jahr 2017 ist. Der sofortige Handlungsbedarf in diesem Quartier mit besonderem Aufwertungsbedarf ist sehr gross. Die Herausforderung in diesem Quartier mit nicht allzu gutem Image liegt in der Verbesserung der Lebensqualität und der Lebenssituation der Bevölkerung durch die Aufwertung der Strassen und Aussenräume. Mit den vielseitig nutzbaren Freiräumen und dem Ziel der Schaffung eines attraktiven Quartierparks kann die Stadt Luzern die Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche sowie die Verbesserung des Quartierlebens und des lokalen Gewerbes fördern. Der Miteinbezug der Quartierbevölkerung von Jung bis Alt bei der Gestaltung des Parks, was für die FDP-Fraktion sehr wichtig ist, hat stattgefunden – wenn auch nicht mit einer sehr hohen Beteiligung. Die zeitnahe Umgestaltung der Lindenstrasse zu einer Begegnungszone und die schnellstmögliche Aufwertung des Lindenstrasse-Spielplatzes wird von der FDP-Fraktion unterstützt. Zudem erachtet die FDP-Fraktion die neue, attraktive und vor allem behindertengerechte, kinderwagentaugliche und mit dem Velo benutzbare Fluhmühlepasserelle zum Naherholungsgebiet der Reuss als sehr wertvoll.

Damit der neue Quartierpark so beliebt wie der im Jahr 2011 realisierte provisorische Fluhmühlepark wird, wäre der Erwerb der benachbarten Grundstücke für eine flächenmässige Vergrösserung des Quartierparks sehr entscheidend gewesen. So erscheint der reduzierte Park nun eher als eine Art Notlösung, wobei aber erwähnt wird, dass eine spätere Erweiterung des Parks im Rahmen des Bebauungsplans Fluhmühle weiterhin möglich ist. Dass der neue Quartierpark in Hanglage erstellt wird und sich dadurch in einer Gefahrenzone befindet, ist überhaupt nicht ideal. Die «erhebliche Gefährdung durch Spontanrutschungen und Hangmuren», wie es im Bericht und Antrag heisst, in

den Griff zu bekommen, bedeutet, nebst dem, dass das Gelände nicht unbedingt so spielfreundlich sein wird, dass auch sehr kostspielige Schutzmassnahmen notwendig sind. Die FDP-Fraktion wünscht sich, dass der neue und absolut notwendige Quartierpark schnell erstellt und zu einem attraktiven Begegnungsort für Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner wird. Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit zu. Bei den Protokollbemerkungen folgt sie den Empfehlungen des Stadtrates.

Lisa Zanolla: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den aufklärenden Bericht und Antrag, der aus Sicht der SVP-Fraktion im Prinzip unbestritten ist. Lediglich die Lage des Parks erscheint nicht optimal, aber es kam keine andere Alternative zustande. Gut jedoch ist, dass man bei der Gestaltung des Parks die Quartierbevölkerung miteinbezieht und Gelegenheit für Fragen und Rückmeldungen gab.

In diesem Geschäft beantragt der Stadtrat einen Sonderkredit von 1,63 Mio. Franken für den Neubau des Quartierparks Fluhmühle. Er will den Park ersetzen, der wegen Bauarbeiten an der Kantonsstrasse geschlossen werden musste.

Die Hauptstrasse zwischen Reussbühl und Kreuzstutz wird zurzeit saniert und verbreitert, damit Radwege und in Richtung Emmenbrücke eine Busspur realisiert werden können. Diese Arbeiten hatten auch Auswirkungen auf den Fluhmühlepark bei der Einfahrt in den Fluhmühlerain. Der Park wurde erst im Jahr 2011 im Rahmen des Quartierentwicklungskonzepts realisiert und musste Anfang 2021 geschlossen werden. Der Kanton benötigt das Grundstück als Baustelleninstallationsplatz für die Sanierung der Kantonsstrasse.

Die Stadt hat sich deshalb für einen Ersatz eingesetzt. Da ein grosszügiger Park in der Fluhmühle aufgrund unterschiedlicher Entwicklungsvorstellungen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer vorläufig nicht realisiert werden kann, will der Stadtrat im Bereich der Bahnunterführung von der Fluhmühle zur Lindenstrasse einen Park in reduzierter Form realisieren. Der Grosse Stadtrat hat im Juni 2021 dem Bebauungsplan Lindenstrasse und den entsprechenden Änderungen der Bau- und Zonenordnung Littau zugestimmt und damit die planungsrechtliche Grundlage geschaffen, um an diesem Standort einen neuen Grünraum zu schaffen. Oberhalb des Bahntunnels will der Stadtrat den Quartierpark Fluhmühle realisieren.

Die Gestaltung des Parks wurde in einem partizipativen Prozess mit der Quartierbevölkerung erarbeitet. Die zentrale Herausforderung war, das Areal trotz Hanglage zu einem attraktiven Begegnungsort zu machen. Die Hauptattraktion des Parks wird eine Holzkonstruktion mit Netzen und Seilen zum Klettern, Balancieren und Schaukeln sein. Sie kann von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen genutzt werden – als Spielgerät, als Sitzgelegenheit oder um sich in den Netzen und Hängematten zu erholen und die Natur zu geniessen. Weiter wird ein Kiesplatz mit Picknicktischen und Bänken entstehen, auf dem, wie von der Quartierbevölkerung gewünscht, Boule und Boccia gespielt werden kann.

Die vorgesehene Gestaltung gibt der Stadt Handlungsspielraum, um auf zukünftige Entwicklungen im Quartier reagieren zu können. Auch eine spätere Erweiterung des Parks ist nicht ausgeschlossen.

Seit der Fusion von Littau und Luzern hat die Stadt Luzern mit Beteiligung der Quartierbevölkerung und den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zahlreiche Projekte realisiert. Neben dem Fluhmühlepark sind dies unter anderem die Quartierarbeit mit dem Büro an der Lindenstrasse,

das Frauen-Café, Spielnachmittage für Kinder, das Quartierfest, das Lindenstrassenfest sowie die Baumpflanzungen an der Lindenstrasse.

Da der alte Fluhmühlepark bereits letztes Jahr geschlossen werden musste, soll der neue Quartierpark möglichst schnell realisiert werden. Läuft alles nach Plan, könnten die Arbeiten im Sommer 2022 beginnen und Ende 2022 beendet sein.

Die SVP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten, aber nicht allen Protokollbemerkungen der Sozialkommission zustimmen. Bei der Schlussabstimmung zur Ziffer I wird die SVP-Fraktion zustimmen und das Postulat 337 kann aus ihrer Sicht abgeschrieben werden.

Agnes Keller-Bucher: Mit der Realisierung des Neubaus Quartierpark Fluhmühle kommt der Stadtrat den Bedürfnissen der Quartierbevölkerung nach. Der alte Park, welcher im Besitz des Kantons ist, musste, wie wir alle wissen, als Installationsplatz für den Bau der Hauptstrasse dienen und daher weichen. Mit diesem neuen Park macht der Stadtrat das Beste, was bei diesen Platzverhältnissen möglich ist. Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass die Quartierbevölkerung miteinbezogen wurde – was wegen der Pandemie aber gar nicht so einfach war. Verschiedene Anliegen konnten so aufgenommen werden – wie z. B. ein Boule- oder Boccia-Platz. Der neue Park, wie er nun angedacht ist, sieht gut aus. Die Skizzen zeigen mindestens ein gefälliges Bild. Besonders die Terrassierungen und die geschwungenen Wege gefallen. Die Hanglage macht es aber nicht einfach. Sicherheitsmassnahmen gegen Hangrutsche/Murgänge sind eine grosse Herausforderung und machen einen Grossteil der Kosten aus. Auch aus diesem Grund sind die Unterhaltskosten später auch höher als sonst. Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass der gesamte Park in einem Gesamtkonzept steht und sie hofft, dass es nicht nur eine Zwischenlösung ist, bis wieder etwas anderes gefunden wird, denn sonst wären die Kosten für die Mitte-Fraktion viel zu hoch. Zukünftig soll aber auch der Spielplatz saniert und eine neue und attraktive Passerelle zum Naherholungsraum an der Reuss gebaut werden. Auch die Lindenstrasse soll zu einer Begegnungszone werden. Das alles wird das Quartier aufwerten – so wie die Mitte-Fraktion das auch gefordert hat. So wie der Park angedacht ist, steht die Mitte-Fraktion dahinter und stimmt dem Kredit zu. Sie stimmt auch der Abschreibung des Postulats zu. Bei den Protokollbemerkungen folgt sie dem Stadtrat.

Daniel Lütolf bedankt sich für den vorliegenden Bericht und Antrag. Wie kann Frau oder Mann gegen einen Kinderspielplatz oder gegen einen Quartierpark sein? Eigentlich gar nicht. So ist auch der vorliegende Bericht und Antrag aus Sicht der GLP-Fraktion absolut unbestritten. Das Ziel ist die Schaffung eines attraktiven Quartierparks. Der Sprechende findet, dass das Ziel mit den vorliegenden Plänen absolut erreicht ist. Das Perfekte gibt es selbstverständlich nie. Auch die Lage ist unter Umständen suboptimal. Das wurde alles schon gesagt. Aber lassen wir mal fünf gerade sein – wie es die Bevölkerung vor Ort auch tut. Nach der Kommissionssitzung wurde der Sprechende darauf aufmerksam gemacht, er solle mal dort vorbeigehen. Und weil er solche Inputs sehr ernst nimmt, fuhr er dort vorbei und nahm einen Augenschein. Der Sprechende kann aus Überzeugung sagen, dieses Projekt ist eine klare Aufwertung und auch eine Attraktivierung für das Quartier Fluhmühle. Dass der Einbezug der Quartierbevölkerung in einem partizipativen Prozess erfolgte, findet der Sprechende sehr gut – das sollte immer so gemacht werden. Dank dieser Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner gibt es nun auch einen Boule- und Boccia-Platz. Das ist sehr gut so. Die GLP-Fraktion begrüsst es auch, dass der Quartierpark nach oben skalierbar sein wird und

erweiterbar ist. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, stimmt dem Sonderkredit von 1,63 Mio. Franken zu und ist auch für die Abschreibung des Postulats. Bei den Protokollbemerkungen folgt die Fraktion dem Stadtrat.

Regula Müller: Die SP-Fraktion bedankt sich für diesen Bericht und Antrag, welchen sie gespannt erwartet hat – dann aber enttäuscht wurde. Der SP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass im Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse Freiräume für die Bevölkerung entstehen. Wie wichtig solche Freiräume, gerade in diesem Quartier, sind, zeigte sich, als der alte Fluhmühlepark im Jahr 2011 entstanden ist. Er war sehr beliebt und wurde rege genutzt. Wie gesagt, im Jahr 2011 entstand der alte Park und bereits zu diesem Zeitpunkt wusste der Stadtrat, dass es sich nur um ein Provisorium handelte und dass es neben diesem Park keine weiteren öffentlich zugänglichen Outdoor-Begegnungsorte gibt. 2011! Im Jahr 2011 heirateten z. B. auch Kate und William, 2011 war die Fukushima-Katastrophe und 2011 starb Amy Winehouse. Es kommt einem vor, als wäre das erst gestern gewesen. Der Sprechenden scheint es, als ob der Stadtrat auch erst gestern bemerkte, dass dieses Provisorium irgendwann ersetzt werden muss. Von Anfang an hätte der Stadtrat sich vehement um den Kauf von weiterem Land kümmern müssen. Die Verhandlungen mit Eigentümerinnen und Eigentümern wurden zwar geführt, blieben aber erfolglos. Und so gelang es offensichtlich nicht, ein gleichwertiges Stück Land zu erwerben, welches den Fluhmühlepark nahtlos hätte ablösen können. Das bedauert die SP-Fraktion sehr. Dass nun der Park, der am Hang liegt und kleiner als der vorherige Park ist, die Lösung sein soll, ist für die SP-Fraktion nur schwer zu akzeptieren. Dass es nun aber in einem ersten Schritt besser ist, diesen Park, als gar keinen Park zu haben, ist klar. Ebenso klar ist es für die SP-Fraktion, dass der Stadtrat weiterhin alles daran setzen muss, dass in diesem Quartier weitere Flächen gekauft werden können, die dann öffentlich zugänglich werden. Mit den Protokollbemerkungen, die von der Sozialkommission gestellt werden, sieht die SP-Fraktion die Möglichkeit, das Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse, welches nun mit dieser halbhatzigen Lösung leben muss, aufzuwerten. Die SP-Fraktion wird allen vier Protokollbemerkungen zustimmen, auf den Bericht und Antrag eintreten, dem Sonderkredit zustimmen und lehnt die Abschreibung des Postulats 377 ab, denn der neue Park ist auf keinen Fall gleichwertig wie der alte.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Normalerweise wird die Sozialkommission von Stadtrat Martin Merki begleitet. Aufgrund von Engpässen in der Baukommission beriet aber die Sozialkommission dieses Projekt und der Sprechende nahm an dieser Sitzung teil. Es war für ihn sehr interessant, einmal einen etwas anderen Blick auf ein Bauprojekt zu erhalten. Der Sprechende bedankt sich für die positive Aufnahme dieses Projekts. Es wurde richtig festgestellt – es ist nicht optimal. Es ist auch nicht die Lösung. Im Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse ist nicht alles in Butter, aber es wurde das Beste aus dieser schwierigen Ausgangslage herausgeholt. Wie bereits erwähnt wurde, besitzt die Stadt hier kein Land. Wenn man kein Land hat, ist es schwierig, Private dazu zu bringen, entweder zu verkaufen oder einen Teil ihres Landes abzugeben, z. B. für einen Spielplatz. Die Stadt fuhr lange, bis etwa in das Jahr 2014 oder in das Jahr 2015, auf dieser Schiene. – Es wurde also nicht erst vor Kurzem bemerkt, dass das Provisorium Fluhmühlepark ein Ende haben wird, sondern bereits in den Jahren 2014/2015 verhandelte die Baudirektion mit Grundeigentümern. Und in diesem Rahmen hätte man mit einem städtebaulichen Vertrag eine grössere Anlage

bauen können. Lange wurde dieses Projekt verfolgt; lange sah es gut aus. Bis dann im Zuge einer Erbschaftsgeschichte die Besitzerschaft plötzlich nicht mehr darauf eingehen wollten. Dann musste es schnell gehen. Es ist sehr schade – da gibt der Sprechende allen recht, die das kritisieren –, dass kein nahtloser Anschluss geschaffen werden konnte. Aber es war einfach nicht möglich. Es wurde keine Kritik an diesem Projekt geäußert, sondern an der Art und Weise, wie es dazu kam. Diese Kritik kann der Stadtrat durchaus verstehen. Es wurde lange am vorgängigen Projekt gearbeitet und dann musste man wechseln. Es wurde auch probiert, Land zu kaufen. Aber die Stadt kann nicht für eine kleine Parzelle spekulative Phantasiepreise bezahlen, um dort einen Kinderspielplatz zu realisieren. Der Stadtrat versuchte auch bei diesem Projekt, wie das üblich ist bei Parkanlagen oder Kinderspielplätzen, die Bevölkerung möglichst gut miteinzubeziehen. Zu Corona-Zeiten war das natürlich etwas schwieriger. Es wurde nicht nur eine digitale Befragung durchgeführt, bei der immerhin 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitmachten, man fragte auch im Frauen-Café – es gab verschiedene weitere Kontakte zur Quartierbevölkerung. Man hat mit mehr oder weniger Erfolg probiert, einen guten Miteinbezug vorzunehmen. Dieses Projekt steht in einem Gesamtkonzept und ist nicht als Zwischenlösung gedacht. Das Projekt will man so weiterführen. Der Sprecher der GLP-Fraktion sagte, dass der Park nach oben skalierbar sei. Räumlich stimmt das nicht – aber mengenmässig schon. Der Sprechende nimmt an, dass der GLP-Sprecher das auch so meinte. Denn im oberen Teil des Parks ist die Hanglage noch steiler. Die Hangrutschgefahr muss dort berücksichtigt werden, was das Projekt etwas teurer macht. Man ist aber dran, schnell Aufwertungen vorzunehmen, z. B. am Kinderspielplatz an der Lindenstrasse. Zu den Protokollbemerkungen gibt es im Stadtratsbeschlussausführliche Begründungen, weshalb der Stadtrat sie annehmen oder ablehnen möchte. Bei Bedarf geht der Sprechende allenfalls weiter darauf ein. Es freut Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula, wenn diesem Projekt relativ geschlossen zugestimmt werden kann. Es ist die optimale Lösung, auch wenn man sich sicher etwas Grösseres gewünscht hätte. Aber mit dem, was man hatte, wurde etwas Gutes gemacht und das wird vom Parlament anerkannt. Das freut den Sprechenden und alle, die an diesem Projekt gearbeitet haben.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den Bericht und Antrag 30/2021: «Neubau Quartierpark Fluhmühle, Sonderkredit für die Ausführung» eingetreten.

DETAIL

Seite 6 f 1.1.3 Spielplatz Lindenstrasse

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission hat mit 9 : 0 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung 1** überwiesen:

Der jetzige Lindenstrassen-Spielplatz soll schnellstmöglich eine angemessene Aufwertung erhalten. Diese soll in Zusammenarbeit mit der Quartierarbeit erfolgen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission hat mit 6 : 1 : 2 Stimmen folgende **Protokollbemerkung 2** überwiesen:

Der Stadtrat setzt sich beim Eigentümer des Gebäudes an der Lindenstrasse 15 dafür ein, dass die leerstehende Terrasse von der Bevölkerung genutzt werden kann.

Der Stadtrat opponiert im StB 783 der Protokollbemerkung.

Regula Müller: Händeringend suchte der Stadtrat offenbar nach weiteren Flächen in diesem Quartier. Nun haben wir eine Fläche, die man nutzen kann. Sie ist zwar nicht riesig, aber sie liegt günstig neben dem Spielplatz und im gleichen Gebäude ist auch die Quartierarbeit eingemietet. Diese Chance muss man unbedingt ergreifen, um dort Platz für die Bevölkerung zu schaffen. Die SP-Fraktion kann auch damit leben, wenn die Terrasse nur im Zusammenhang mit Veranstaltungen der Quartierarbeit geöffnet ist. Hauptsache es gibt mehr Fläche.

Agnes Keller-Bucher: Die Mitte-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung ab. Für die Sprechende ist es zentral, dass man bereits Gespräche mit dem Eigentümer führte und dieser sich ausdrücklich gegen eine öffentliche Nutzung aussprach. Wie schon erwähnt, wäre er höchstens für eine Öffnung der Terrasse für ein paar spezielle Anlässe. Die Stadt müsste diese Terrasse sanieren, viel Geld ausgeben und für den Unterhalt sorgen – und das nur für ein paar Anlässe. Da findet die Sprechende das Kosten-Nutzen-Verhältnis sehr übertrieben. Aus diesem Grund wird diese Protokollbemerkung abgelehnt.

Heidi Rast: Die G/JG-Fraktion möchte, dass diese Protokollbemerkung überwiesen wird. Denn wie schon gesagt: Es gibt nur sehr wenige Flächen, die man sonst noch bespielen könnte. Wenn nun halt der Besitzer etwas schwierig tut, sollte nicht gleich aufgegeben werden. Das macht man sonst auch nicht. Man kann weitere Verhandlungen suchen. Es existiert bereits eine gute Grundlage der Quartierarbeit – da sollte man sicher noch Möglichkeiten finden. Es geht darum, das zu prüfen. Die Sprechende findet, dass weil die Stadt die Grundstücke nicht kaufen konnte, wurden bereits Einsparungen gemacht und deshalb kann man nicht sagen, dass es aufgrund der Finanzen nicht geht. Das wäre der falsche Ansatz.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat opponiert, weil dieser Schritt schon gemacht wurde. Der Grundeigentümer möchte das nicht. Deshalb sind dem Stadtrat die Hände gebunden. Wenn Regula Müller meint, die Stadt hätte hier eine Fläche, muss der Sprechende das verneinen. Die Stadt hat sie eben nicht. Das ist die Schwierigkeit. Wenn das Parlament die Protokollbemerkung überweisen sollte, wird der Stadtrat nochmals mit dem Grundeigentümer das Gespräch suchen. Das ist klar. Es wurde aber schon versucht, denn der Stadtrat erkannte das

Bedürfnis und sah die Chance. Aber die Immobilienabteilung der Baudirektion teilte nach der Verhandlung mit, dass der Grundeigentümer das nicht möchte. Das ist die Ausgangslage. Darum sagte der Stadtrat, dass keine Erwartungen geschürt werden sollen, die nicht realisiert werden können; auch hinsichtlich der Kosten.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Der Stadtrat setzt sich beim Eigentümer des Gebäudes an der Lindenstrasse 15 dafür ein, dass die leerstehende Terrasse von der Bevölkerung genutzt werden kann.

Seite 10 1.4 Partizipationsverfahren

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission hat mit 5 : 4 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung 3** überwiesen:

Der Stadtrat prüft, wie die Kinder und Jugendlichen aus dem Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse bei der weiteren Gestaltung des Neubaus integriert werden können.

Der Stadtrat opponiert im StB 783 der Protokollbemerkung.

Regula Müller: Der Stadtrat sagt in der Stellungnahme auf diese Protokollbemerkung, dass eine weitere Partizipation zu einer Scheinpartizipation werden würde und dass die Zielgruppe dieses Parks nicht die Kinder wären, sondern Jugendliche und Erwachsene. So wie es aber bisher gelaufen ist, stellt sich die SP-Fraktion ein Partizipationsverfahren nicht vor. Wie beim Eintreten mehrmals erwähnt wurde, wird es einen Boule- und Boccia-Platz geben. Die Sprechende sieht in der Stadt nicht besonders viele Kinder Boule und Boccia spielen. In der Protokollbemerkung steht ausdrücklich, dass es Kinder und Jugendliche seien, die zu dieser Zielgruppe gehören und somit einbezogen werden müssen. Die baulichen Massnahmen sind geplant. Es gibt aber noch mehr Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche miteinzubeziehen. Der angedachte Pflanztag ist zum Beispiel ein guter Ansatz. Die SP-Fraktion findet es sehr wichtig, dass sich die Bevölkerung des Quartiers Fluhmühle/Lindenstrasse diesen Park zu eigen macht.

Agnes Keller-Bucher: Die Mitte-Fraktion folgt dem Stadtrat und lehnt die Protokollbemerkung somit ab. Wie bereits gehört: Die Partizipation hat bereits stattgefunden. Diverse Pools wurden abgefragt, wie z. B. Schüler mittels einer Online-Befragung. Der Plan steht. Es gibt nicht nur einen Boccia-Platz. Es gibt viele verschiedene Sachen zum Spielen – wie Lisa Zanolla das bei ihrem Eintreten schon aufgezählt hat. Die Sprechende findet, dass es sehr vieles für die Kinder hat. Der Spielplatz wird mit der vorher überwiesenen Protokollbemerkung nun auch noch möglichst schnell aufgewertet. Aus diesem Grund sieht es die Mitte-Fraktion nicht ein, warum nun nochmals eine Befragung bei Kindern und Jugendlichen gemacht werden soll.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula ist der Meinung, dass man inhaltlich auf Kurs ist. Dieses Projekt liegt jetzt in der vorgeschlagenen Form vor. Der Stadtrat möchte es realisieren. Es

wurde viel Partizipation gemacht. Auch mit den Jugendlichen und Kindern des Fluhmühle-Schulhauses wurde gesprochen. Es wurde viel gemacht. Wenn Regula Müller meint, die Quartierbevölkerung soll den Park zu ihrem eigenen machen – dann ist das genau das, was der Stadtrat möchte. Darum wurden die Leute, darunter auch Kinder und Jugendliche, aus dem Quartier miteinbezogen. Aber der Stadtrat möchte nicht in eine Partizipation gehen, bei dem sich dann Kinder beispielsweise eine ganze Wasseranlage wünschen – wie das sehr beliebt ist bei Kindern – und dann das ganze Projekt überarbeitet und neu aufgelegt werden müsste. Selbstverständlich wird der Stadtrat bei der weiteren Bespielung und Belebung mit dem Quartier in Kontakt bleiben, um Details zu besprechen. Aber man kann nicht mit Einbezug von Kindern und Jugendlichen das ganze Projekt nochmals umstellen. Das möchte der Stadtrat damit aussagen. Grundsätzlich machte das der Stadtrat schon, er versuchte, die Kinder und Jugendlichen möglichst gut einzubeziehen. Dieser Platz ist ein Begegnungsplatz für alle, nicht nur für Kinder und Jugendliche. Es müssen auch Erwachsene Platz haben und der Sprechende findet, dass z. B. die geplanten Netze auch für Erwachsene da sind. Auch sie können sich da reinlegen, wobei es für Kinder allenfalls interessanter ist. Das Gelände ist spannend – auch für Kinder. Der Stadtrat hat einfach gemacht, was er konnte. Es ist aber dem Grossen Stadtrat überlassen, diese Protokollbemerkung zu beurteilen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Der Stadtrat prüft, wie die Kinder und Jugendlichen aus dem Quartier Fluhmühle/Lindenstrasse bei der weiteren Gestaltung des Neubaus integriert werden können.

Seite 11 2 Zielsetzung

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission hat mit 5 : 4 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung 4** überwiesen:

Für die Quartierarbeit werden zum schnellstmöglichen Zeitpunkt bis zur Eröffnung des neuen Parks weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt. So können sie während dieser Zeit alternative Handlungsspielräume gemeinsam mit der Quartierbevölkerung umsetzen.

Der Stadtrat opponiert im StB 783 der Protokollbemerkung.

Heidi Rast: Der Stadtrat anerkennt das dort vorhandene Bedürfnis. Das findet die G/JG-Fraktion sehr gut. Es zeigt aber auch, dass es mit dieser Protokollbemerkung allenfalls nicht umgesetzt werden kann. Was auch verständlich ist, denn es wird auch wieder aufgezeigt, dass in der Stadt «jeder so seinen Teil abhandelt» und man nicht so gut miteinander vernetzt ist. Die G/JG-Fraktion möchte deshalb, dass die Protokollbemerkung überwiesen wird. Sie wird den Antrag aber auch im Rahmen der Aufgaben- und Finanzplan-Debatte stellen, damit es am richtigen Ort ist und die Abteilung Quartiere und Integration (QUIN) auch wirklich finanzielle Ressourcen erhält. Es ist erstaunlich, dass die G/JG-Fraktion diesen Antrag stellen muss, d.h., dass die QUIN gar keine Möglichkeit hat, im Rahmen von Fr. 24'000.-- so etwas auszuschöpfen. Das zeigt, wie knapp alles berechnet ist in diesem Bereich.

Regula Müller: Wie soeben von Heidi Rast gesagt, wird die G/JG-Fraktion das nötige Budget in der Debatte zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP) noch einfordern. Daher kann die SP-Fraktion dem selbstverständlich zustimmen. Sie kann auch dieser Protokollbemerkung zustimmen. Da die Protokollbemerkung 2 zur Terrasse nun überwiesen ist und diese Terrasse wahrscheinlich nur von der Quartierarbeit bespielt werden darf, sind zusätzliche Ressourcen umso wichtiger.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Für die Quartierarbeit werden zum schnellstmöglichen Zeitpunkt bis zur Eröffnung des neuen Parks weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt. So können sie während dieser Zeit alternative Handlungsspielräume gemeinsam mit der Quartierbevölkerung umsetzen.

Seite 20 8 Antrag

- I. **Für den Neubau des Quartierparks Fluhmühle wird mit 45 : 0 : 0 Stimmen ein Sonderkredit von 1,63 Mio. Franken bewilligt.**

- II. **Das Postulat 337, Heidi Rast und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2019: «Fluhmühlepark – mindestens eine gleichwertige und zeitlich nahtlose Lösung ermöglichen», wird entgegen dem Antrag des Stadtrates nicht als erledigt abgeschrieben.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 30 vom 25. August 2021 betreffend

Neubau Quartierpark Fluhmühle Sonderkredit für die Ausführung,

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. **Für den Neubau des Quartierparks Fluhmühle wird ein Sonderkredit von 1,63 Mio. Franken bewilligt.**

- II. Das Postulat 337, Heidi Rast und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2019: «Fluhmühlepark – mindestens eine gleichwertige und zeitlich nahtlose Lösung ermöglichen», wird nicht als erledigt abgeschrieben.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 Bericht und Antrag 29/2021 vom 30. August 2021: Digitalstrategie und Smart City Luzern

EINTRETEN

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK der Stadt Luzern diskutierte am 30. September 2021 den Bericht und Antrag «Digitalstrategie und Smart City Luzern» und nahm diesen grossmehrheitlich zur Kenntnis. Auch stimmte die Kommission den Anträgen des Stadtrates grossmehrheitlich zu. Der GPK ist es ein grosses Anliegen, dass die Stadt Luzern im Bereich der Digitalisierung Fortschritte erzielt. Hierzu sind die im Moment zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichend. Darum sollen mit dem Sonderkredit von 13,8 Mio. Franken die notwendigen Ressourcen gesprochen werden. Die GPK möchte aber betonen, dass die Stadt Luzern die Umsetzung des Smart City Projekts oder generell von mehrwertstiftenden Projekten der Digitaltransformation, vorantreiben soll und die Verwirklichung wo möglich immer in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, Privatwirtschaft und den in der Stadt Luzern verantwortlichen Bildungsinstitutionen und weiteren Anspruchsgruppen erfolgen soll. Die GPK beantragt daher, die Motion 276 «Vision und Strategie Smart City Luzern» nicht abzuschreiben. Denn ein «Echoraum», ein «Sounding Board» oder eine technische, offene und digitale Plattform, welche die digitale Transformation der Stadt Luzern begleiten soll, wurde noch nicht verwirklicht. Auch ist es der GPK ein Anliegen, dass zwar auf den kulturellen Wandel innerhalb der Verwaltung punkto Digitalisierung ein Augenmerk gelegt wird, aber die Fortschritte auch von aussen wahrgenommen werden können und die Bevölkerung von einer stärkeren Kundenorientierung und Effizienzsteigerung bei den städtischen Dienstleistungen profitieren kann. Der Stadtrat soll die GPK ebenfalls jährlich über den aktuellen Projektstand und die erzielten Fortschritte informieren. Die GPK hat im Detail verschiedene Protokollbemerkungen beschlossen und beantragt, die Motion 276 und das Postulat 49 noch nicht abzuschreiben.

Mirjam Fries: Als der Grosse Stadtrat den Bericht und Antrag «Stadt Luzern digital: Digitalstrategie der Stadt Luzern» im Jahr 2019 diskutierte, war man sich unter den Parteien einig, dass es sich noch nicht wirklich um eine Strategie handelte, sondern um eine Beschreibung der Ausgangslage – eine IT-Bestandsaufnahme. Kritisiert am Bericht und Antrag hat man damals die starke Innensicht – im Fokus war die digitale Transformation der Verwaltung. Zusammen mit der Motion 276 wurde dann das Bild einer Vision einer Smart City ein wenig klarer. Nach intensiven Diskussionen sagte das Parlament Ja zum Kredit und den zusätzlichen Stellen. Das im Vertrauen darauf, dass die

Strategie mit den zusätzlichen Ressourcen und der Anstellung eines CDOs erarbeitet werden kann.

Beim Betrachten des aktuellen Berichts und Antrags erlebt die Mitte-Fraktion ein Déjà-vu. Der Titel lautet zwar jetzt «Digitalstrategie und Smart City Luzern» und es wurde wiederum ein ausführliches Werk. Man findet viele Begriffe und Definitionen. Man hat einerseits die Digitalstrategie, andererseits die Smart City Strategie. Im Bereich Smart City baute die Stadt sicher Know-how auf. Es wird auch allgemein aufgezeigt, dass schon viele Projekte laufen. Das möchte die Mitte-Fraktion positiv würdigen. Auch das Leuchtturm-Prinzip wird voll und ganz unterstützt. Es wurde aber aus Sicht der Mitte-Fraktion zu vieles in den Bericht und Antrag hineingepackt – man sieht kein klares Bild mehr für die Stadt Luzern –, es fehlt ein klarer Fokus, eine klare Priorisierung. Es fehlt ein klarer Schlachtplan. Es fehlen messbare Ziele. Es fehlt auch ganz einfach ein Organigramm der geplanten Abteilung Digital mit der Einbettung in die Stadtverwaltung.

Was die Mitte-Fraktion auch enttäuscht, ist die Tatsache, dass der Bericht und Antrag vor allem stadtintern erstellt wurde. Die Stadt Luzern hat mit der Uni und der Hochschule eine sehr gute Ausgangslage. In der Antwort auf die Motion 276 stellte der Stadtrat in Aussicht, dass er für die Erarbeitung einen Beirat aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft bereitstellen möchte. Auch von einer allfälligen parlamentarischen Begleitgruppe wurde gesprochen. All das wurde nicht umgesetzt. Corona als einzige Ausrede zählt für die Mitte-Fraktion nicht. Der Auftrag von damals wurde nicht wirklich ernst genommen.

Eine Aussage im Bericht und Antrag ist hingegen ganz klar: Es braucht mehr Personal. In diesem Zusammenhang spricht man mehrfach vom Umbau der Verwaltung in eine agile Organisation. Hier hat die Mitte-Fraktion ihre Zweifel, dass das mit dem Aufbau von IT-Ressourcen gelingt. Das dezentrale Konzept mit den VDIGs in den Direktionen kann zwar nachvollzogen werden, es zementiert aber andererseits wieder das Abgrenzen der einzelnen Direktionen. Es stellt sich zudem die Frage, ob der Bedarf in allen Direktionen gleich gross ist. Nicht alle Abteilungen müssen wohl gleich agil sein. Was es aber wohl vor allem braucht, ist das Commitment des Stadtrates und der Dienstchefinnen und Dienstchefs. Was wird diesbezüglich getan? Was heisst das genau, eine digital agile Verwaltung? Man spürt wenig Begeisterung und Gestaltungswillen aus dem Bericht und Antrag. Und auch wenn sich Effizienzgewinne jetzt noch nicht beziffern lassen, so sollte man sich diesbezüglich Ziele setzen. Die Gefahr ist gross, dass nun einfach Personal aufgebaut wird, ohne die Prozesse je zu verschlanken.

Beim Aufbau der Fachstelle Informationssicherheit und Datenschutz hat die Mitte-Fraktion keine Zweifel. Das ist absolut notwendig.

Für die Mitte-Fraktion der Stadt Luzern ist es klar, dass die digitale Transformation zu einer Daueraufgabe werden muss. Sie möchte auch den Weg zur Smart City gehen. Es ist auch klar, dass es Ressourcen braucht. Wenn man aber zu einem Kredit für 7,8 Stellen Ja sagen soll, dann muss man vom eingeschlagenen Weg überzeugt sein. Das ist die Mitte-Fraktion zurzeit nicht. Der vorliegende Bericht und Antrag überzeugt die Mitte-Fraktion einfach nicht. Es fehlt eine klare Strategie. Es fängt bei der Vision und den Zielen an, welche noch nicht richtig ausformuliert sind. Eine Vision muss die Leute ansprechen und verständlich sein – gerade wenn es um die Verwaltung geht.

Die Mitte-Fraktion beantragt, den Bericht und Antrag zur Überarbeitung zurückzuweisen. Die Vision und Ziele sollen geschärft werden. Wenn die Stadtverwaltung umgebaut werden soll, dann

nicht mit diesem Bericht und Antrag und nicht mit dem Aufbau von IT-Ressourcen. Die Mitte-Fraktion möchte einen klaren Fokus, eine klare Priorisierung, einen klaren Schlachtplan. Sie möchte Ziele, die messbar sind. So kann die Mitte-Fraktion nicht Ja sagen.

Thomas Gfeller: Wäre der Antrag zur Rückstellung dieses Berichts und Antrags nicht wie soeben gehört von der Mitte-Fraktion bereits gestellt worden, so hätte die SVP-Fraktion diesen Antrag gestellt. Zum Bericht und Antrag: Der Sprechende dankt für diesen Bericht und Antrag, der allerdings nicht einfach zu lesen war. Man hätte das Postulat «Einfache Sprache», das im Rat kürzlich verabschiedet wurde, bei diesem Bericht und Antrag anwenden können. Die SVP-Fraktion las diesen Bericht und Antrag einfach mehrmals – das Verständnis dafür wurde aber nicht wirklich grösser. Etwas wurde aber sofort verstanden: Wenn man diesen Weg gehen möchte – wie im Bericht und Antrag skizziert –, dann wird es teuer. Mächtig teuer. Ob das die Bürgerinnen und Bürger in dieser Art und Weise mitmachen, ist für die SVP-Fraktion fraglich. Eine smarte Digitalisierung besteht für die SVP-Fraktion darin, dass Bürgerinnen und Bürger selbsterklärend neue Technologien und Applikationen nutzen können. Eine Digitalisierung hat nicht das Ziel, das hinter jeder App ein Supporter steht und die Funktion erklären muss. Das wird mit diesem Bericht und Antrag, zumindest was die Verwaltung betrifft, etwas suggeriert. Mit den VDIGs werden den Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleitern Fachspezialisten zur Seite gestellt, welche diese Transformation oder diesen Kulturwandel bei den Damen und Herren der Verwaltung schmackhaft machen. «Die Stadt ist im Bereich der digitalen Transformation wegweisend.» – Das ist ein Satz aus dem Legislaturprogramm. Als man diesen Satz formulierte, war man sich vermutlich nicht im Klaren, welche Flughöhe man damit anpeilte. Bekanntlich weiss man: Wer hoch fliegt, kann auch sehr schnell tief fallen. Der Stadtrat beantragt in einer ersten Phase zu diesen 4,5 Vollzeitstellen im IT-Bereich zusätzliche 8 Vollzeitstellen mit einem durchschnittlichen Personalaufwand von 1,75 Mio. Franken pro Jahr. Und weitere Kosten sind nicht ausgeschlossen. Es muss nun allen bewusst sein, dass wenn dieser Startschuss erlaubt wird, man in Zukunft noch mit erheblichen Kosten rechnen muss. Im Bericht und Antrag steht nur, wie hoch die Kosten ausfallen. Mit keinem Satz wird erwähnt, wie hoch die Effizienzgewinne in Einsparungen frankenmässig ausfallen sollen. Der Stadtrat schreibt ganz klar: Mit diesem Bericht und Antrag geht es nicht um eine einfache Digitalisierung, sondern um eine Transformation – also um eine Umwandlung. Der Stadtrat will bewusst Abläufe, das Denken und das Verhalten in der Verwaltung und bei den Bürgern ändern, anpassen oder eben transformieren. Es soll ein Kulturwandel auf allen Ebenen stattfinden. Im Bericht steht «Die Unternehmungs- und Führungskultur muss nachhaltig geprägt bzw. verändert werden». Eine Führungskultur ändert man nicht einfach so. Sondern das dauert Jahre und benötigt Mitarbeitende und vor allem auch Vorgesetzte, die den Prozess mitgestalten. Im Speziellen heisst das, der Stadtrat mit den jeweiligen Direktionen ist gefordert, diesen Kulturwandel anzustossen und mitzuleben bzw. mitzutragen. Es gibt bekanntlich verschiedene Ansätze, wie man einen Kulturwandel anstossen kann. Man kann ein gross angelegtes Programm starten, bei dem man mit Ausbildungen versucht, die Mitarbeitenden auf diese Reise mitzunehmen, und es gibt den Ansatz, wie er von der Stadt gewählt wurde, bei dem man anhand von Projekten die Mitarbeitenden versucht zu begeistern. Wenn man diese Projektzuordnung nach diesen drei Horizontmodellen betrachtet, so wie es im Bericht und Antrag beschrieben ist, so steht die Stadt ganz am Anfang dieser Modelle. Beim Eintreten – am

Horizont eins. Es ist fast beängstigend, wenn der Stadtrat schreibt, dass es nur der Stelle Head Digital zu verdanken sei, dass man eine Prozessübersicht hat, und die Anzahl Projekte dem Stadtrat jetzt bekannt ist. Der Sprechende fragt sich nun ernsthaft: Wie hat man das früher gemacht?

Zu den Handlungsfeldern: Smart Economy zielt darauf ab, die Unternehmen durch bessere Vernetzung, durch Talentförderung wettbewerbsfähiger zu machen und Neugründungen von Unternehmen (Start-ups) zu unterstützen. Ist das wirklich eine städtische Aufgabe? Aus Sicht der SVP-Fraktion nicht.

Unter dem Begriff Smart People steht im Bericht und Antrag, dass dank Bildungsinitiativen die Grundbildung und das lebenslange Lernen erleichtert werden sollen. Ist das eine städtische Aufgabe? Aus Sicht der SVP-Fraktion auch nicht.

Ziel von Smart Governance ist laut Bericht und Antrag, die von der Stadt angebotenen Dienstleistungen und Services für alle Anspruchsgruppen zu optimieren und in Richtung eines «City as a Service»-Ansatzes zu entwickeln. Die SVP-Fraktion hält das für die Kernaufgabe der Stadt.

Smart Mobility wird im Bericht und Antrag als ein Angebot definiert, das die bisherigen Bestrebungen nach einer energieeffizienten, emissionsarmen, sicheren und kostengünstigen Mobilität unterstützt. Man kann darüber diskutieren, ob das wirklich eine städtische Aufgabe ist.

Beim Begriff Smart Environment wird im Bericht und Antrag erwähnt, dass es zu Massnahmen der neuen Energie- und Klimastrategie sowie der Klimaanpassungsstrategie kommt. Der Sprechende fragt, wo die Schnittstelle zur Digitalisierung liegt, da diese Daten bereits in grossem Umfang erhoben werden. Auch wird im Bericht und Antrag unter den optionalen Massnahmen der Ausbau von Messstationen zur Ermittlung von Schadstoffwerten etc. erwähnt. Der Sprechende meint, dass gegen die Erfassung von Daten wohl niemand etwas hat, aber er fragt sich, ob das wirklich zu den städtischen Aufgaben gehört. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist auch das keine.

Unter Smart Living steht im Bericht und Antrag, dass man sich auf die Verbesserung der sozialen und digitalen Inklusion konzentriert. Als Ziel wird genannt, dass die Stadt allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu adäquatem Wohnraum und einem selbstbestimmten Leben anbietet – unabhängig der finanziellen, sozialen oder gesundheitlichen Situation. Das ist in den Augen des Sprechenden eine starke Aussage und würde bedeuten, dass die Stadt für die Personen, die aus aktuellem Anlass die Wagenburg im Hinterschlund erstellten, einen geeigneten Alternativplatz suchen oder die Situation so belassen müsste. Die SVP-Fraktion sieht das anders. Und als weiteres Ziel heisst es, dass die Integration von Menschen in belastenden Lebenslagen durch wirkungsvolle Strukturen, Prozesse und Angebote stabilisiert wird. Damit ist die SVP-Fraktion einverstanden. Aber ob die Massnahmen dazu, eine Plattform zur Förderung der Gemeinschaft, des sozialen Austauschs zu entwickeln, eine städtische Aufgabe ist? Da fragt sich die SVP-Fraktion wieder: Ist das wirklich eine Aufgabe der Stadt?

Zusammenfassend geht die SVP-Fraktion davon aus, dass nur zwei oder maximal drei der aufgeführten Handlungsfelder in die digitale Strategie der Stadt gehören. Das sind die Handlungsfelder Smart Governance (Verwaltung), Smart Mobility (Mobilität) und bei differenzierter Betrachtung ein bisschen von Smart Living (Leben). Dieser Bericht und Antrag zeigt nicht auf, welche Themenfelder prioritär behandelt werden und wie die Koordination innerhalb dieser Teilprojekte stattfindet. Diese Themenfelder haben untereinander Schnittstellen. Welche Bedeutung wird diesen zugemessen? Die für ihre Abteilung verantwortlichen Dienststellenchefinnen und Dienststellenchefs müssen überzeugt sein, dass die Transformation sinnvoll, wichtig und zukunftsorientiert ist. Es nützt nicht

viel, wenn man ihnen für die allgemeine Verständigung eine Verantwortliche oder einen Verantwortlichen für die Digitalisierung mit Rat und Tat zur Seite stellt. Wie aus dem Bericht und Antrag zu entnehmen ist, verbleibt die Verantwortung des Ganzen beim Dienststellenchef oder bei der Dienststellenchefin. Der Sprechende stellt sich das als echte Herausforderung vor, wenn die leitende Dienstabteilungschefin bzw. der leitende Dienstabteilungschef, aus seinem Personalbestand von heute auf morgen plötzlich zwischen 30 und 50 Prozent für die Digitalisierung bereitstellen muss. Das würde bedeuten, dass bis anhin zu viel Personal beschäftigt wurde. Die SVP-Fraktion sieht weder die Notwendigkeit von einer, noch von mehreren VDIG-Positionen und wenn diese bewilligt werden sollten, dann sicher nicht mit einem Einsitz in einer erweiterten Geschäftsleitung. Der Bericht und Antrag ist inhaltlich korrekt. Er zeigt ein zukünftiges Szenario, ein Ziel, was in der Betrachtung der SVP-Fraktion zu hoch angesetzt ist und zu wenig etabliert und priorisiert angegangen wird. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass bereits das Legislaturziel, welches einmal definiert wurde, «schweizweit führend in der digitalen Transformation», schlicht und einfach aus Sicht der SVP-Fraktion nicht realistisch ist. Und wenn man dieses Ziel möchte, dann braucht es erhebliche Investitionen. Vermutlich würden diese Kosten um ein vielfaches höher ausfallen, denn von der Systembetreuung, von Updates, von Lizenzen, von Mitarbeiterschulungen, Infrastrukturanpassungen, Entwicklungskosten etc. ist in diesem Bericht und Antrag nicht die Rede. Es wird nicht erwähnt, ob diese Apps selber entwickelt oder von anderen Städten kopiert werden. Der Ansatz der SVP-Fraktion lautet, dass man sich auf die relevanten Themenfelder konzentriert, dass man Abläufe optimiert, den Mehrwert aufzeigt und diese Arbeit gut macht. Sobald man das im Griff hat, ist die SVP-Fraktion gerne bereit, weitere «nice-to-have»-Projekte zu unterstützen. Solange die Stadt – das ist eine Sicht aus der Praxis mit der Verwaltung – sichere E-Mails verwendet und Datenanhänge so extrem filtert, dass eine Zustellung per E-Mail nicht möglich ist – das ist dem Sprechenden schon passiert –, ist der Weg aus Sicht der SVP-Fraktion für die digitale Transformation noch recht lang. **Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung.**

Lena Hafen hat nun die schöne Aufgabe, die optimistische und zukunftsorientierte Gegenmeinung zu vertreten. Wobei sich die SP-Fraktion in der Kritik – zumindest zur Meinung der Mitte-Fraktion – nicht gross unterscheidet.

Die Einführung der ersten Computer in der Bundesverwaltung im Jahr 1962 wurde noch Jahre danach als fehlgeschlagenes Projekt beurteilt. Im Sinne von: Der Computer war also da und alles blieb beim Alten. Niemand wusste etwas mit diesen klobigen und modernen Geräten anzufangen. Gleiches droht bei der Digitalstrategie: Das Fernziel ist unklar, das Potenzial schwer fassbar. Dennoch muss die Stadt versuchen, die künftige Entwicklung bereits heute zu antizipieren und mitzugestalten. Tools und Anwendungen sollen nicht in der digitalen Ecke verstauben und zum Selbstzweck entwickelt werden. Für die SP-Fraktion sollte der Ausgangspunkt immer sein: Wie werden Prozesse gestaltet, dass alle Anspruchsgruppen diese mit grösstmöglichem Mehrwert nutzen können?

Städte haben keine Wahl sich an der digitalen Transformation zu beteiligen. Sie haben eine besondere Verantwortung als Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsort. Die SP-Fraktion wünscht sich dabei eine aktive und mitgestaltende Stadt Luzern, die die optimalen Rahmenbedingungen schafft. Luzern als Smart City ist für die SP-Fraktion kein Projekt, das irgendwann bei Punkt X abgeschlossen

ist, sondern ein kontinuierlicher Prozess, in welchem bislang nicht hinterfragte Aspekte des täglichen städtischen Lebens nach und nach verändert und neu gedacht werden.

Es geht nicht einfach darum, alle bisherigen analogen Prozesse neu digital abzuwickeln. Stattdessen muss Smart City ganzheitlich gesehen werden. Das bedeutet, dass praktisch jeder Lebensbereich betroffen ist. Das ist überhaupt nichts Neues und war schon immer die Herausforderung von Städten. Neu ist, dass die Stadt die historisch einmalige Chance hat, Dinge neu zu denken. Mit neu meint die Sprechende auch innovativ, aber eben auch nachhaltig, gerecht, inklusiv, dynamisch und vernetzt. Man stelle sich vor:

- Eine städtische App gibt per Bot in verschiedenen Sprachen Auskunft auf einfache Fragen zur Stadt Luzern, sagt, welches für den aktuellen Weg das schnellste Verkehrsmittel ist, und informiert über Wartezeiten bei städtischen Dienstleistungen.
- Ein selbstfahrendes Elektromobil holt auf Reservierung das Sperrgut ab und erspart den Weg zum Ökihof.
- Eine digitale Karte weist in Echtzeit auf Hindernisse für behinderte Personen hin und zeigt sogleich Umgehungsmöglichkeiten auf.

Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag verschafft der Stadtrat eine Übersicht über die aktuelle Digitalstrategie, über die Strategie Smart City Luzern und die notwendige Anpassung der Organisationsstruktur mit den entsprechend benötigten personellen Ressourcen. Seit dem letzten Bericht und Antrag, zu dem es sehr viel Kritik seitens der Kommission gab, ist bereits etwas gegangen. Lobend erwähnen möchte die Sprechende an dieser Stelle insbesondere die Partizipationsplattform Dialog Luzern und den Beitritt zum Smart-City-Hub, zur Vernetzung mit anderen Städten. Auch mit diesem Bericht und Antrag ist man für die SP-Fraktion noch nicht gerade wegweisend unterwegs, aber man hat sich sicher auf den richtigen Weg begeben.

Bis anhin war der Fokus ganz klar auf verwaltungsinternen Projekten. Die Verwaltung soll sich aber nicht einfach selber optimieren. Dieser Bericht und Antrag nimmt einen breiteren Blickwinkel ein. Digitale Dienstleistungen der Verwaltung stehen nicht mehr alleine im Fokus, sondern sind als eines unter vielen Handlungsfeldern definiert.

Der Stadtrat hat die Handlungsfelder einer Smart City dargelegt und erste Massnahmen definiert. Von den einzelnen Anspruchsgruppen ist in diesem Bericht und Antrag noch zu wenig geschrieben. Für die Umsetzung scheint wichtig, dass diesem umfassenden Projekt mit der notwendigen Komplexität begegnet wird und die verschiedenen Anspruchsgruppen adäquat behandelt werden. Senioren haben andere Bedürfnisse als Jugendliche, eine Bank hat andere Ansprüche als eine Buvette, ein Sans-Papier andere als ein Tagestourist.

Auch was die konkrete Umsetzung der Projekte angeht, bleibt der Bericht und Antrag noch vage. Wichtig ist der SP-Fraktion aber, dass es bei einer Digitalstrategie und dem Smart-City-Konzept nicht um ein IT-Projekt geht. Die zukünftigen Verantwortlichen sollten entsprechend nicht zu homogen ausgewählt werden. Also keine reine Tech-Abteilung, sondern interdisziplinär mit Soziologen, Städteplanern, Ingenieuren oder Kunstschaffenden. Der Blick zu Vorreiterstädten wie Wien, London oder Freiburg bestätigt das. Und er zeigt noch mehr: Die Einbindung der lokalen Bevölkerung, von Firmen, aber auch von Bildungseinrichtungen ist ein absolutes Muss, wenn ein so grosser Wandlungsprozess gelingen soll. Wichtig ist dabei, dass Partizipation der verschiedenen Anspruchsgruppen nicht einfach symbolisches Hätscheln ist, sondern dass echte Entscheidungsmöglichkeiten in einem ergebnisoffenen Prozess möglich sind. Es geht darum, aktiv den Austausch mit

den verschiedenen Anspruchsgruppen zu suchen und Kooperationen auch mit privaten Firmen und Bildungseinrichtungen anzustreben. Die SP-Fraktion wünscht sich eine digitale und smarte Stadt Luzern, die die lokalen Akteure besser vernetzt und so vorhandenes Potenzial abschöpft. Das kommt für die SP-Fraktion in diesem Bericht und Antrag noch zu wenig zum Tragen.

Als zusätzlichen Dienst zur Allgemeinheit findet es die SP-Fraktion wichtig, dass die Stadt prüft, ob Anwendungen, die sie entwickelt oder entwickeln lässt, als Open Source zur Verfügung stehen. Digitale Transformation ist eine gesamtstädtische Daueraufgabe und die angemeldeten Bedürfnisse sind von allen Seiten riesig. Man merkt, es braucht aber auch dringend einen Wandel der Arbeitskultur, um die Stand heute noch abstrakte Idee dieses Berichts und Antrags gesamtstädtisch anzugehen. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass diese Aufgabe Ressourcen und Kompetenzen, aber auch Anstrengungen in allen Bereichen der Stadtverwaltung fordert. Unter diesem Gesichtspunkt erachtet die SP-Fraktion den Aufbau einer oder eines Verantwortlichen Digitalisierung (VDIG) für jede Direktion als sinnvoll und ist der Meinung, dass der nötige Kulturwandel mit diesem dezentralen Modell besser angegangen werden kann.

Auch der Aufbau einer Fachstelle für Informationssicherheit und Datenschutz ist wichtig. Dieses Thema ist brandaktuell. Alleine in diesem Jahr kam es zu zahlreichen Datendiebstählen bei Gemeinden und beim seco entwendeten Hacker eine Liste der Firmen, die einen Covid-19-Kredit beantragten. Das ist wenig erstaunlich. Gemäss Global Cybersecurity Index belegt die Schweiz in Sachen Datenschutz gerade mal Platz 42 weltweit, noch hinter Aserbaidshan und Zypern. Diese Gefahren sind auch für die Stadt Luzern real und ernst zu nehmen. Datenschutz und Informationssicherheit, aber auch Datenethik sind für die SP-Fraktion ebenfalls Daueraufgaben, die an Bedeutung gewinnen und es sich die Stadt nicht leisten kann, der Entwicklung hinterher zu hinken – oder weiter auf den Kanton zu warten. Die Anzahl Protokollbemerkungen, die heute behandelt werden müssen zeigen, dass dieses Thema sehr kontrovers ist. Offenbar haben alle eine etwas andere Vorstellung. Die SP-Fraktion will mit der Digitalisierung und Smart City in der Stadt Luzern vorwärts machen und für Datensicherheit sorgen. Auch wenn dieser Bericht und Antrag die Wünsche und Erwartungen der SP-Fraktion nicht komplett erfüllen kann, ist die Fraktion trotzdem der Meinung, dass eine Rückweisung dieses Berichts und Antrags zum jetzigen Zeitpunkt ein sehr fatales Signal wäre. Die SP-Fraktion möchte hier nicht noch einmal wertvolle Zeit verlieren, nur um danach wieder am gleichen Punkt zu stehen und zu merken, dass man mit dem Kulturwandel noch immer nicht weiter ist, keine bessere Vision gefunden hat und die personellen Ressourcen weiterhin fehlen. Die SP-Fraktion tritt daher auf diesen Bericht und Antrag ein und wird diesem zustimmen.

Jules Gut: Seit gestern ist bekannt, dass die Homepage der Stadt Luzern die viert- oder fünftbeste der Schweiz ist. Herzliche Gratulation an die Macher. Nun möchte man ja aber noch einen grossen Schritt weitergehen. Der vorliegende Bericht und Antrag zeigt einen Weg auf. Die GLP-Fraktion kann dem aufgezeigten Weg folgen und ist damit einverstanden. So wirklich warm geworden ist die GLP-Fraktion mit diesem Bericht und Antrag dann aber doch nicht. Schwer verständlich, eine ausufernde Strategie, welche sich schlussendlich nur ganz schwer in den geplanten Projekten einfangen lässt. Mehr Stellen alleine lösen keine strukturellen Herausforderungen. Weiter wird beschrieben, dass die Stadt zukünftig auch eigene bzw. mehr Projekte auslösen möchte. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist es nicht Aufgabe des Staates, solche Projekte zu schaffen. Aufgabe der Verwal-

tung ist es, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Industrie oder IT-Firmen im heutigen Technologiezeitalter das erschaffen können. Die Verwaltung soll Open Data bereitstellen. Das aber die Stadt überall den Lead übernehmen muss, sieht die GLP-Fraktion nicht. Der Sprechende hörte den Voten aufmerksam zu und stellte fest, dass die GLP-Fraktion ein total anderes Staatsverständnis hat als z. B. die SVP-Fraktion. Selbstverständlich gibt es einen Kernbereich, wie ein Einwohneramt, ein Standesamt, ein Bauamt etc., wo die Stadt klar im Lead und gefordert ist. Ein Ausschwärmen in alle Himmelsrichtungen sieht die GLP-Fraktion aber nicht, wie es aktuell z. B. auch die Berner BKW im Bausektor macht. Das ist nicht die Aufgabe der Stadt oder der Verwaltung. Auch nicht unter dem Titel «Smart City». Die Fraktion sieht die Stadt als Wegbereiterin, als Partnerin, als Möglichmacherin – und das ist ihre Aufgabe.

Weiter wird eine Kommunikation des Erfolgs vermisst. Digitalisierung und Smart City hat aus Sicht der GLP-Fraktion auch viel damit zu tun, wie man Erfolg bzw. das Erreichte kommuniziert. Welche Projekte werden gestartet? Aber noch wichtiger: Welche wurden erfolgreich umgesetzt? Hierzu folgt später noch eine Protokollbemerkung. Etwas Bauchschmerzen verursacht der Hinweis, dass bis jetzt mehrere Dutzend Projekte gleichzeitig angestossen wurden. Erfahrungen in den Fraktionen zeigen, dass IT-Projekte gut und schnell 80 % einer Umsetzung erreichen, die letzten 20 % zum Abschluss bzw. zum Go-live sind dann meistens die grösste Hürde. Läuft ein Projekt nicht wie gewünscht, wird mehr Personal angestellt. Der Projekterfolg ist damit aber nicht gesichert. Zu diesem Thema hat die GLP-Fraktion eine Protokollbemerkung formuliert – eine zugegebenermassen komplizierte Geschichte. Aber es geht hier ums Prinzip oder einfach um die Diskussion, den Umgang mit Projektmanagement, mit Controlling – wie man das transparent und offen abarbeitet. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist das Controlling, das Monitoring, ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg des vorliegenden Berichts und Antrags. Auch hierzu wird die Fraktion als Ergänzung des McKinsey-Modells eine Protokollbemerkung beantragen. Die weiteren von der Kommission überwiesenen Protokollbemerkungen wird sie unterstützen. Die GLP-Fraktion unterschützt klar und deutlich die digitale Transformation. Sie wird gewünscht und auch eingefordert – so auch die Weiterentwicklung zu einer Smart City. Der Weg dazu, sprich wie man von diesen vielen bunten Bildern, wie sie im Bericht und Antrag dargestellt sind, zu einem konkreten Projekt kommt – zum Go-live – das hat die GLP-Fraktion noch nicht erkannt. Aus ihrer Sicht ist das Geschäft zu überladen und zu wenig fokussiert. Mit den Protokollbemerkungen der GLP-Fraktion wird versucht, noch etwas Klarheit in diesen Bericht und Antrag zu bringen. Der Sprechende entschuldigt sich dafür, dass die Fraktion erst jetzt diese Protokollbemerkungen im Rat stellt und bedankt sich bei den Ratsmitgliedern für die Unterstützung. Die GLP-Fraktion tut sich schwer mit diesem Bericht und Antrag – aber eine Rückweisung zur Überarbeitung löst die strukturellen Mängel leider auch nicht. Es geht dann einfach nochmals länger. Die GLP-Fraktion möchte das nicht und stimmt somit dem Bericht und Antrag voraussichtlich zu.

Marco Baumann dankt für die Erarbeitung des Berichts und Antrags und erinnert sich an den letzten Bericht und Antrag – er war noch nicht lange im Rat – bei dem über eine Digitalstrategie diskutiert wurde. Es begann damit, dass der Sprechende, wie viele andere, dieses «Bericht und Antrag»-Buch in Papierform nach Hause geschickt erhielt. Das löste bereits ein gewisses Unbehagen aus, welches sich nach dem Lesen noch akzentuierte. Die FDP-Fraktion wies den Bericht und An-

trag damals zurück, weil er den Namen «Strategie und Vision» nicht verdiente. Es zeigte mehr einen Weg auf, mit welchen Massnahmen man von der Steinzeit in die Gegenwart kommt. Heute kann der Sprechende sagen, dass eine Strategie vorliegt, wie die Stadt Luzern zukünftig digitaler und smarter werden soll. Über diese Strategie kann heute diskutiert werden. Weil die FDP-Fraktion endlich einen Schritt weiterkommen möchte – wie es auch von anderen Fraktionen erwähnt wurde –, wird sie heute auf diesen Bericht und Antrag eintreten. Im Gegensatz zur SVP- und Mitte-Fraktion möchte die FDP-Fraktion heute diskutieren, teilt aber teilweise die heute genannten Kritikpunkte. Die FDP-Fraktion möchte Korrekturen im Rahmen der Diskussion vornehmen und diese Kritikpunkte teilweise beseitigen. Die Fraktion tritt auf diesen Bericht und Antrag ein, im Bewusstsein, dass man mit diesem vorliegenden Bericht und Antrag nicht wegweisend wird. Solange der Stadtrat und die Verwaltung immer noch die Mentalität haben, dass man in diesem Bereich nicht mutig vorangeht, dass man nicht bereit ist, Altes über den Haufen zu werfen, wird man in der digitalen Transformation und auch im Smart-City-Konzept nicht weiterkommen. Es können noch so viele neue Stellen geschaffen werden, aber wenn die Mentalität nicht stimmt, dann kann auch nichts erreicht werden. Daher erwartet die FDP-Fraktion vom Stadtrat und auch von der Verwaltung, dass diese Strategie gelebt wird, aber das auch die Mitarbeitenden auf diesen Weg mitgenommen und nicht abgehängt werden. Die Stadt muss jetzt in die digitale Zukunft geführt werden, um endlich effizienter und innovativer zu werden. Eine Smart City lebt von Netzwerken und Plattformen – ohne das ist eine Smart City nicht denkbar. Trotzdem liegt bei dieser Strategie der Fokus wieder auf der eigenen Verwaltung. Smart City und alles, was damit verbunden ist, alle Möglichkeiten von besseren Entscheidungen dank der Datenvernetzung und dank real-life-data, real-time-data, funktioniert nur, wenn die entsprechenden Plattformen bereitstehen. Es funktioniert nur, wenn man gemeinsam in einem Netzwerk arbeitet, wenn man mit Partnern und Partnerinnen und Akteuren auf allen Staatsebenen zusammenarbeitet, wenn man mit Wissen aus der Wirtschaft und der Wissenschaft arbeitet und dieses auch beizieht. Man muss nicht alles neu erfinden. Man muss nützen, was in diesen Netzwerken bereits verfügbar ist. Auch ist die intelligente Verknüpfung von Infrastruktursystemen Voraussetzung dafür, eine Smart City zu werden. Eine Smart City wird nicht «im eigenen Kämmerli» geschaffen. Darum unterstützt die FDP-Fraktion Protokollbemerkungen, die die Strategie in diesem Sinne abändern, damit mehr mit Netzwerken zusammengearbeitet wird und dort gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Auch werden Protokollbemerkungen unterstützt, welche eine Prüfung fordern, ob ein Projekt ein Auftrag der Stadt ist oder besser von Privaten umgesetzt wird. Die FDP-Fraktion ist heute froh, dass über eine Strategie diskutiert werden kann. Mit der vorliegenden Strategie besteht aus Sicht der FDP-Fraktion aber die Gefahr, dass die digitale Transformation nicht schnell genug vorangetrieben werden kann. Es werden zwar neue Projektleitungsstellen geschaffen, welche sich aber hauptsächlich mit der internen Verwaltung beschäftigen werden. Die beantragten Stellen werden teilweise Dienststellen unterstellt, die in ihrem eigenen Alltagsgeschäft gefangen sind. In den Augen der FDP-Fraktion ist es fragwürdig, ob diese Stellen wirklich einen Mehrwert generieren. Dies nicht unbedingt vom Stellenprofil her, sondern mehr von der Eingliederung in die traditionelle Verwaltungsstruktur. Ist so die notwendige Dynamik wirklich gewährleistet? Die FDP-Fraktion bezweifelt das. Da der Mehrwert dieser beantragten 250 Stellenprozent in den verschiedenen Abteilungen aktuell noch in Frage gestellt wird, wird die Fraktion heute Protokollbemerkungen stellen, damit auf diese Stellenprozente vorerst verzichtet wird. Die

FDP-Fraktion ist aber bereit, dieses Geld im Globalbudget der Dienststelle Digital zu berücksichtigen, um mit Externen und im Netzwerk zusammen Digitalisierungsprojekte und Smart-City-Projekte voranzutreiben. Vor allem soll dieses Geld für Projekte zur Verfügung stehen, die in diesem Bericht und Antrag ungerechtfertigterweise unter optionalen Massnahmen aufgeführt sind. Damit die gesteckten Ziele auch entsprechend überwacht werden können, fordert die FDP-Fraktion mit einer Protokollbemerkung, dass diese Ziele messbar formuliert werden und mit geeigneten Indikatoren versehen werden. An Hand dieser Indikatoren soll jährlich aufgezeigt werden, wo die Stadt mit der Digitalstrategie steht und ob es allenfalls Korrekturen benötigt. Die FDP-Fraktion möchte den Weg dieser digitalen Transformation und der Transformation zur Smart City gehen. Sie sehen nach wie vor ein grosses Potenzial in der Digitalisierung und im Konzept Smart City. Dieser Weg soll ambitioniert gegangen werden, aber nicht alleine, sondern im Netzwerk und mit externer Unterstützung der Wissenschaft und der Wirtschaft. Dazu braucht es Mut und den Willen Neues auszuprobieren und Altes über den Haufen zu werfen. Dafür braucht es auch eine Transformation der Mentalität des Stadtrates und der Verwaltung. Es benötigt nicht noch mehr Stellen in einzelnen Abteilungen, sondern digitale Lösungen, die bald angegangen werden können. Die FDP-Fraktion tritt auf diesen Bericht und Antrag ein, nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und wird den Sonderkredit genehmigen.

Irina Studhalter war bei der Frauensession mit dabei. Dort herrschte eine Beschränkung der Redezeit auf 3 bis 5 Minuten. Das hatte durchaus seine Reize. Die Sprechende kürzte ihr eigenes Votum noch und verspricht, dass es wohl das kürzeste von diesem Eintreten sein wird. Der vorliegende Bericht und Antrag katapultiert die Stadt nicht gerade in eine digitale, futuristische Zukunft, aber er macht den Weg frei, dass in diese Richtung gearbeitet werden kann. Für die G/JG-Fraktion ist die digitale Transformation wichtig, weil sie ökologisch und demokratiefördernd wirken kann. Dieser Bericht und Antrag ist dank einem Impuls der G/JG-Fraktion entstanden und es freut sie sehr, dass die Stadt ihre Forderungen nach einer ökologischen und digitalen Transformation teilt und umsetzen möchte. Trotz all der visionären Ideen dieses Berichts und Antrags, darf man die Bedürfnisse der Verwaltung nach Modernisierungsprojekten nicht vergessen. Die einzelnen Dienstabteilungen wissen am besten, was sie benötigen, um effizienter und moderner zu arbeiten. Das darf nicht auf Kosten von sexy visionären Leuchtturmprojekten wegfallen. Die G/JG-Fraktion hat daher grosse Hoffnung in die Verantwortlichen Digitalisierung (VDIG) in den Direktionen, will aber die Innovation innerhalb der Stadtverwaltung noch mehr fördern und wird daher für einen Innovationskredit von jährlich Fr. 200'000.-- als Pilotprojekt eine Protokollbemerkung stellen. In Zürich gibt es diesen Kredit bereits. Wenn Mitarbeitende innovative Ideen haben, was die Verwaltung alles besser machen könnte, ermöglicht dieser verwaltungsinterne Projekte. So ein Innovationskredit kann die Mitarbeitenden aktivieren, er kann Freiräume schaffen und vor allem, was für die G/JG-Fraktion sehr wichtig ist, er kann einen Kulturwandel fördern. Die Fraktion hat drei Anliegen, welche in diesem Bericht und Antrag noch zu wenig thematisiert werden:

1. **Transparenz:** Was macht die Verwaltung? Und wie? Das sollte soweit möglich öffentlich und nachvollziehbar sein. Das bedeutet auch, dass die Verwaltung Open Source schafft.
2. **Partizipation:** Die digitale Transformation kann Barrieren abbauen. Das soll auch politisch und gesellschaftlich noch mehr passieren.

3. Über die Stadtgrenze hinausdenken: Smart City hört nicht mit der Stadtgrenze auf und es reicht auch nicht, wenn die Stadt nur Gespräche führt. Die G/JG-Fraktion wünscht eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden.

Dieser Bericht und Antrag ist eine gute Grundlage für spannende Entwicklungen. Die G/JG-Fraktion wird einzelne Protokollbemerkungen stellen, andere unterstützen, um diese Entwicklungen noch mehr zu steuern, tritt auf den Bericht und Antrag ein und bittet, das Postulat 49 «Datensicherheit und Datenschutz sicherstellen» noch nicht abzuschreiben, weil die geführten Gespräche noch nicht für die Umsetzung der Forderungen ausreichen.

Silvio Bonzanigo hat die undankbare Aufgabe, die Ratsmitglieder noch weiter von der Mittagspause abzuhalten und möchte sich daher kurzfassen. Er schliesst sich der qualifizierten Kritik der Mitte- und SVP-Fraktion wie auch der FDP-Fraktion an. Die Parteien haben einen anderen Ausweg gefunden – zwei mit Rückweisung und zwei mit kritischem Eintreten – der Sprechende schliesst sich dem kritischen Eintreten an, hat aber zusätzliche Vorbehalte gegenüber dem, was bisher geäußert wurde. Dieser Bericht und Antrag kommt sehr schwülstig daher. Es scheint, als stünde nur die Stadtverwaltung vor dieser Herausforderung. Dem ist natürlich nicht so. Jede KMU dieser Grösse steht vor der genau gleichen Aufgabe – klar mit ein paar Abstrichen. Der Sprechende ist daher der Meinung, man sollte ruhig etwas Demut entwickeln. Im Sinne von: Es ist einfach eine Aufgabe, die zu erledigen ist. Nun wird sie aber aufgeplustert und zu einem Objekt der Selbstdarstellung gemacht. Wenn man z. B. unter Smart Economy liest, dass über dieses Projekt sogar neue Zukunftsbranchen angesiedelt werden können, ist das für den Sprechenden drei Regalgriffe zu hoch. Wer analoges Verwaltungshandeln nicht beherrscht, dem hilft auch das digitale nicht. Es gibt zwei Fokusse: Einmal die Steigerung der Prozesseffizienz und andererseits der Mehrnutzen für die Bevölkerung. Gegen Letzteres wird wohl niemand etwas dagegen haben und gegen das Erste auch nicht. Aber wie es wiederholt erwähnt wurde: Wenn die Steigerung der Prozesseffizienz mit so vielen Stellenprozenten erkaufte werden soll, dann ist sicher stark anzuzweifeln, dass diese Stellen den erwünschten Effizienzgewinn einlösen können. Diese Stellen werden wohl bleiben, auch wenn der Prozess abgeschlossen ist. Da hat der Grosse Stadtrat eine Aufgabe, gegen die sich keine Fraktion aussprechen wird, nämlich, dass der Rat den Stellenetat im Auge behält. Gerade gab es einen Vorstoss, in dem gefordert wurde, man solle den Stellenzuwachs etwas beobachten. Wenn heute auf so viele neue Stellen eingetreten wird, dann kann man solche Vorstösse gleich in den Eimer werfen. Das bringt es nicht. Das erneuert sich fortwährend. Der Sprechende geht kritisch auf diesen Bericht und Antrag ein und wird bei gewissen Protokollbemerkungen, die vorliegen, Bemerkungen machen.

Stadtpräsident Beat Züsli möchte sich kurzfassen, hat aber doch ein paar Punkte anzumerken. Er bedankt sich für die auch durchaus kritischen Stellungnahmen. Im Jahr 2019 konnte für diesen Bericht und Antrag die Basis geschaffen werden – für den Aufbau der Dienststelle mit dem CDO als Leiter des Bereichs Digital. Es war keine einfache Zeit (Corona), um so etwas aufzubauen. Daher möchte der Sprechende auch an das Verständnis appellieren, wenn z. B. im Bereich der Vernetzung noch nicht alles wie gewünscht gemacht werden konnte. Es konnten wichtige Projekte in Angriff genommen werden. Projekte konnten neu gestartet werden, ein Portfoliomanagement

konnte aufgebaut werden, welches auch eine Priorisierung und eine bessere Synergienutzung erlauben soll. Viele Projekte wurden aufgeführt – diese findet man vor allem in Kapitel 5 dieses Berichts und Antrags, mit den definierten Massnahmen und den optionalen Massnahmen als Aussicht, was noch angegangen werden kann. Um aber diese Projekte wirklich anzugehen, benötigt die Stadt die beantragten Ressourcen. Dem Stadtrat ist es bewusst, dass das erhebliche Mittel sind, die hier beim Parlament beantragt werden, aber sie sind nötig, um die nächsten Schritte anzugehen. Es wurde mehrfach die Kritik geäussert, man hätte zu viel Gewicht auf interne Aktivitäten gelegt und zu wenig auf die Sicht nach aussen – dies z. B. im Bereich Smart City. Der Stadtrat versuchte, eine Definition zu machen, was er unter Smart City und den erwähnten Massnahmen versteht. In anderen Städten und Ländern gibt es dazu ganz unterschiedliche Auslegungen. Anzumerken gilt es aber auch, dass es diese Trennung zwischen intern und extern häufig gar nicht gibt. Als Beispiel: Das geplante Service-Portal soll der Bevölkerung einen einfacheren, direkteren und gebündelten Zugang zu den Verwaltungsdienstleistungen und allenfalls auch zu weiteren Dienstleistungen ermöglichen. Dieses Projekt ist also für die Bevölkerung nach aussen gerichtet. Dieses Serviceportal wird aber zur Folge haben, dass ganz viele Prozesse bzw. Abläufe verwaltungsintern überprüft und wahrscheinlich auch angepasst werden müssen. Es hat also interne Auswirkungen, aber einen sehr starken externen Fokus.

Es wurde angemerkt, dass kein Effizienzgewinn ausgewiesen wird. Das ist korrekt. Das kann nicht in dieser Gesamtheit gemacht werden. Der Stadtrat wird sich aber bemühen, bei einzelnen Projekten zu schauen, wie hoch die Effizienzgewinne sind oder ob Möglichkeiten bestehen, allenfalls Ressourcen in anderen Bereichen zu reduzieren. Das ist eine Fragestellung, die nicht nur die Stadt Luzern, sondern die ganze Wirtschaft betrifft – Immer das Abwägen Was kann ein neues Projekt allenfalls für Gewinne bringen.

Zum Ziel, dass die Stadt wegweisend sein will, möchte der Sprechende feststellen, dass man das noch nicht ist. Aber es wurde auch schon erwähnt: Eine Beurteilung von externer Seite, wie der digitale Zugang für die Bevölkerung ist, hat gezeigt, dass die Stadt Luzern nicht so schlecht unterwegs ist. Eine Frage, die immer wieder gestellt werden muss, ist: Was ist wirklich die Aufgabe der Stadt? Und was können Private allenfalls besser oder effizienter machen? Der Stadtrat kann zusichern, dass er das immer wieder kritisch prüfen wird, bei jeder Aktivität und jedem Projekt. Insbesondere im Bereich Smart City. Was kann die Wirtschaft bzw. können Unternehmen besser? Was können die Hochschulen besser machen? Es wird aber auch angeschaut, was allenfalls zusammen gut gemacht werden kann, sodass es einen möglichst grossen Gewinn für die Bevölkerung gibt. Bei der technologischen Weiterentwicklung wird sich der Stadtrat nicht beteiligen. Das ist nicht sein Fokus. Der Fokus ist immer: Was nützt es der Bevölkerung.

Zur Bemerkung Organisation intern sagt der Sprechende, dass im Stadtrat und der Verwaltung intensive Diskussionen geführt wurden. Es wurde auch darüber diskutiert, welches Modell vorgeschlagen werden soll. Insbesondere über die mehrfach angesprochenen VDIGs wurde intensiv diskutiert. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es gut ist, wenn in den Direktionen Personen sind, die ein grosses Fach-Know-how haben und die Direktionen so gut unterstützen können, die aber auch das Netz zu diesen Digitalisierungsmassnahmen in der Verwaltung stärken und diesen Kulturwandel mitgestalten und fördern können. Die Mitarbeitenden müssen auf diesen Weg mitgenommen, aber auch unterstützt werden.

Zum Thema Kommunikation und Transparenz: Das ist sicherlich ein wichtiges Thema, auf welches der Stadtrat zukünftig einen Schwerpunkt legen wird. In diesem Bereich besteht sicher noch Verbesserungspotenzial. Stadtpräsident Beat Züsli dankt dem Parlament, wenn sie auf diesen Bericht und Antrag eintreten.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den Bericht und Antrag 29/2021: «Digitalstrategie und Smart City Luzern» eingetreten.

DETAIL

Seite 12 f. 3.1.4 Projektstatus B+A 1/2019

Jules Gut: Die GLP-Fraktion stellt eine **Protokollbemerkung**, bei der es um den Aufbau und die Organisation im Bereich Smart City, Projektstatus geht.

Der Stadtrat setzt sich dafür ein, die sogenannten «Quick-Wins» öffentlich zu publizieren (Facebook, Instagram, LuzernDialog.ch etc.), um die Erfolge und die Herausforderungen der Digitalisierung gegenüber den Mitarbeitenden der Verwaltung und der Bevölkerung aktiv zu kommunizieren.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Diese Protokollbemerkung wurde in der Kommission nicht gestellt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Seite 17 4.2 Ziele

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 8 : 2 : 0 Stimmen (bei einer Abwesenheit) folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Zur Umsetzung der Digitalstrategie fördert die Stadt die flächendeckende 5G-Mobiltechnologie.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Irina Studhalter: Die G/JG-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**, da es später auf der Traktandenliste noch einen Vorstoss vonseiten ihrer Fraktion dazu gibt. Die Fraktion sieht nicht ein, warum das Thema 5G hier besprochen werden soll. Die Frage ist durchaus komplexer als einfach nur ein Satz in diesem Unterkapitel. Die G/JG-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen 5G, aber eine Mehrheit der Fraktion findet, dass es nicht aktiv gefördert werden soll.

Silvio Bonzanigo: Diese Protokollbemerkung nimmt, wie bereits erwähnt, Bezug auf diesen Vorstoss und die argumentative Linie, diese zu überweisen, ist dieselbe. Der Stadtrat beantwortet diesen Vorstoss so, dass wenn ein ausgewiesenes Bedürfnis für 5G festgestellt wird, dann werden gewisse bisherige Positionen überdacht. In Bezug auf diese Protokollbemerkung müsste auch dieses Bedürfnis ausgewiesen sein. Wie der Stadtrat diese Ausgewiesenheit ermitteln möchte, lässt er offen. Der Sprechende macht einen Vorschlag, wie die Kriterien aussehen könnten. Z. B.: Gab es Einsprachen gegen 5G-Antennen? Von Mitte 2019 bis heute sind in der Stadt Luzern 2'702 Einsprachen gegen 5G-Antennen eingegangen. Ein weiteres Kriterium könnte sein, mittels Umfragen in der Bevölkerung herauszufinden, wie notwendig es erachtet wird, von 4G auf 5G zu wechseln. Der Sonntagsblick hat das am 13. September 2020 gemacht. Genau diese Frage wurde gestellt. 55 Prozent der Befragten haben dies verneint. Das bedeutet als Zwischenfazit: Es gibt aus der Bevölkerung kein ausgewiesenes Bedürfnis, auf 5G umzustellen. Eine nächste Frage könnte sein: Kann man das, was im Bericht und Antrag dargelegt ist, ohne 5G nicht realisieren? Auch diese Frage kann verneint werden. Alle Anwendungen können über die bisherige Technologie abgewickelt werden. Als Beleg dafür, was sehr komplex ist, ist die digitale Mobilität – also das autonome Fahren. Seit dem Jahr 2019 sind in Las Vegas dreissig autonome Taxis unterwegs. Sie funktionieren alle ohne 5G. Zu etwas anderem, nämlich der Anwendung in der Industrie: Ist es nötig, dass 5G eingerichtet wird, damit die Industrie mithalten kann? Auch dazu gibt es klare Antworten. Bisherige Technologien, vor allem auch die, die nicht on air funktionieren, sind für die Industrie weit wichtiger, weil sie mehr Netzstabilität garantieren und auch mehr Sicherheitsauflagen erfüllen. Daten vor dem Zugriff zu schützen, ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichts und Antrags und 5G garantiert dies genau so wenig, wie die bisherige «on air»-Technologie. Wie sieht die Entwicklung in Ländern aus, die 5G flächendeckend haben? Das erste Land war Südkorea. Dort wurde geprüft, mit welchen Applikationen 5G hauptsächlich genutzt wurde. Es war eindeutig und ausschliesslich Videostreaming. Aber wie sicher alle dem Sprechenden zustimmen werden, ist Videostreaming nicht für den Wirtschaftskreislauf notwendig. Es ist ein angenehmes Freizeitvergnügen, aber sonst nichts. Zusammengefasst kann man feststellen – einen Gegenbeweis würde der Sprechende gerne hören –, dass es erstens 5G nicht für die im Bericht und Antrag festgehaltenen Anwendungen braucht, und dass 5G zweitens eine Technik ist, die Anwendungen in der Wirtschaft nicht befähigt – sie ist instabil und erfüllt auch zu wenig Sicherheitsauflagen. Drittens dient 5G ausschliesslich dem Videostreaming, also dem Freizeitbereich und viertens wird die Strahlenbelastung von 5G unterdessen verfälscht dargestellt. 5G strahlt eindeutig mehr als 3G und 4G. Das in einem Mass, das ungefähr den Faktor 10 umfasst. Der Bund hat eine Aufwertung dieser Grenzwerte abgelehnt und gleichzeitig aber den Anbietern gestattet, ihre Auflagen so zu präsentieren, dass dieser Faktor 10 zum Zug kommt, aber in Abzug. Heute besteht also eine administrativ rechnerische Kniffligkeit, wenn gesagt wird, dass 5G weniger strahlt, aber die effektive Strahlenbelastung um rund den Faktor 10 höher ist. Der Sprechende sieht nicht ein, warum eine Protokollbemerkung überwiesen werden sollte, die klar in Richtung einer kommerziellen Mehrnutzung geht, aber für das Staatswesen von äusserst geringer Bedeutung ist.

Marco Baumann möchte, ohne die Diskussion des Postulats 94 vorzuziehen, den Bezug zum Bericht und Antrag machen. Diese Protokollbemerkung macht sehr viel Sinn, weil man für die Umset-

zung von Smart Mobility auf 5G angewiesen ist. Wenn man ehrlich ist, muss das heute so beschlossen werden, denn der Stadtrat muss prüfen, wie man 5G fördern kann. Wie das gefördert werden soll, können wir später noch beim Postulat 94 diskutieren. Aber wenn die Stadt Luzern eine Smart City werden möchte, dann ist es notwendig, die 5G-Technologie voranzutreiben.

Daniel Lütolf hält sich kurz und meint, gut bleibt, was besser wird. Die GLP-Fraktion wird ganz klar zustimmen.

Benjamin Gross: Durch das lange Votum von Silvio Bonzanigo wurde er angestachelt, auch noch etwas zu sagen. Darin sind mit angedeuteten Studien viele Halbwahrheiten bis Unwahrheiten vorgekommen. Der Sprechende möchte, dass er alle diese Studien erhält und ist gespannt, welche der genannten Studien verlässlich sind. Der Sprechende macht vor allem auf ein Votum, dass das Bedürfnis für 5G nicht gross sei, eine Replik: Auf das Radio hat Anfang des 20. Jahrhunderts auch niemand gewartet und doch konnte es einiges bewegen, auch demokratisch. Man hat auch nicht auf das iPhone gewartet oder auf Touchscreens im Allgemeinen. Neue Technologien können die Kreativität der Menschen zum Entfalten bringen. Aus diesen und anderen Gründen wird die SP-Fraktion dieser Protokollbemerkung zustimmen.

Jules Gut findet, dass Silvio Bonzanigo sehr faktenfrei argumentiert und als Ingenieur kann er das so nicht stehen lassen. Was adaptive Antennen sind, muss hier nicht diskutiert werden. Die GLP-Fraktion ist aber klar für eine Reduktion der Strahlenbelastung für die allgemeine Bevölkerung und darum für ein flächendeckendes 5G-Netz.

Silvio Bonzanigo: Die Swisscom schrieb am 28. November 2019 allen Schweizer Gemeinden einen Brief mit dem Titel: 5G braucht höhere Grenzwerte. Es sind also nicht alles Fake News und die Swisscom verbreitet sicher keine. Der Sprechende bittet, seine Einwände ernst zu nehmen, weil man sich sonst selbst dem Vorwurf aussetzt, Informationen, die man als missliebig erachtet, einfach geringzuschätzen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Zur Umsetzung der Digitalstrategie fördert die Stadt die flächendeckende 5G-Mobiltechnologie.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 10 : 0 : 0 Stimmen (bei einer Abwesenheit) folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Das Potenzial von kooperativen Netzwerken zwischen Stadtverwaltung, öffentlichen Unternehmen, Privatwirtschaft und Wissenschaft wird aktiv genutzt und die Unternehmen im Eigentum der Stadt Luzern werden im Prozess der digitalen Transformation und der Transformation zur Smart City aktiv miteinbezogen.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Marco Baumann stellt im Namen der FDP-Fraktion eine weitere **Protokollbemerkung**:

Die Ziele werden so formuliert, dass sie messbar sind. Sie werden mit geeigneten Messindikatoren versehen, um die Zielerreichung überwachen zu können.

Wenn die gesteckten Ziele überwacht werden sollen, dann müssen sie auch messbar und mit geeigneten Indikatoren versehen sein. Anhand dieser Indikatoren soll die GPK jährlich über den aktuellen Stand dieser Zielerreichung informiert werden. Im Aufgabenbereich «Digitales» sollen die Indikatoren aufgeführt werden, damit der politische Leistungsauftrag auch im AFP (Aufgaben- und Finanzplan) und in der Jahresrechnung ausgewiesen werden kann.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Diese Protokollbemerkung wurde in der Kommission noch nicht gestellt.

Lena Hafen: Die SP-Fraktion begrüsst es, wenn Indikatoren geprüft und eingeführt werden, um den gemachten Fortschritt abzubilden. Bis jetzt sind für die Dienststelle Digitales im AFP noch keine Indikatoren vorgesehen. Die Sprechende geht davon aus, dass es nicht möglich ist, diese Ziele im Bericht und Antrag zu ergänzen und auch nicht alle messbar formuliert werden können. Sie, wie wahrscheinlich einige Fraktionsmitglieder auch, ist aber mit der Erklärung von Marco Baumann einverstanden, dass das im Hinblick auf den jährlichen Bericht an die GPK und auch für den AFP geprüft werden soll. Daher kann ein Teil der SP-Fraktion dieser Protokollbemerkung zustimmen.

Irina Studhalter: Die G/JG-Fraktion unterstützt diese Protokollbemerkung.

Mirjam Fries: Auch die Mitte-Fraktion unterstützt diese Protokollbemerkung. Diese betrifft ein Thema, welches die Fraktion bemängelte – nämlich, dass es in diesem Bericht und Antrag keine messbaren Ziele gibt. Falls dieser Bericht und Antrag überwiesen wird, ist es gut, wenn man das nachbessern kann.

Daniel Lütolf: Auch die GLP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung unterstützen. Mit der Überweisung der ersten Protokollbemerkung geht der Sprechende davon aus, dass danach die Indikatoren und Ziele auch öffentlich und transparent zur Verfügung gestellt werden – also nicht nur gegenüber der GPK.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Die Ziele werden so formuliert, dass sie messbar sind. Sie werden mit geeigneten Messindikatoren versehen, um die Zielerreichung überwachen zu können.

Irina Studhalter stellt im Namen der G/JG-Fraktion folgende **Protokollbemerkung**:

Der Stadtrat prüft weitere Ziele zur Umsetzung wie:

8. Transparenz der Verwaltungstätigkeit wird erhöht.

9. Die digitale Transformation stärkt und unterstützt die Zusammenarbeit der Stadtregion Luzern über die Gemeindegrenzen hinaus.

10. Die Stadt fördert Innovationen in den Bereichen Dienstleistungen und Nachhaltigkeit dank smarterer Digitalisierung.

Wie im Eintreten bereits erwähnt, nennen die Ziele dieses Berichts und Antrags aus Sicht der G/JG-Fraktion nicht alle zentralen Aspekte. Der Fraktion ist es auch wichtig, dass die Transparenz der Verwaltungstätigkeit, die grenzübergreifende Zusammenarbeit und die Innovationsförderung darin formuliert werden.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Diese Protokollbemerkung wurde in der GPK diskutiert und mit 4 : 5 Stimmen, bei einer Enthaltung und bei einer Abwesenheit, abgelehnt.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Der Stadtrat prüft weitere Ziele zur Umsetzung wie:

8. Transparenz der Verwaltungstätigkeit wird erhöht.

9. Die digitale Transformation stärkt und unterstützt die Zusammenarbeit der Stadtregion Luzern über die Gemeindegrenzen hinaus.

10. Die Stadt fördert Innovationen in den Bereichen Dienstleistungen und Nachhaltigkeit dank smarterer Digitalisierung.

ab.

Seite 18 4.3.1 Projektzuordnungen mit Drei-Horizonte-Modell

Jules Gut: Die GLP-Fraktion tut sich schwer mit dem McKinsey-Modell und stellt daher folgende **Protokollbemerkung**:

Ergänzend zum McKinsey-Modell soll geprüft werden, ob das Vorhaben wirklich eine Aufgabe der Stadt ist oder ob es nicht besser von privater Hand bearbeitet werden sollte.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Diese Protokollbemerkung wurde nicht in der Kommission gestellt.

Irina Studhalter: Ob etwas Aufgabe der Stadt ist, ist eine rein politische Frage. Darum wird auch dieser Bericht und Antrag hier behandelt. Die Verwaltung kann dies nicht prüfen und dann entscheiden, sondern der Grosse Stadtrat entscheidet das hier und jetzt. Aus diesem Grund lehnt die G/JG-Fraktion diese Protokollbemerkung ab.

Lena Hafen: Die SP-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung aus den gleichen Gründen wie die G/JG-Fraktion ab. Sie ist der Meinung, dass dies bei der Einordnung von Projekten nicht Aufgabe der Verwaltung und daher auch nicht als Ergänzung zum bestehenden Modell geeignet ist.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Ergänzend zum McKinsey-Modell soll geprüft werden, ob das Vorhaben wirklich eine Aufgabe der Stadt ist oder ob es nicht besser von privater Hand bearbeitet werden sollte.

ab.

Seite 20 f. 4.3.4.1 Digitale Transformation als Daueraufgabe

Irina Studhalter: Die G/JG-Fraktion stellt eine weitere **Protokollbemerkung:**

Der Stadtrat prüft die Ausgestaltung eines Innovationskredits. Die Stadt Luzern führt einen Innovationskredit ein für die gesamte Stadtverwaltung, um innovative Projekte niederschwellig zu fördern. Der Innovationskredit ist mit jährlich Fr. 200'000.-- Teil des Globalbudgets Digitales und als Pilotprojekt begrenzt auf fünf Jahre, mit Start im Jahr 2023.

Auch diese Protokollbemerkung wurde bereits im Eintreten angekündigt. Dieser Innovationskredit hat man sich bei der Stadt Zürich abgeschaut – als Inspiration oder Best-Practice – wie man das auch immer nennen möchte. Die G/JG-Fraktion dachte dies bewusst als Pilotprojekt an, damit das einfach einmal ausprobiert werden kann. Das Ziel dieses Innovationskredits soll sein, dass Innovation gefördert wird, aber auch dass Mut und Eigeninitiative in der Verwaltung sowie der Kulturwandel gefördert werden. Mitarbeitende sind demnach nicht Objekte der digitalen Transformation, sondern Subjekte und gestalten aktiv mit.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Diese Protokollbemerkung wurde ebenfalls in der GPK diskutiert, unterlag aber mit einer Stimme dem Nein.

Stadtpräsident Beat Züsli: Eigentlich könnte sich der Sprechende bedanken, wenn das Parlament zusätzliche Mittel spricht, aber er möchte darauf hinweisen, dass wenn heute dieser Bericht und Antrag so unterstützt wird, dann besteht die grosse Aufgabe, diesen Aufbau wirklich voranzutreiben. Es gibt diverse Stellen, die neu besetzt werden müssen. Das wird eine Aufgabe für das Jahr 2022. Der Sprechende geht davon aus, dass im Jahr 2023 ein erstes Fazit gezogen werden kann, bei dem auch noch Priorisierungen stattfinden sollen. Mit den bisher bewilligten Mitteln, auch aus dem Bericht und Antrag aus dem Jahr 2019, kann diese Periode bestritten werden. Es stehen genügend Mittel zur Verfügung. Daher macht es aus Sicht des Stadtrates Sinn, erst im Jahr 2023 eine weitere Überprüfung zu machen. Der Sprechende bittet daher, diese Protokollbemerkung abzulehnen.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Der Stadtrat prüft die Ausgestaltung eines Innovationskredits. Die Stadt Luzern führt einen Innovationskredit ein für die gesamte Stadtverwaltung, um innovative Projekte niederschwellig zu fördern. Der Innovationskredit ist mit jährlich Fr. 200'000.-- Teil des Globalbudgets Digitales und als Pilotprojekt begrenzt auf fünf Jahre, mit Start im Jahr 2023.

ab.

Seite 29 ff. 5.4.1.2 Handlungsfelder und Massnahmen

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 10 : 0 : 0 Stimmen (bei einer Abwesenheit) folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Die Stadt prüft bei der Umsetzung von Massnahmen jeweils den Einsatz von neuen partizipativen Möglichkeiten wie z. B. ein Smart City Lab, Hackathons, Barcamps usw.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

S. 29 f. Smart Economy (Wirtschaft)

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 6 : 4 : 0 Stimmen (bei einer Abwesenheit) folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Die optionalen Massnahmen werden in die Planung aufgenommen. Für ihre Planung und ihre Umsetzung wird eng mit dem vorgesehenen Netzwerk zu Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern, IT-Dienstleisterinnen und -Dienstleistern und weiteren wichtigen Smart City bezogenen Stakeholdern zusammengearbeitet.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

S. 32 f. Smart Mobility (Mobilität)

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 7 : 1 : 2 Stimmen (bei einer Abwesenheit) folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Der Stadtrat prüft folgende zusätzliche Massnahme: Die Stadt Luzern engagiert sich für eine Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs im Grossraum Luzern im Sinne der Smart City, z. B. der Verknüpfung von Mobilitätsdiensten (Mobility-as-a-Service).

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 7 : 3 : 0 Stimmen (bei einer Abwesenheit) folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Der Stadtrat prüft die prioritäre Bearbeitung der optionalen Massnahmen.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Seite 38 5.4.3 Infrastrukturebene

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit Stichtscheid des Präsidenten folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Der Stadtrat prüft Massnahmen für Green IT.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Seite 39 5.4.4.1 Generelle Grundsätze zur Durchführung von Smart-City-Projekten

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 6 : 1 : 3 Stimmen (bei einer Abwesenheit) folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Der Stadtrat prüft, ob bei Anwendungen, die die Stadt entwickelt bzw. entwickeln lässt, Open Source möglich ist.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion hat der Ratspräsidentin und dem Rat vorgängig eine Protokollbemerkung zur Kenntnis zugestellt. Heute überwies der Rat unter Kapitel 4.2 (Ziele) grossmehrheitlich eine Protokollbemerkung der FDP-Fraktion. Der Sprechende bittet den Stadtpräsidenten, die Forderung aus der Protokollbemerkung der GLP-Fraktion dem CDO zuzustellen, damit dieser versteht, an was die GLP-Fraktion herumstudierte. Wie es Daniel Lütolf schon sagte, ist es der GLP-Fraktion wichtig, dass dieses Controlling auch öffentlich zugänglich ist. In diesem Sinne verzichtet die GLP-Fraktion auf ihre dritte Protokollbemerkung.

Seite 42 6 Organisatorische Weiterentwicklung

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit Stichentscheid des Präsidenten folgende **Protokollbemerkung** überwiesen.

Der Stadtrat achtet bei der Besetzung von Stellen, der Vergabe von Aufträgen und der konkreten Projektumsetzung auf Interdisziplinarität.

Der Stadtrat opponiert im StB 787 dieser Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Seite 44 f. 6.1.4 Aufbau eines virtuellen Projektleiterpools

Jules Gut: Die GLP-Fraktion stellt folgende **Protokollbemerkung:**

Zu jedem Projekt wird eine Liste mit Meilensteinen inkl. Kostenschätzung und Soll-Termin geführt. Der Projektfortschritt wird regelmässig überprüft und der aktuelle Stand dem Stadtrat rapportiert.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: In der Kommission wurde diese Protokollbemerkung nicht gestellt.

Lena Hafen: Die SP-Fraktion hat es beim Lesen schon etwas verwundert, dass eine Protokollbemerkung dieser Art von dieser Seite kommt. Sonst hört man immer nur solche Töne wie «Bitte nicht zu operativ eingreifen», «Lasst los.», «Nicht alles selber kontrollieren wollen.», «Wird ja schon so gemacht.» und «Keine aufgeblähte Bürokratie.». Die SP-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung ab. Hier wird sehr tief in einen operativen Prozess der Stadtverwaltung eingegriffen. Die Sprechende geht davon aus, dass das beschriebene Vorgehen bei grösseren Projekten Usus ist. Im Anhang des Protokolls hat es eine Liste mit 107 sehr heterogenen Projekten. Und dass man nun bei jedem einzelnen, egal wie gross der Umfang ist, gleichermassen dem Stadtrat rapportieren soll, einen Soll-Termin vorsieht, und jeder winzige Projektfortschritt regelmässig überprüft werden soll, ist für die SP-Fraktion nicht praktikabel. Das hält den angedachten Prozess eher auf, als dass

es ihn vorantreibt. Es steht auch dem entgegen, dass man auch einmal etwas Kleines niederschwellig sollte ausprobieren können, ohne 100%ige Erfolgsgarantie. Das wäre für die Fraktion auch Teil des viel beschworenen Kulturwandels und daher lehnt sie diese Protokollbemerkung ab.

Stadtpräsident Beat Züsli: Diese Protokollbemerkung wurde in der GPK nicht gestellt, daher kann der Sprechende die Haltung des Stadtrates nicht kundgeben. Er möchte einfach kurz erklären, wie das Reporting aktuell angedacht ist bzw. wie es schon funktioniert. Im Projektportfolio werden die Projekte entsprechend geführt und es findet gegenüber dem Strategiegremium ein Reporting statt. In diesem Strategiegremium sind zwei Mitglieder des Stadtrates – Finanzdirektorin Franziska Bitzi und der Sprechende, Stadtpräsident Beat Züsli – vertreten. Die Vertretungen des Stadtrates werden auf diesem Weg regelmässig rund sechsmal pro Jahr in den entsprechenden Sitzungen informiert.

Jules Gut macht eine kurze Replik auf das Votum von Lena Hafen. Genau diese 107 Projekte auf der Liste machten die GLP-Fraktion darauf aufmerksam – denn mit dieser Aufführung kann sie herzlich wenig anfangen. Die GLP-Fraktion sieht es als Chance, dass die Stadt aktiv kommunizieren kann, dass man publizieren und aufzeigen kann, woran gearbeitet wird oder wie der Fortschritt ist, sodass die Öffentlichkeit – die Allgemeinheit – sieht, dass da etwas passiert, dass es weitergeht. Die GLP-Fraktion sieht es nicht als Controlling oder als «Plagen» der Verwaltung, sondern als Chance, damit die Stadt zeigen kann, wie gut, fortschrittlich und effizient sie ist.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Zu jedem Projekt wird eine Liste mit Meilensteinen inkl. Kostenschätzung und Soll-Termin geführt. Der Projektfortschritt wird regelmässig überprüft und der aktuelle Stand dem Stadtrat rapportiert.

ab.

Seite 55 7.2.1 Personalkosten

Marco Baumann stellt im Namen der FDP-Fraktion folgende **Protokollbemerkung:**

Auf die beantragten Stellen VDIG von 250 Stellenprozent wird verzichtet. Das Globalbudget der Dienstabteilung Digital wird stattdessen jährlich um Fr. 405'000.-- erhöht, um mit externen Partnern Digitalisierungs- und Smart-City-Projekte zu lancieren.

Wie im Eintreten schon erwähnt, sieht man bei diesen VDIG-Stellen das angedachte Konzept. Die FDP-Fraktion ist aber nicht überzeugt, dass die Stellen das erreichen, was man sich davon erhofft oder dass die Stellen die gewünschte Dynamik in den Abteilungen erreichen können, die es für diese braucht. Daher möchte die Fraktion auf diese Stellen vorerst verzichten, dafür aber mit den externen Partnern und im angedachten Netzwerk weitere Projekte vorantreiben. Dafür soll dieser Teil des Kredits der Dienstabteilung Digital zur Verfügung gestellt werden.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Diese Protokollbemerkung wurde in der Kommission gestellt und diskutiert. Die Kommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat aber, diese Protokollbemerkung abzulehnen (3 : 7 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit).

Stadtpräsident Beat Züsli: Für den Stadtrat sind die VDIG-Stellen ein wichtiges Element der Organisation, auch im Sinne der Vernetzung, dass es in jeder Direktion Personen hat, die die digitale Transformation vorantreiben, aber auch als Unterstützung in den jeweiligen Direktionen dienen. Wenn man diese Aufgabe vermehrt mit externen Partnern angehen würde, dann geht der Stadtrat davon aus, dass das deutlich teurer wäre oder man könnte mit der gleichen Summe einfach weniger Leistung erbringen. Daher bittet Stadtpräsident Beat Züsli, diese Protokollbemerkung abzulehnen.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Auf die beantragten Stellen VDIG von 250 Stellenprozent wird verzichtet. Das Globalbudget der Dienstabteilung Digital wird stattdessen jährlich um Fr. 405'000.-- erhöht, um mit externen Partnern Digitalisierungs- und Smart-City-Projekte zu lancieren.

ab.

Seite 63 f. 13 Antrag

I.

Mirjam Fries stellt im Namen der Mitte-Fraktion, aber auch der SVP-Fraktion, den **Antrag auf blosser Kenntnisnahme**.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat die Digitalstrategie und die Strategie Smart City Luzern zustimmend zur Kenntnis genommen. Dies mit acht Ja- und zwei Gegenstimmen, bei einer Abwesenheit.

In der Gegenüberstellung der Anträge auf zustimmende Kenntnisnahme und auf blosser Kenntnisnahme nimmt der Grosse Stadtrat zustimmend von der Digitalstrategie und der Strategie Smart City Luzern Kenntnis.

II.

Der Grosse Stadtrat bewilligt mit 35 : 10 : 0 Stimmen für die Umsetzung der Digitalstrategie und der Strategie Smart City Luzern einen Sonderkredit von Fr. 13'829'000.--.

III.

Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 51 als erledigt ab.

IV.

Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 98 als erledigt ab.

V.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK stellt den Antrag, die Motion 276 noch nicht abzuschreiben. Die Forderung nach einem Echoraum, der unterschiedlich zusammengesetzt sein soll (Bildungsinstitutionen, Wirtschaft und öffentliche Akteure) und die Digitalisierung der Stadt Luzern begleiten soll, ist so noch nicht umgesetzt. Die GPK möchte, dass das noch verwirklicht wird und empfiehlt daher, diese Motion noch nicht abzuschreiben.

Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 276 noch nicht als erledigt ab.

VI.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK stellt den Antrag, das Postulat 49 noch nicht abzuschreiben. Die Stelle bzw. die Person, welche den Datenschutz und die Datensicherheit sicherstellen soll, ist bis heute noch nicht definiert. Auch wenn es im Bericht und Antrag erwähnt wird, empfiehlt die Kommission, dieses Postulat nicht abzuschreiben.

Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 49 noch nicht als erledigt ab.

VII.

Der Grosse Stadtrat schreibt die beiden Aufträge aus B+A 1/2019 und B+A 27/2020 als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 29 vom 30. August 2021 betreffend

Digitalstrategie und Smart City Luzern,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 58 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und

Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Digitalstrategie und die Strategie Smart City Luzern werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. Für die Umsetzung der Digitalstrategie und der Strategie Smart City Luzern wird ein Sonderkredit von Fr. 13'829'000.– bewilligt.
- III. Das Postulat 51, Laurin Murer und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion, Daniel Furrer und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Fabian Reinhard und Peter With vom 20. Februar 2017: «Win-win mit Open Government Data», wird als erledigt abgeschlossen.
- IV. Die Motion 98, Marco Müller und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion sowie Judith Wyrtsch namens der GLP-Fraktion vom 30. Mai 2017: «Digitale Strategie», wird als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Motion 276, Luzia Vetterli namens der Geschäftsprüfungskommission vom 1. März 2019: «Vision und Strategie Smart City Luzern», wird **nicht** abgeschlossen.
- VI. Das Postulat 49, Marco Müller und Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 28. Dezember 2020: «Datensicherheit und Datenschutz sicherstellen», wird **nicht** abgeschlossen.
- VII. Der im Kapitel 12.2.1 aufgeführte Auftrag aus Bericht und Antrag 1/2019: «Stadt Luzern digital: Digitalstrategie der Stadt Luzern. Vision, Wirkungs- und Jahresziele. Roadmap Digitales 2019 bis 2021. Organisation» und der im Kapitel 12.2.2 aufgeführte Auftrag aus Bericht und Antrag 27/2020: «Aufgaben- und Finanzplan 2021–2024 mit Budget 2021» werden als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem fakultativen Referendum.

**5 Gast-Input Journalismus:
Christian Dorer, Chefredaktor Blick-Gruppe**

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann ist sehr froh, dass Christian Dorer zusagte, hier zu sprechen. Die Sprechende sagte bereits früher, dass sie ihr Präsidialjahr nutzen möchte, dem Grossen Stadtrat den Journalismus und die Medien näher zu bringen. Christian Dorer ist Chefredaktor der Blick-Gruppe, Präsident der Chefredaktorenkonferenz und dadurch auch Mitglied des MAZ-Stiftungsrates. Aus diesem Grund kennen sich die Sprechende und Christian Dorer schon

bald 10 Jahre. Christian Dorer studierte Wirtschaft und besuchte danach die Ringier-Journalistenschule.

Eine kleine Anekdote: Christian Dorer fährt einmal pro Monat, jeweils am Samstag, Bus, und benützt dabei die Linienbusse von Lenzburg. Die Sprechende findet das ganz speziell. So spürt er den Puls der Leute und bleibt nicht im Elfenbeinturm. Christian Dorer wird nun von der Medienwelt und ihren Herausforderungen berichten.

Christian Dorer:

Liebe Frau Grossstadtratspräsidentin,

Lieber Herr Stadtpräsident,

Liebe Grossstadträtinnen und Grossstadträte,

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für Ihre Einladung. Für mich bedeutet eine Reise nach Luzern mehr als ein Ausflug in eine der schönsten der Städte des Landes. Luzern ist auch die heimliche Medienstadt der Schweiz: Am SwissMediaForum im KKL treffen sich jährlich nationale und internationale Grössen des Journalismus, und auch die schwärmen jeweils von der Location und von der Gastfreundschaft der Luzernerinnen und Luzerner. Mit dem MAZ hat zudem eine der wichtigsten und renommiertesten Journalistenschulen der Schweiz hier ihre Heimat. Kurzum: ein wunderbarer Ort. Aber keine Angst, ich bewerbe mich nicht als Luzerner Tourismusbeauftragter bei Ihnen. Mein Job als Chefredaktor der Blick-Gruppe ist aufregend genug. Ich möchte Ihnen heute Rolle und Arbeitsweise der Medien näherbringen – und das, was uns als Branche umtreibt. Ich habe dazu drei Thesen, sie mögen vielleicht überraschen:

1. Die Medien haben so viele Nutzerinnen und Nutzer wie noch nie.
2. Journalismus ist heute so gut wie noch nie.
3. Die Existenzängste sind ebenfalls so gross wie noch nie.

Man hört immer von sinkenden Auflagen und schwindender Anzahl Leserinnen und Leser. Das ist zwar nicht falsch, aber es ist auch nicht die ganze Wahrheit. Es ist eine reine Printbetrachtung, die online nicht berücksichtigt. Tatsächlich geht die Anzahl gedruckter Zeitungen bei allen Medienhäusern jedes Jahr zurück – und an dieser Stelle ein Rätsel: Was denken Sie ist der mit Abstand häufigste Grund, warum jemand sein Print-Abo kündigt?

[Antwort aus dem Saal: «Verstorben»]

Richtig. Der Sprechende lobt den Rat und sagt, dass das sonst fast nie jemand herausfindet: Der Abonnent oder die Abonnentin stirbt, das ist der häufigste Grund und bedeutet auch: Diesen Kunden bringt auch das beste Marketing nicht zurück. Print-Leserinnen und -Leser sind extrem treu. Viele haben ihr Abo ein Leben lang, und die allermeisten stellen auch nicht auf online um. Dass solche treuen Leser irgendwann sterben, war schon immer so. Neu ist jedoch: Es kommen kaum mehr Junge nach. Weil die Jungen ihren täglichen News-Bedarf nicht mehr auf Papier decken, sondern digital. Aber, und das ist das Entscheidende: Auch die Jungen konsumieren Medien. Und mir als Journalist ist egal, ob mein Artikel auf Papier gelesen wird, oder auf dem Handy – Hauptsache, er wird gelesen. Nehmen wir den gedruckten Blick: Er hatte auf seinem Peak in den 1980er-Jahren knapp eine Million tägliche Leserinnen und Leser. Heute sind es noch 370'000 – also etwa ein Drittel. Tönt dramatisch. Aber: Blick.ch erreicht heute online täglich zusätzlich 1,2 Millionen

Userinnen und User. Der Blick hat also unter dem Strich so viele Leserinnen und Leser wie noch nie. Zudem hat die Corona-Pandemie etwas Interessantes gezeigt: In der Krise vertrauen die allermeisten Menschen nicht irgendwelchen wirren Online-Portalen, sondern den traditionellen Medienmarken, die sie kennen. Die Pandemie hat ein nie dagewesenes Informationsbedürfnis geweckt. Blick.ch und auch andere Newsseiten hatten über Monate doppelt so viele Zugriffe wie sonst. Das hat sich inzwischen wieder etwas nach unten korrigiert, doch wir haben bis heute deutlich mehr Userinnen und User als vor der Pandemie und unsere Mitbewerber auch. Deshalb also meine erste These: Starke Medienmarken hatten noch nie ein so grosses Publikum wie heute. Und das führt mich zu meiner zweiten Behauptung: Journalismus ist so gut wie noch nie. Der Grund dafür ist einfach: Wir müssen jeden Tag neu um Sie, um unsere Leserinnen und Leser kämpfen. Zum einen ist heute jedes Konkurrenzangebot nur einen Klick von unserem entfernt. Zum anderen kommt der Mensch heutzutage auch ganz passabel ohne Medien durchs Leben. Im Vor-Internet-Zeitalter musste jeder Haushalt zwingend eine Tageszeitung abonniert haben, nicht unbedingt wegen des Inhalts, sondern weil sonst kaum in Erfahrung zu bringen war, was im Kino läuft, welche Apotheke Pikettendienst hat, wann der Wochenmarkt stattfindet, dann für die Job-, Wohnungs- und Auto-Anzeigen – das alles fand ausschliesslich in der Zeitung statt. Die Zeitung war so unentbehrlich wie heute das Smartphone. Heute müssen wir Journalisten um unsere Leser kämpfen, weil sie eben nicht mehr automatisch bei uns sind. Und trotzdem kommen derart viele. Jetzt können Sie einwenden: Schön und gut, aber früher war die Medienlandschaft vielfältiger. Heute werde Ihnen ein Einheitsbrei serviert. Tatsächlich gab es einst täglich die Luzerner Neuesten Nachrichten, das Luzerner Tagblatt, das Vaterland, Die Freie Innerschweiz und andere mehr. Und tatsächlich wurde früher noch über jede noch so kleine Gemeindeversammlung ausführlich berichtet und über jedes Behördengeschäft. Aber Hand aufs Herz: Waren solche Artikel nicht sehr oft eher von Spezialisten für Spezialisten? Und hatten diese Zeitungen überhaupt einen Qualitätsanspruch zu erfüllen? Bieten nicht grössere Verbände, auch hier in Luzern, den viel attraktiveren Ausland-, Inland-, Wirtschafts- und Sportteil als die ganz kleinen Zeitungen von früher? Eine möglichst grosse Auswahl steht nicht automatisch für eine möglichst hohe Qualität. Und dennoch ist die Schweizer Medienlandschaft, verglichen mit anderen Ländern, heute auch quantitativ noch ein Paradies: 5,9 Millionen Deutschschweizern stehen täglich mehrere hochklassige Titel zur Auswahl. Sie alle konnten heute früh entscheiden: NZZ oder Tages-Anzeiger? 20 Minuten oder Blick? Luzerner Zeitung oder das SRF-Regionaljournal. Ganz abgesehen von den unzähligen sehr lokalen wöchentlichen oder zweiwöchentlichen Ausgaben wie dem Luzerner Anzeiger oder dem Willisauer Boten oder der Surseer Woche. Die es ja auch alle noch gibt und zur Vielfalt beitragen. Nun komme ich zum Punkt, der uns Medienschaffenden Sorge bereitet: Die Finanzierung von Journalismus ist nicht mehr gesichert. Denn mit den Informationen sind auch die bezahlten Anzeigen ins Internet gewandert – und dort leider weg von den Medienhäusern hin zu den grossen US-Seiten: Knapp 70 Prozent der digitalen Werbeerlöse aus der Schweiz landen direkt in den Kassen von Google, Facebook und Co. In Zahlen sind das 1,6 Milliarden Franken, die so dem Schweizer Journalismus entzogen werden. Tendenz steigend. Wir haben kein Leserproblem, sondern ein Einnahmeproblem! Journalismus hat sich noch nie allein durch den Leser finanziert. Die Werbung war immer ein ganz entscheidender Pfeiler. Bloss war eben früher die Werbung an die Medien gekoppelt, während heute jede Firma im Internet völlig unabhängig von den Medien werben kann. Wir konkurrieren also plötzlich mit globalen Milliardenkonzernen um Einnahmen und Erlöse. In der Schweiz hat heute noch jede Region

zumindest ein Kopfblatt eines grossen Medienverbundes, das für regionale Abdeckung sorgt. In den USA zum Beispiel ist das längst nicht mehr der Fall: Dort gibt es sogar Millionenstädte wie New Orleans, die keine eigene Zeitung und kein eigenes Internetportal mehr haben. Es ist nur logisch, dass die Menschen dort umso empfänglicher werden für Fake News, die sie irgendwo im Netz aufschnappen. Bundesrat und Parlament wollen vermeiden, dass es in Zukunft auch in der Schweiz Regionen gibt, die weder mit Zeitungen noch mit Internetangeboten bedient werden – Täler der

Ahnungslosen sozusagen. Die Politik hat darum ein Medienpaket verabschiedet, das die Summe von direkter und indirekter staatlicher Förderung von 50 auf 180 Millionen Franken pro Jahr erhöhen soll – aus der Erkenntnis heraus, dass Schaffung und Zustellung von Information Geld kosten und ansonsten die Finanzierung gerade in den Regionen dauerhaft nicht gewährleistet ist. Natürlich würden auch wir als grosser Verlag davon profitieren. Weit überproportional aber würden die kleinen Verlage unterstützt, und das ist richtig so. Die ausserordentliche und einmalige Medienvielfalt in unserem Land lässt sich auf lange Sicht nur mit staatlicher Hilfe finanzieren. Darum werbe ich auch vor Ihnen dafür, dieses Medienförderungsgesetz zu unterstützen. Genau wegen meiner drei Punkte, die ich Ihnen heute näherbringen durfte:

1. Die Existenzangst bei den Medien war nie grösser.
2. Die «Einschaltquote» auf unsere Angebote aber auch nicht
3. Genau, wie die Qualität unserer Arbeit.

Ein kleines PS zum Schluss, so zu sagen als Belohnung für das Durchhalten. Ich werde oft nach Tipps zum Umgang mit Medien gefragt, und böse Zungen behaupten ja gerne, dass Politiker gar nicht so sehr interessiert, was in den Medien steht, sondern nur, wie sie reinkommen. Also: Konzentrieren Sie sich bei Ihren Inhalten auf klare Kernbotschaften, die für jeden verständlich sind. Seien Sie für die Medien jederzeit gut erreichbar – und ja, stehen Sie ruhig mal für eine provokante Sache ein, beziehen Sie auch mal unangenehme Positionen. Die Leserin und der Leser goutieren das und behalten Sie in Erinnerung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Möglichkeit, hier vor Ihnen reden zu dürfen!

6 Interpellation 93, Michael Zeier-Rast und Mirjam Fries namens der Mitte-Fraktion vom 30. April 2021: Erfahrungen aus dem Fernunterricht

Michael Zeier-Rast beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Michael Zeier-Rast begründet zuerst, warum er Diskussion beantragt hat. In Bezug auf die kurze Erklärung gilt die Auflage, dass sie aus nicht mehr als drei Sätzen besteht. Aufgrund der Fragen in der Interpellation, die ja relativ allgemein formuliert sind, wären auch drei Sätze angebracht. Aber

es gibt doch einen Punkt darin, der dazu führt, dass drei Sätze nicht genügen, nämlich die Basisfrage zum Fernunterricht. In der Antwort auf diese erste Frage führt der Stadtrat mathematisch schön aus, dass sechs von 38 Wochen tangiert wurden. Sechs Wochen, das ist ja kein Problem, könnte man meinen und das Ganze abhaken. Aber man muss sich bewusst sein: Sechs Wochen herrschte in der Volksschule und in allen Schulen der Stadt Luzern ein ausserordentlicher Zustand, der von den Lehrpersonen ausserordentliche Leistungen forderte. Diese ausserordentlichen Leistungen der Lehrpersonen und des Rektorats muss man würdigen. Das kann man nicht in drei Sätzen. Die Mitte-Fraktion bedankt sich ganz herzlich für den ausserordentlichen Effort, der von diesen Personen unter ausserordentlichen Bedingungen geleistet wurde. Die Pandemie dauert ja weiterhin an, aber Gott sei Dank musste man nicht mehr auf den Fernunterricht zurückkommen, weil unsere Regierung, die von gewissen Parteien und Personen, die mit Trychlen herumlaufen, kritisiert wird, in ihrer Weisheit so gescheit war zu entscheiden, dass die Schliessung der Schulen kein zielführender Zustand sein kann. Aber in diesen sechs Wochen musste wirklich Besonderes geleistet werden; dafür vielen Dank. In diesen sechs Wochen hat man auch gemerkt, wo die Stadt steht. Der Grosse Stadtrat hat vorhin lange über einen B+A diskutiert und ungeheuer viele Protokollbemerkungen dazu überwiesen – das muss ja ein fundierter B+A sein, wenn das Parlament sich veranlasst sieht, so stark einzugreifen –; die Schule hat gerade im Zusammenhang mit dem Fernunterricht festgestellt, dass sie bezüglich Digitalisierung nur bedingt gut aufgestellt war. Die Infrastruktur fehlte zumindest auf der Primarschulebene zu einem beträchtlichen Teil. Lehrpersonen waren, wie man der Antwort des Stadtrates entnehmen kann, sogar postalisch unterwegs, um die Kinder zu unterstützen. Die Schule war also stark gefordert und hat natürlich gemerkt, wo es Lücken gibt. Lücken gibt es nicht nur bei der reinen Technologie, sondern auch in Bezug auf den Einsatz der Digitalisierung: Es geht um einen Prozess, dass man in der Digitalität zu einer kulturellen Haltung kommt. Das war aber nur indirekt Thema der Interpellation.

Etwas, was auch die LZ aufgegriffen hat – man muss die LZ ja auch einmal loben, wenn sie etwas gut macht –, sind die pädagogischen Konsequenzen aus dem Fernunterricht. Man hat festgestellt, dass diejenigen Kinder, die schon viel Potenzial haben, mit der Situation relativ gut umgegangen sind und sich in ihrer Selbstständigkeit sogar weiterentwickeln konnten. Hingegen diejenigen Kinder, die weniger grosse Potenziale haben, hatten durch die Isolationssituation noch mehr Nachteile, möglicherweise auch verstärkt durch das infrastrukturelle und das familiäre Umfeld. Darin zeigt sich etwas Wichtiges. In Südafrika werden Vorbereitungen getroffen, nur noch digital zu unterrichten, weil zu wenig Lehrpersonen zur Verfügung stehen. In der Schweiz ist man zum Glück nicht in dieser Situation, aber man muss zu den Lehrpersonen Sorge tragen, denn in der Vermittlung des Pädagogischen ist der persönliche Kontakt von Mensch zu Mensch ganz zentral. Ohne den menschlichen Kontakt geht es nicht; vor allem Kinder und Jugendliche, die Unterstützung brauchen, sind auf ihn angewiesen, um genügend gefördert werden zu können.

In der Musikschule war die Auswirkung des Fernunterrichts anders als in der Volksschule. In der Volksschule haben die Lernenden einen hohen Kontakt mit der Lehrperson, in der Musikschule nur einmal in der Woche. Durch den Fernunterricht hatten die Schülerinnen und Schüler plötzlich mehrmals pro Woche Kontakt zu ihrer Musiklehrperson, dort konnte man also ein Potenzial fördern. Dieser Punkt scheint der Mitte-Fraktion ganz entscheidend zu sein, deshalb hat sie auch die Interpellation eingereicht: Krisensituationen enthalten immer ein Potenzial, dass man sich weiterentwickeln kann. Diesen Aspekt darf man nicht vergessen. Jetzt versucht man wieder, im Courant

normal, im alten Modus weiterzufahren. Da sollte man kurz innehalten und sich bewusst machen: Die Situation des Fernunterrichts hat die Schule wirklich weitergebracht, trotz der Einschränkungen, die damit verbunden waren. Die Schule kann diese Erfahrungen für die Zukunft kulturell einbauen. Das Thema Digitalität an der Schule wird die Stadt Luzern weiterhin beschäftigen; die Bildungskommission wird die Volksschule dabei begleiten.

Lisa Zanolla dankt vonseiten der SVP-Fraktion dem Interpellanten und der Interpellantin für die interessanten Fragen und dem Stadtrat für die erhellenden Antworten. Die Volksschule hat versucht, das Möglichste aus der ausserordentlichen Situation herauszuholen und auf die nicht alltägliche Herausforderung im Unterricht und ausserhalb des Unterrichts zu reagieren. Da der Bundesrat die Massnahme der Schliessung des Unterrichts leider kurzfristig in der zweiten Hälfte des Freitagnachmittags beschlossen hat, konnten die meisten Lehrpersonen ihre Klassen nicht mehr vor Ort informieren und mussten dies am Freitagabend übernehmen, was einen grossen Aufwand und eine organisatorische Herausforderung bedeutete. Die Massnahmen der Lehrerschaft waren sicher gut gemeint, aber sie kamen nicht bei allen Schülern und Eltern gut an.

Die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation 93 ist gut begründet. Trotzdem möchte die Sprechende dazu noch ein paar Bemerkungen anbringen.

Der Stadtrat führt aus, die Sekundarschule sei dank der 1:1-Ausrüstung mit Laptops und der bereits eingeführten digitalen Unterrichtsmethoden besonders gut auf den Fernunterricht vorbereitet gewesen. Das trifft jedoch nicht auf die Regelklassen zu. Während es in der Sekundarschule bereits die 1:1-Ausrüstung gibt, sieht es in der Primarschule anders aus. Es gibt immer noch Schulhäuser, die nur 15 Geräte für 100 Lernende haben.

Auf der Primarstufe wurde der Fernunterricht mit Papier, also in Printform, organisiert, was die Kopiergeräte in den Schulhäusern voll in Beschlag nahm. Lehrer erstellten für ihre Schüler eine Tageliste und haben Stundenplanvorgaben gemacht. Für die Zeit des Fernunterrichts wurde beschlossen, keine neuen Lerninhalte zu vermitteln, was die Sprechende gut findet. So konnten die Schüler ihre Aufgaben repetieren. Die Lehrer kommunizierten in dieser Zeit meist über Mail oder WhatsApp-Chat, obwohl dieser Chat aus Datengründen eigentlich nicht erlaubt ist. Zudem haben sich die Lehrpersonen telefonisch zweimal pro Woche bei den Schülern gemeldet. Der Fernunterricht tangierte sechs von 38 Schulwochen. Die SVP-Fraktion hofft sehr, dass die Schüler wieder lange Zeit physisch unterrichtet werden können.

Adrian Albisser: Auch die SP-Fraktion bedankt sich bei der Mitte-Fraktion für diese Interpellation. Es sind wichtige Fragen, welche die Ausnahmesituation, die nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Schule betraf, aufgreifen und zu beleuchten versuchen. Die Lösungen für den Umgang mit dieser Ausnahmesituation waren sehr heterogen. Das Parlament hat selber darüber entschieden, dass die ICT-Infrastruktur in den Schulen gestaffelt ausgeliefert werden soll. Von linker Seite war damals versucht worden, die Auslieferung auf der Primarstufe noch ein bisschen zu beschleunigen. Der Sprechende will jetzt nicht besserwisserisch tun und behaupten, hätte der Grosse Stadtrat das damals so beschlossen, hätte man auf die Anforderungen des Fernunterrichts besser reagieren können. Wichtig ist, dass sich durch den Fernunterricht in allen Schulhäusern das Gespür dafür geschärft hat, was an Möglichkeiten und Wegen die Digitalisierung schafft und wo man noch

dazulernen muss. Dass es auf der Oberstufe schon ein bisschen besser klappte, konnte der Sprechende als Vater von schulpflichtigen Kindern selber beobachten. Aber auch dort führte die Ausnahmesituation zu gewissen Problemen; man konnte in der kurzen Frist von Freitagabend auf Montagmorgen – Lisa Zanolla hat das angesprochen – nicht schon alles komplett durchdenken und lösen. Trotzdem war es eine wichtige Erfahrung, aber natürlich hoffen alle, dass man nicht noch einmal auf dieses Modell zurückgreifen muss, auch wenn der Verlauf der Coronazahlen diese Perspektive durchaus wieder näher rückt. Aus den Antworten des Stadtrates und aus den Erfahrungen der Lehrpersonen wird auch klar, dass es äusserst schwierig ist, die Chancengleichheit unter einem solchen Konzept zu gewährleisten. Michael Zeier-Rast hat es angetönt: Das Betreuungsknow-how des elterlichen, familiären Umfelds spielt da eine wesentliche Rolle. Wie man nach den sechs Wochen Fernunterricht feststellen konnte, war der Wissensstand oder der Stand dessen, was man aus dieser Zeit mitgenommen hat, sehr unterschiedlich. Das zeigt, was der Unterricht vor Ort leisten kann und soll, auch für die gesellschaftliche Entwicklung. Das Beste ist, wenn man die funktionierenden Konzepte aus diesen zwei Welten zusammenführt. Die SP-Fraktion hofft, dass die komplette Einführung der ICT-Mittel auf der Primarstufe bessere Wege öffnet; sie hofft aber auch, dass man nicht allzu bald wieder über Erfahrungen aus dem Fernunterricht wird sprechen müssen.

Barbara Irniger hat selber ein «Gottemeitli» im Teenageralter. Für dieses war das Ganze am Anfang eine tolle Situation, es fand, es könne endlich in seinem eigenen Tempo lernen und habe, wenn es mit den Hausaufgaben fertig sei, noch viel Zeit für anderes. Als aber der Fernunterricht länger andauerte, hat es doch gemerkt, dass es recht schwierig wurde. Das Mädchen geriet fast in eine Depression. Die Sprechende erzählt das deswegen, weil ihrer Ansicht nach das Entscheidende darin liegt, dass man merkte, wie extrem wichtig die persönliche Bindung von Schülerinnen und Schülern zu den Lehrpersonen ist. Das Mädchen war nicht eine Schülerin, die mit dem Lernen Mühe hatte; diesbezüglich gehörte sie nicht zu jener Gruppe, die besonders benachteiligt war. Die Sprechende selber war beeindruckt, wie die Lehrpersonen die Situation gemeistert haben, wie sie von einem Tag auf den anderen auf die neuen Anforderungen gut reagierten. Die Antworten des Stadtrates auf die Interpellation sind sehr interessant. Nach Ansicht der Sprechenden ist es wichtig, dass man auf gewisse Punkte in Zukunft noch mehr achtet. Natürlich hofft niemand, dass es wieder zu einer solchen Situation kommt, aber wenn es dazu kommt, ist man wahrscheinlich besser darauf vorbereitet. Es gibt auch Familien, die solche digitalen Hilfsmittel nicht einfach bei sich zu Hause haben; ihnen muss man mehr Unterstützung bieten, dass es dort eine bessere Infrastruktur gibt. Ein weiterer Punkt ist, dass man für Kinder, für die regelmässige Strukturen sehr wichtig sind, den Fernunterricht in Zukunft irgendwie anders oder besser organisiert. Ein dritter Punkt: Es gab auch Kinder, die während des Lockdowns wirklich fast besser gelernt haben, mit der Begründung, sie hätten mehr Ruhe. Dieser Aspekt könnte vielleicht in das Ganze noch mehr einfließen. Und noch ein letzter Punkt: Die Lehrpersonen mussten ja schnell reagieren und mit den digitalen Hilfsmitteln umgehen. Da wäre es sicher auch interessant, von ihnen direkt zu erfahren, was ihnen geholfen hätte, ihren Job noch besser zu erfüllen.

Mike Hauser: Besten Dank an die Mitte-Fraktion für die Interpellation und an den Stadtrat für die Antworten. Auch die FDP-Fraktion will sich dem Dank für den ausserordentlichen Einsatz, der in

dieser sehr schwierigen Zeit geleistet wurde, vorbehaltlos anschliessen. Völlig unabhängig von der Branche haben wohl alle gelernt, dass ausserordentliche Situationen ausserordentliche Massnahmen fordern. Rektorat, Lehrpersonen, aber auch Eltern und Schülerinnen und Schüler haben ihr Möglichstes dazu beigetragen, dass die sehr spezielle und nicht sehr leichte Situation bewältigt werden konnte. Der Sprechende ist sicher, dass die Lehrpersonen und alle, die involviert waren, aus der Situation und aus den getroffenen Massnahmen ihre Lehren ziehen.

Christina Lütolf-Aecherli kann sich vonseiten der GLP-Fraktion dem anschliessen, was bereits gesagt wurde. Es war eine ausserordentliche Zeit, der Lockdown und der Fernunterricht stellten für die Lehrkräfte und für die Schülerinnen und Schüler eine grosse Herausforderung dar. Die Lehrerinnen und Lehrer haben einen ausserordentlichen Einsatz geleistet und in kürzester Zeit das nötige Unterrichtsmaterial nicht nur organisiert, sondern den Kindern auch auf verschiedenen Kanälen zukommen lassen. Die äusserst kurzfristige Umstellung vom Präsenz- auf den Fernunterricht forderte von allen Beteiligten ein grosses Mass an Entgegenkommen und Flexibilität. Die Familie der Sprechenden war selber mitten drin in diesem Lockdown, sie lagen zu dieser Zeit selber mit Corona im Bett. Die Sprechende kann rückblickend hervorheben, was von der Schulleitung und von den Lehrerinnen und Lehrern geleistet wurde, welchen Effort sie erbrachten. Es war rührend, wie Lehrpersonen zum Teil Unterlagen persönlich zu den Schülerinnen und Schülern heimbrachten, natürlich immer unter Einhaltung der Distanzvorschriften, und wie sie die Kinder motivierten, wie die Kinder sich auch gegenseitig motivierten. Als dann alle wieder auf die Beine kamen – das Maihof-Schulhaus war ja sehr stark betroffen –, sind sie sich im digitalen Leben wieder begegnet. Die Situation hat schonungslos aufgedeckt, wo Mängel in den Schulen waren, und hat zu einem riesigen Digitalisierungsschub geführt, der sich positiv auf den Unterricht auswirken wird. Die Sprechende hat das Bedürfnis und denkt, dass ihre Kolleginnen und Kollegen in der Bildungskommission dieses Bedürfnis teilen, jetzt bei den Schulen genau nachzufragen, wie es ihnen ergangen ist, wo sich Probleme zeigten, was ihnen gefehlt hat, wie man sie unterstützen kann, dass es in einer nächsten Krise – die hoffentlich nicht eintritt – besser funktioniert. Die Sprechende dankt für die Interpellation, sie sehr wichtig war.

Stadtpräsident Beat Züsli nimmt den Dank an die Lehrpersonen, an das Rektorat und die Schulleitungen sehr gern entgegen und wird ihn weiterleiten. Er erinnert sich gut an den Freitag, 13. März 2020, als man am Nachmittag erfuhr, dass die Schulen ab Montag geschlossen sein würden. Das war eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten. Der Sprechende möchte da auch den Eltern danken. Sie hatten eine sehr wichtige Funktion und mussten eine sehr grosse Leistung erbringen, vor allem Eltern mit mehreren Kindern, die dann plötzlich zu Hause waren und Unterstützung brauchten.

Auf der Sekundarstufe waren die Schülerinnen und Schüler dank des Entscheids des Grossen Stadtrates für eine 1:1-Ausrüstung auf einem guten Stand. Auf der Primarstufe war die Ausgangslage anders; da hatte das Parlament ja den Entscheid gefällt – den der Sprechende weiterhin für richtig hält –, keine vollständige, sondern eine abgestufte Ausrüstung mit Laptops vorzunehmen. Die Bildungsdirektion und das Rektorat werden jetzt die Erfahrungen, die während der Zeit des Fernunterrichts gemacht wurden, zusammentragen, um sie für die Zukunft zu nutzen. Natürlich

hoffen alle, dass die Schulen nicht mehr in dieser Form flächendeckend geschlossen werden müssen, aber wenn die Kinder vielleicht in speziellen Situationen über eine gewisse Zeit wieder nicht in die Schule gehen können, wird man die Möglichkeit haben, gewinnbringend auf die gesammelten Erfahrungen zurückzugreifen.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann möchte im Rahmen der Impfwoche alle Ungeimpften dazu motivieren, sich impfen zu lassen, auch um eine eventuelle erneute Schulschliessung abwenden zu können.

Die Interpellation 93 ist somit erledigt.

**7 Postulat 100, Marco Baumann, Irina Studhalter, Jona Studhalter, Yannick Gauch, Gianluca Pardini und Patrick Zibung
vom 10. Mai 2021:
Politische Bildung an der Volksschule stärken**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 100 überwiesen.

**8 Postulat 89, Daniel Lütolf namens der GLP-Fraktion
vom 26. April 2021:
Opt-In-Verfahren bei Werbesendungen in der Stadt Luzern**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Daniel Lütolf hat mit dieser Antwort gerechnet. Er will das Anliegen des Postulats nicht irgendwie durchboxen, aber doch noch einen kleinen Hinweis geben: Im Klimabericht wird gefordert, dass die Stadt auch mit kleinen Massnahmen der Klimakrise entgegenwirken soll. Daher ist der Sprechende von der Antwort des Stadtrates ein bisschen enttäuscht, obwohl sie natürlich formal, rechtlich und inhaltlich korrekt ist. Er hätte sich mehr Kreativität, Mut und Willen vonseiten der Stadt gewünscht, um auch einen «kleinen Abfallberg» zu verhindern.

Andreas Felder: Grundsätzlich würde ja nichts dagegensprechen, das Altpapier zu reduzieren, das durch Werbesendungen verursacht wird, aber das vorgeschlagene Verfahren ist leider weder geeignet noch zielführend. Einerseits ist die falsche Ebene angesprochen; die Stadt hat gar nicht

die gesetzlichen Grundlagen. Zweitens gibt es mit den Klebern an den Briefkästen ein bereits funktionierendes System; in diesem Zusammenhang unterstützt die Mitte-Fraktion das Vorgehen des Stadtrates, der solche Kleber beim nächsten Versand noch dazuzulegen gedenkt. Drittens wird in der Stellungnahme aufgezeigt, dass der Nutzen nicht in dem Umfang eintreten würde, den sich der Postulant vorgestellt hat. Aus diesen Gründen folgt die Mitte-Fraktion dem Stadtrat und lehnt das Postulat ab.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula denkt, dass sich viele Leute über die Papierflut ärgern, aber sie haben ja die Möglichkeit, die Werbung mit dem entsprechenden Kleber zu stoppen. So werden sie nur noch vereinzelt vielleicht eine Anzeige für den Ankauf von Gold oder von Gebrauchtwagen oder für einen Pizzaservice im Briefkasten finden, nämlich Anzeigen, die eben separat verteilt werden. Der Sprechende hat sich zu Wort gemeldet, weil der Postulant sagte, die Stellungnahme des Stadtrates sei zwar formal, rechtlich und inhaltlich korrekt, aber es fehle der Stadt eben doch der Wille. Der Stadtrat hat einen 230-seitigen Bericht zur Klima- und Energiestrategie der Stadt vorgelegt; dieser dürfte zur Genüge zeigen, dass er durchaus gewillt ist, die möglichen Massnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Im vorliegenden Postulat wird der Stadtrat gebeten, ein Opt-in- statt eines Opt-out-Verfahrens zu prüfen. Der Stadtrat kam zum Schluss, dass die rechtliche Grundlage sehr zweifelhaft oder eigentlich nicht vorhanden ist. Er erwägt jedoch einen Versand von Klebern, mit welchen man die Werbung stoppen kann. Vielleicht steigt dadurch die Rate von 73 Prozent der Briefkästen, die mit einem solchen Kleber gekennzeichnet sind, auf z. B. 78 Prozent. Das wäre ein kleiner Beitrag gegen die Papierverschwendung.

Der Sprechende weist noch auf einen Fehler auf Seite 2 der Stellungnahme hin: Dort muss man im Satz «Derzeit ist im Bundesparlament eine Motion hängig, welche eine Gesetzesanpassung zur Einführung des Opt-out-Verfahrens fordert» Opt-out- zu Opt-in- korrigieren; es geht um eine Gesetzesanpassung zur Einführung des Opt-in-Verfahrens. Dieser Fehler dürfte aber nur den wenigsten Leserinnen und Lesern aufgefallen sein, auch dem Stadtrat ist er beim Beschluss der Stellungnahme entgangen.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 89 ab.

9 Postulat 96, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion vom 7. Mai 2021: «Mediterrane Nächte» für die Stadt Luzern

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Fabian Reinhard erhält durch die Ablehnung des Postulats Gelegenheit, für die Ovo zu danken, die ihm heute Morgen als Präsent zu seinem runden Geburtstag überreicht wurde. Zwischen der Ovo und den mediterranen Nächten gibt es einen Zusammenhang; er liegt im Ovo-Prinzip, das für beide gilt: «Du kannst es nicht besser, aber länger.» Mediterrane Nächte bringen all denen einen

unmittelbaren Nutzen, die am Abend oder in einer lauen Nacht ein bisschen länger draussen sitzen bleiben möchten. Sie bringen also den Gästen einen unmittelbaren Nutzen, aber auch den Gastronomen. Der Gastroverband erachtet es als eine gute Idee, ein solches Pilotprojekt auszuprobieren. Alles im Leben hat aber zwei Seiten; auch die mediterranen Nächte haben mögliche Schattenseiten. Die Anwohnerinnen und Anwohner befürchten mehr Lärm. Diese Befürchtung nehmen die Postulanten sehr ernst; sie wollen nicht mehr Lärm. Darum fordern sie ja explizit einen Pilotversuch, damit man ausprobieren kann, ob es funktioniert und wie es funktioniert. Wenn man sehen würde, dass es nicht funktioniert, dass zu viel Lärm damit verbunden ist, soll die Stadt die Möglichkeit haben, das Projekt sehr schnell abubrechen. In anderen Städten gibt es erfolgreiche Beispiele; wie gestern in der Luzerner Zeitung zu lesen war, funktionieren solche mediterranen Nächte in St. Gallen offenbar super, es gab dort in der Pilotphase gar keine Lärmklagen, und auch bei Lärmmessungen hätten sich keine erhöhten Emissionen gezeigt. Das ist ja noch besser, als die Postulanten erwartet hätten. Im gleichen Artikel der Luzerner Zeitung wurden auch Bern und Thun als positive Beispiele genannt.

Die Antwort des Stadtrates hingegen ist ein bisschen ernüchternd oder enttäuschend. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Die Postulanten sind nicht enttäuscht, weil der Stadtrat gegen diese Idee ist, sondern weil er in seinen Erwägungen – dieser Titel steht auch in der Antwort – vor allem nur das Negative aufführt. Es gibt immer beides im Leben, Pro und Kontra; die Postulanten hätten auch gern das Pro gesehen und nicht nur das Kontra. Der Stadtrat hätte ja auch das positive Beispiel aus St. Gallen erwähnen können. Es scheint dem Sprechenden schon ein bisschen komisch, wenn man aus einem Artikel der Luzerner Zeitung doppelt so viel lernt wie aus einer Antwort des Stadtrates. Der Sprechende möchte vom Stadtrat noch eine Erklärung, was er meint, wenn er in der Antwort von «mediterranen Experimenten» spricht. Die FDP-Fraktion dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die Unterstützung und die Überweisung des Postulats.

Regula Müller: Wenn man zurzeit am Abend draussen herumläuft, braucht es viel Fantasie, um sich eine schöne, laue Sommernacht zu erträumen, eine, in welcher man ewig mit einem Glas Wein bei einem guten Gespräch draussen sitzen kann; eine, von welcher man sich wünschte, sie würde nie vorbeigehen, und schon gar nicht um Punkt 24.00 Uhr. Der Vorstoss von Fabian Reinhard und Marco Baumann stösst daher bei der SP-Fraktion auf Sympathie. Die Idee von mediterranen Nächten in der Stadt Luzern ist sehr verlockend. Andererseits teilt die SP-Fraktion aber auch die Bedenken des Stadtrates bezüglich Lärmbelastung und Ungleichbehandlung von verschiedenen Betrieben. Ausserdem steht hinter verlängerten Bedienungszeiten auch Personal, das länger arbeiten muss. Das muss man ebenfalls einkalkulieren. Weil es sich da aber um einen Pilotversuch handelt, möchte die SP-Fraktion dem Ganzen sehr gern eine Chance geben und stimmt der Überweisung des Postulats zu.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion hat sich mit mehreren Vorstössen für eine Erweiterung der Aussenfläche von Gastrobetrieben während der Coronapandemie eingesetzt. Die Rückmeldungen, die sie darauf von Gästen und Gastronomen erhalten hat, waren durchwegs positiv. Insofern versteht die Fraktion das Anliegen der Postulanten, den Genuss von Essen und Trinken unter freiem Himmel zu ermöglichen, und sie ist gern bereit, das weiterhin zu unterstützen. Aber – es gibt eben

auch ein Aber – es stellt sich für die Mitte-Fraktion auch die Frage, ob für den Genuss von mediterranen Nächten die Öffnungszeiten weiter in den Morgen verlängert werden müssen. Im Moment kann man sich das, wie auch die Vorrednerin des Sprechenden sagte, nicht vorstellen, und es werden auch nicht die Öffnungszeiten im Winter gemeint sein, die bis 23.00 Uhr dauern. Im Rückblick auf den vergangenen Sommer kann man die Abende, an welchen man auch nach 24.00 Uhr noch gern draussen sitzen geblieben wäre, wahrscheinlich an einer Hand abzählen. Insofern wagt der Sprechende zu bezweifeln, ob es denn wirklich eine solche Einschränkung bedeutet, wenn man nach Mitternacht das Verweilen mit Freunden und Bekannten nach drinnen verlegen muss, wofür es ja ein genügendes Angebot gibt.

Der Mitte-Fraktion liegen vor allem die verschiedenen Interessen am Herzen. Es ist ja auch den Postulanten bewusst, dass man diese berücksichtigen muss. Zudem sind es meistens die gleichen Quartiere in der Innenstadt, die von diesen Immissionen betroffen sind, nämlich diejenigen mit einer gut durchmischten Wohn- und Gast-/Gewerbezone. Der Sprechende hat zwar auch schon wiederholt seine Ansicht geäußert, dass jemand, der mitten in der Stadt wohnen will, sich auch mit einem gewissen Lärm abfinden muss, aber er ist doch auch der Ansicht, dass man die Lärmimmissionen nicht noch unnötig vermehren soll. Er erinnert zudem daran, dass hoffentlich bald wieder grosse Anlässe wie Fasnacht, Blue Balls Festival, das Altstadtfest und viele andere durchgeführt werden können, von welchen hauptsächlich wieder die gleichen Leute in ihrem Schlaf gestört sein werden. Darum wird die Mitte-Fraktion einer generellen Erweiterung nicht zustimmen. Sie ist aber gern damit einverstanden, dass Einzelfälle geprüft werden, ob man da eine Verlängerung bewilligen kann. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Daniel Lütolf: In einer lauen Sommernacht mit einem Glas Wein oder Wasser oder Cola das Leben zu feiern, Freunde zu treffen, zu diskutieren, zu lachen und vor allem Vorstösse zu formulieren, und das auch nach Mitternacht, findet die GLP-Fraktion mehr als nur prüfenswert. Und das nicht in erster Linie wegen des Glases Wein, Cola, Wasser oder was auch immer, sondern weil die Formulierung von wirklich guten Vorstössen manchmal einfach mehr Zeit braucht als bis Mitternacht. – Jetzt ernsthaft: Der GLP-Fraktion ist es schleierhaft, wieso der Stadtrat dieses Pilotprojekt nicht unterstützt. Andere Städte haben doch solche Pilotprojekte erfolgreich durchgeführt; in St. Gallen, Bern und Thun gibt es bereits mediterrane Nächte. Die Stadt St. Gallen ist laut eigener Aussagen zufrieden mit dem ersten Teil des Pilotversuchs. Immer am Freitag und Samstag von Juni bis August dürfen Boulevardbetriebe bis 1.00 Uhr geöffnet haben. Es gab weder Lärmklagen noch sonstige Beschwerden. Wenn es in Luzern trotzdem dazu käme, so könnte die Stadt, wie die Postulanten ja bereits geschrieben haben, flexibel, pragmatisch, schnell den Riegel schieben und das Projekt abbrechen. Aus Sicht der GLP-Fraktion spricht nichts gegen die Prüfung eines solchen Pilotversuchs, die Fraktion unterstützt die Postulanten und hofft auf ein Glas Wein und viele neue Vorstösse nach Mitternacht.

Thomas Gfeller: Zugegeben, das tönt extrem verlockend: In einer lauen Sommernacht über die definierte Sperrzeit hinaus draussen zu chillen, mit den Kollegen abzuhängen und ein Bier zu geniessen. Das mag für diejenigen Personengruppen interessant sein, die das beanspruchen. Es gibt aber auch sehr viele andere Gruppierungen in der Bevölkerung, die sich eben nicht einen 24-Stunden-Betrieb wünschen, sondern ganz gern ihre herkömmliche Nachtruhe haben. Lärmimmissionen

spielen nur für diejenigen keine Rolle, die selber nicht davon betroffen sind. Der öffentliche Raum gehört allen, und alle, die ihn beanspruchen, müssen zu einem Kompromiss beitragen. Aus Sicht der Leute, die Ruhe wollen, besteht der Kompromiss darin, dass die Sperrzeit erst um 0.30 Uhr beginnt, vermutlich würde diese Gruppierung 22.00 Uhr vorziehen. Für diejenigen, die gern den Ausgang geniessen, wäre morgens 5.00 Uhr wünschenswerter, oder sie hätten am liebsten gar keine Sperrzeit. Es ist ein gesellschaftliches Phänomen: Wenn man um 22.00 Uhr in eine Bar oder ein Dancing geht, ist man quasi der Einzige vor Ort. Auf die Frage des Sprechenden, warum das so ist, wurde ihm mehrmals erwidert, dass die Leute erst um 22.30 Uhr oder 23.30 Uhr kommen. Dann bleibt zugegebenermassen bis 0.30 Uhr nicht mehr viel Zeit. Der Sprechende versteht nicht, warum man erst um diese Zeit in den Ausgang geht, aber vermutlich ist das auch eine Altersfrage, oder er ist einfach nicht mehr so trendy.

In einer Innenstadt mit einer gemischten Wohn-, Gast- und Gewerbezone braucht es aus Sicht der SVP-Fraktion klare Regelungen. Die heute geltenden Regelungen sind für die SVP-Fraktion okay, auch wenn sich der Sprechende manchmal schon dazu verleiten liess, ein bisschen länger sitzen zu bleiben, weil es gerade so schön war. Aber bekanntlich muss man ja dann gehen, wenn es am schönsten ist. Persönlich glaubt der Sprechende nicht, dass der Mensch an und für sich vernünftig ist und auf seine Mitmenschen Rücksicht nimmt. Es versteht sich doch von selbst: Wenn jemand am Morgen um 4.00 Uhr heimgeht, muss der Sprechende als Schlafender nicht wissen, dass der andere heimgeht; dieser muss nicht unbedingt das ganze Quartier wecken. Die Erfahrung zeigt leider etwas anderes. Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates zufrieden und lehnt das Postulat ab.

Martin Abele: Was sind eigentlich mediterrane Nächte? Der Sprechende versteht darunter warme Sommerabende, den Duft von Pinien, das Zirpen von Zikaden, im besten Fall dazu noch ein Meeresrauschen – also das, was man wirklich erlebt, wenn man irgendwo am Mittelmeer ist und dort einen schönen Sommer verbringt. Dass mit mediterranen Nächten auch verlängerte Öffnungszeiten gemeint sind, ist nicht von vornherein klar. Zumindest ist es auch in Griechenland, Kroatien und Italien nicht so, dass die Restaurants und Bars überall ewig offen hätten. An den meisten Orten schliessen sie irgendwann gegen Mitternacht, besonders wenn sie nicht am Meer liegen. In der Schweiz wird der Begriff mediterrane Nächte als Synonym für temporär verlängerte Öffnungszeiten für Aussenwirtschaften verwendet. Irgendjemand aus der Gastrobranche hat einmal diesen Begriff eingeführt, und er entspricht auch klar einem gewissen Bedürfnis aus der Bevölkerung. Die Idee kommt auch bei einem Teil der G/JG-Fraktion gut an, denn dank der Sommerzeit können wir ja die lauen Sommerabende länger geniessen, und wegen der Klimaerwärmung wird es bei uns auch immer mediterraner. Selbstverständlich geniessen auch die Mitglieder der G/JG-Fraktion gern lange Abende draussen, auch sie möchten gern noch ein bisschen draussen sitzen, mit oder ohne Bierchen. Das hat auch mit Lebensqualität, mit Lebensfreude zu tun. Darum wird ein Teil der G/JG-Fraktion das Postulat unterstützen. Ein anderer Teil der Fraktion gewichtet aber die Bedenken und das Ruhebedürfnis der Bevölkerung höher. Fabian Reinhard hat den Pilotversuch in St. Gallen angesprochen, aber er hat nicht erwähnt, dass dieser Pilotversuch in diesem Sommer durchgeführt wurde, der ja alles andere als ein schöner Sommer war. Man müsste einen solchen Pilotversuch vielleicht noch in einem anderen Sommer durchführen. Es wurde auch nicht erwähnt, dass ein Pi-

lotversuch in Zürich noch nicht starten konnte, weil es dort sehr heftigen Widerstand vonseiten eines Komitees gab, das übrigens die sinnige Website mediterrane-naechte.ch hat. Wie gesagt wird ein Teil der G/JG-Fraktion, ungefähr die Hälfte, dem Postulat zustimmen, und etwa gleich viele Mitglieder der Fraktion werden es ablehnen.

Fabian Reinhard: Um vieles, was jetzt gesagt wurde, geht es nicht: Es geht nicht darum, ob das schön ist oder nicht, es geht auch nicht darum, ob es irgendein Bedürfnis gibt oder nicht, und es geht auch nicht um Nachtruhestörung. Nachtruhestörung wird es weiterhin geben. Es geht auch nicht um die negativen Begleiterscheinungen des Nachtlebens. Es gibt sehr positive Erscheinungen des Nachtlebens, aber natürlich auch negative Begleiterscheinungen. Um das alles geht es nicht. Es geht einfach darum, dass die Boulevardgastronomie ein bisschen länger geöffnet haben darf. Nur um das geht es.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Es geht um ein Thema, das Diskussionen und auch Kommentare hervorruft; vom Kommentator der LZ wird der Stadtrat als bünzlig bezeichnet. Der Sprechende denkt nicht, dass die schnelle Reaktion zugunsten der Boulevardgastronomie im Kontext der Pandemie bünzlig ausfiel. Der Stadtrat hat sehr unkompliziert Flächen vergrössert und Ausweitungen erlaubt. Für diejenigen Gastrobetriebe, die schon eine Bewilligung hatten, verlangte die Stadt kein Bewilligungsverfahren mehr, und für die anderen gab es ein sehr schnelles Bewilligungsverfahren: Dieses Vorgehen hält der Sprechende nicht für allzu bünzlig. Aber das Thema hat bewegt, es bewegt auch das Parlament. Unterschiedliche Meinungen finden sich zum Teil auch in den Fraktionen selber. Es ist ein Dauerthema, der Sprechende hat sich seit seinem Amtsantritt vor neun Jahren immer wieder damit beschäftigt. Man kann nicht einfach sagen, es gehe nicht ums Nachtleben und dessen Begleiterscheinungen. Um diese Aspekte geht es eben auch. In den letzten Jahren gab es z. B. viele Diskussionen zum Princess Club – das hat aber nichts mit der Boulevardgastronomie zu tun. Es gab viele Diskussionen um die Bars mit Dauerverlängerungen, um das Nachtleben in der Stadt Luzern. Das Spezielle in der Stadt Luzern ist, dass sie recht stark durchmisch ist, es gibt mitten in der Stadt auch noch einen hohen Wohnanteil. Das ist eine Stärke, denn es trägt zur Belebung der Stadt bei. Es gibt keine Stadtteile, die am Tag ausgestorben sind und erst in der Nacht zu leben beginnen, sondern die Innenstadt ist recht stark durchmisch. Das bringt das Problem mit sich, dass man die verschiedenen Nutzungen aneinander vorbeizubringen versuchen muss. Der Stadtrat ist in diesem Fall – anscheinend «bünzlig» – zum Schluss gekommen, es lohne sich nicht, in einem Teilgebiet der Stadt im Rahmen eines Pilotversuchs die Öffnungszeiten für die Boulevardgastronomie um die halbe Stunde zu verlängern, die noch in der Kompetenz der Stadt liegt. Der Stadtrat will dafür nicht den relativ guten Kompromiss, der zurzeit besteht, infrage stellen. Es geht um eine halbe Stunde, denn nach 0.30 Uhr greift das kantonale Gesetz, eine Verlängerung nach 0.30 Uhr müsste der Kanton bewilligen. Diesbezüglich gelten in den Kantonen und Städten sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass das derzeitige Angebot der Boulevardgastronomie in der Stadt Luzern gut ist, auch das Angebot der Verlängerungen in den Bars, wobei die Barbesucherinnen und -besucher natürlich teilweise auch auf die Strasse hinausgehen – das lässt sich in der Nacht von Freitag auf den Samstag um 2.00 Uhr z. B. in der Frankenstrasse gut beobachten. Das hat jedoch nichts mit Boulevardgastronomie zu tun, aber es ist ein wichtiger Punkt im Themenbereich Nachtleben. Der Stadtrat hat das Anliegen des

Postulats geprüft und kam zum Schluss, dass er diesen Pilotversuch nicht durchführen möchte, nicht zuletzt auch deshalb nicht, weil es sehr schwierig wäre, irgendwo eine Teilfläche abzugrenzen. Soll man den Pilotversuch an der Frankenstrasse durchführen, wo es im Verhältnis zu den Raucherinnen und Rauchern oder anderen Barbesucherinnen und -besuchern, die draussen vor den dauerverlängerten Bars stehen, nicht viel Boulevardgastronomiefläche gibt? Oder soll man die Burgerstrasse nehmen? Was für einen Teil der Stadt soll der Stadtrat für den Pilotversuch wählen? Die Übergänge in der Innenstadt sind meistens fliessend. Der Sprechende will auch klar festhalten, dass Beanstandungen wegen des Lärms ein Dauerthema sind, vor allem im Sommer. Da muss man immer vor- und nachgeben. Im Moment ist die Situation relativ konsolidiert; der Stadtrat möchte sie deshalb nicht mit einem Pilotversuch gefährden. Der Entscheid liegt jedoch beim Grosse Stadtrat.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 96.

**10 Postulat 123, Silvio Bonzanigo
vom 1. September 2021:
Öffentliche Auflagen und Einsprachemöglichkeiten dürfen keine Farce sein**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Silvio Bonzanigo kann sich kurzfassen, denn das Thema wurde schon heute Morgen bei der Diskussion zum B+A Bahnhofstrasse gestreift. Er dankt für die ausführliche Stellungnahme, welche die Lesenden in die Untermenüs des Verfahrensrechts führt, was sehr spannend ist. Sie weist auf die verschiedenen Möglichkeiten hin, wie man den Planungsprozess und den parlamentarischen Prozess koordinieren kann, und zeigt gleichzeitig, dass es einen Ermessensspielraum gibt, dass Überlegungen möglich sind, die in die eine oder andere Richtung weisen. Der Sprechende dankt dafür, dass diese Palette vorgestellt wurde. Für die Zukunft wünscht er sich, dass man im Entscheidungsprozess, welches Verfahren man wählt, das Moment der Politik und auch die vollständige Information des Parlaments stark gewichtet. Diesbezüglich könnte man vielleicht in einem anderen Fall, der ja immer ein Einzelfall ist, auch einen anderen Entscheid fällen. In Bezug auf die Bahnhofstrasse ist natürlich unverkennbar, dass dieser Prozess auch ein bisschen entscheid- und tempogetrieben war, das wurde auch in der Diskussion am Morgen erwähnt; man war gegenüber den Initianten gewissermassen projektpflichtig geworden. Der Sprechende will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es noch weitere Projekte gibt, die auch schon länger einer Umsetzung harren, z. B. aus Sicht des Fussverkehrs der Übergang von der Stadtpolizei zur Gebäudeversicherung hinüber, über eine dreispurige Strasse. Der Verband Fussverkehr ist diesbezüglich seit etwa zehn Jahren mit der Stadt unterwegs, die Stadt nimmt sich dieser Frage nach Ansicht des Sprechenden nicht sehr engagiert an, auch wenn kein böser Wille im Spiel ist; die Fussgängerinnen und Fussgänger werden einfach immer wieder vertröstet. Gleiches gilt für den Übergang vom Anker zur LUNA-Apotheke, da wünscht sich der Verband Fussverkehr seit etwa fünf Jahren einen einphasigen Übergang, damit die Leute nicht auf dem schmalen Mittelstreifen warten müssen, bis sie für

die Überquerung der anderen Fahrbahn auch Grün erhalten. Die Stadt hat schon sehr viele durchaus plausible Erklärungen abgegeben, die lauteten, der ganze Ablauf vom Obergrund bis an den Kasernenplatz müsste phasensteuerungsmässig überarbeitet werden, um das zustande zu bringen. Die Erklärungen waren soweit einleuchtend, aber der Sprechende vermisst das grosse Engagement in diesen Fragen. Auch bei der Y-Lösung ist offenbar keine Verbesserung möglich, und deshalb zweifelt der Sprechende den guten Willen der Stadt doch ein bisschen an.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula muss sich hier zu Wort melden, denn offenbar geht es jetzt nicht um den Vorstoss, sondern um den guten Willen des Stadtrates. Silvio Bonzanigo hat bemerkt, dass zwar kein böser Wille im Spiel sei, aber es fehle am Willen zur Umsetzung in Bezug auf eine gute Lösung für den Übergang von der ehemaligen Luzerner Polizei zur Gebäudeversicherung hinüber. Die Stadt arbeitet intensiv an der Y-Achse, das Projekt liegt jetzt zur Beurteilung beim Kanton, denn es geht um eine Kantonsstrasse, und deshalb kann die Stadt nicht einfach bestimmen, wie die Lösung aussehen soll. Das hat aber mit diesem Postulat nichts zu tun. Der Stadtrat hat nach Ansicht des Sprechenden das Postulat gut beantwortet, es wurden jetzt auch keine weiteren Fragen dazu gestellt. Aber Silvio Bonzanigo hat dem Stadtrat etwas unterstellt, was für den Sprechenden nicht akzeptabel ist. Der Stadtrat wird eine Lösung für diesen Übergang sehr engagiert weiterentwickeln, aber auch das Projekt Y-Achse, das eine Lösung anbieten würde, wird von gewissen Kreisen in der Stadt nicht gern gesehen. Dem Stadtrat diesbezüglich fehlenden Willen zugunsten des Fussverkehrs vorzuwerfen, findet der Sprechende nicht richtig.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 123 ab.

**11 Postulat 94, Marc Lustenberger, Fabian Reinhard und Marco Baumann
namens der FDP-Fraktion
vom 4. Mai 2021:
Ausbau des 5G-Netzes beschleunigen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Marc Lustenberger erklärt, dass die Postulanten mit der teilweisen Entgegennahme des Postulats einverstanden sind.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine weitere Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 94 teilweise überwiesen.

**12 Interpellation 125, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Roger Sonderegger namens der Mitte-Fraktion vom 6. September 2021:
Ist die städtebauliche Planung im Gebiet Rönrimoos und Grenzhof noch richtig?**

Die Traktanden 12 und 13 werden zusammen behandelt.

Christian Hochstrasser beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Christian Hochstrasser: Über längere Zeit waren die Areale Rönrimoos und Grenzhof ein intensiver Evergreen in diesem Parlament. Es ist Zeit, ein bisschen zurück- und vor allem vorwärtszuschauen. Der Grosse Stadtrat hat damals heftig über Denkmalschutz und Schadstoffbelastung gestritten und über Schulrauroptimierungen diskutiert. Im Rückblick war es wahrscheinlich ein Fehler, dass man keine städtebauliche Gesamtbetrachtung der beiden Areale vornahm und sie jetzt einzeln plant. Es liegt ein Zwischenergebnis vor, das allerdings einen kritischen Punkt enthält: Am ruhigen, besonnenen Ort steht die Schulanlage, und am lauten, schattigen, verkehrslastigen Ort sind die Wohnnutzungen geplant. Der Stadtrat hat zwar recht, dass das Areal Grenzhof ein bisschen urbaner ist, aber irgendwie überzeugt das Ganze doch nur halb. Der Grosse Stadtrat muss sich jedoch selber in die Pflicht nehmen: Er hat das damals vielleicht zu wenig beachtet, er hat das so beschlossen und diesen Weg mitgetragen. Das Ergebnis, das jetzt vorliegt, stimmt mit dem überein, was der Grosse Stadtrat damals diskutierte. Die G/JG-Fraktion sieht die Schwierigkeit, dass der Prozess bereits weit fortgeschritten ist, aber der Grosse Stadtrat muss sich einfach bewusst sein, dass er jetzt wahrscheinlich eine der letzten Gelegenheiten hat, was da aufgegleist wird, noch zu hinterfragen oder kritisch zu beleuchten. Der Vorstoss kommt deshalb im richtigen, aber sicher auch im letzten Moment, wenn man noch etwas Grundlegendes ändern möchte; ein Vorstoss notabene – wenn es heute auch ein bisschen um Namensänderungen geht –, der von den Fraktionen des ehemaligen Grünen Bündnisses, der ehemaligen Liberalen Partei des Kantons Luzern (LPL) und der ursprünglich Katholisch-Konservativen unterzeichnet wurde.

Die Antworten des Stadtrates auf die Fragen der Interpellation 125 sind vielfach nachvollziehbar. Es wird viel versucht. Der zurzeit laufende partizipative Prozess ist ein guter Schritt – auf dialogluzern.ch sind die Szenarien zusammen mit sehr viel Hintergrundmaterial aufgeschaltet. Aber der Sprechende fragt sich auch, ob diese Partizipation nicht doch ein bisschen viel Spielraum und Offenheit signalisiert. In der Zwischenzeit sind für das Areal Grenzhof sehr viele Nutzungen vorgesehen, nämlich unter dem Oberbegriff Quartierzentrum ein Kindergarten, ein Sportplatz, ein Café, ein Einkaufsladen, dazu Freiraum und Spielplatz, und sehr viele Wohnungen. Das ursprüngliche Ziel war, dort vor allem Wohnungen zu bauen und die ganze Schulanlage inklusive Sportfeld im Rönrimoos zusammenzufassen. Jetzt kommt sehr viel anderes dazu, und dies auch zu Recht. Zu Recht hat deshalb auch Benjamin Gross die Interpellation 129 mit den wichtigen Fragen zum Frei-

Grün- und Spielraum eingereicht. Der Stadtrat betont, dass es im Grenzhof gleich viele Wohnungen sein können, wie wenn man für den Wohnungsbau das Rönimoos genommen und das Gesamtareal damals anders geplant hätte. Das kann sich der Sprechende in der Summe fast nicht erklären, wenn man bedenkt, was für das Grenzhofareal in der Planung noch alles zusätzlich vorgesehen ist. Weiter kommt der Aspekt der Erschliessung des Grenzhofareals dazu. Eine Einfahrt von dieser Strasse, die hoffentlich in Zukunft attraktiv und beruhigt gestaltet sein wird, in eine Tiefgarage, auf welcher sich oben ein Kunstrasenfeld befindet, ist für den Sprechenden schwer vorstellbar; er ist gespannt, was für Lösungen die Planerinnen und Planer da vorschlagen. Der Stadtrat verweist dann auch noch auf den Einbezug von Privateigentümerinnen und Privateigentümern an der Luzernerstrasse. Diesbezüglich hat die G/JG-Fraktion erhebliche Zweifel, aus zwei Gründen:

1. Wenn man diesen Einbezug macht, dauert das sehr lange. Wie der Sprechende zwischen den Zeilen liest, käme es zu Leerkündigungen, zu Abbruch und Neubau. Das betrachtet die G/JG-Fraktion grundsätzlich als schwierig.
2. Die G/JG-Fraktion erachtet es mittlerweile aus klimapolitischer Sicht als nicht mehr verantwortlich, Häuser, die im Rohbau noch eine akzeptable Bausubstanz aufweisen, zurückzubauen. Die Menge an grauer Energie im Beton ist enorm, das ist inzwischen allen bekannt; Sanierungen sind, wenn immer technisch möglich, der bessere Weg. Wenn ein solches Vorgehen dazu dienen soll, die fehlende Anzahl an Wohnungen, welche die Stadt sonst verliert, um jeden Preis zu kompensieren, kann das aus Sicht der G/JG-Fraktion nicht der richtige Weg sein.

Zusammengefasst hat die G/JG-Fraktion Respekt davor, dass das Projekt überladen ist, dass es für die Planerinnen und Planer schwierig sein wird, alle angedachten Nutzungen auf diesem Areal zusammenzuführen. Das ist ja leider beim Rönimoos passiert, nämlich mit dem Sportplatz: In der Machbarkeitsstudie war man noch der Meinung, es sei gut, ihn dorthin zu verschieben. Vielleicht kommt es auch beim ewl-Areal so weit: Auch dort wollte man sehr viel, und inzwischen merkt man, dass es doch nicht geht. Da besteht die Gefahr, dass es zu Verzögerungen kommt oder dass man am Schluss auf Nutzungen verzichten muss, die man einmal versprochen hat. Dann werden möglicherweise viele enttäuscht sein. Die G/JG-Fraktion hat Respekt davor, dass man mit einer solchen Entwicklung rechnen muss, wenn die Stadt den Weg, wie er jetzt aufgegleist ist, weitergeht. Das heisst aber nicht, dass die G/JG-Fraktion diesen Weg in irgendeiner Art und Weise torpedieren will, aber sie möchte auf die kritischen Punkte hinweisen, damit es nicht zu einer grossen Enttäuschung kommt.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion beurteilt das Vorgehen des Stadtrates bekanntlich schon seit längerem sehr kritisch. Aus ihrer Sicht hat die Stadt eine grosse Chance verpasst – sie hat sich nämlich ohne ausreichende Grundlagen viel zu früh für ein bestimmtes Vorgehen entschieden. Dass der Stadtrat jetzt in seiner Antwort auf die Interpellation 125 einfach sein bisheriges Vorgehen verteidigt, überrascht die Fraktion deshalb nicht.

Dass die im Vorfeld erstellte Machbarkeitsstudie zur Überzeugung gelangte, das Spielfeld könne in die Nähe der Schulanlage Rönimoos verschoben werden, ist für die FDP-Fraktion schwer verständlich. Wer sich vor Ort einen Eindruck von den Geländebedingungen verschafft, kann leicht erkennen, dass das kaum realisierbar ist, beziehungsweise genau zu den vom Stadtrat in seiner Antwort erwähnten Nachteilen führt.

Die FDP-Fraktion bedauert es sehr, dass der Stadtrat zu keinem Zeitpunkt bereit war, die Option, gemeinnützige Wohnungen im Gebiet Rönningmoos zu realisieren, vertieft zu prüfen. Auch in seiner Antwort auf die Frage 4 der Interpellation 125 behauptet der Stadtrat einfach einmal mehr, man könne auch auf dem Areal Grenzhof attraktive Wohnungen bauen. Dass man das kann, hat ja gar niemand je bestritten. Das ist nicht wirklich der Punkt. Die Antwort auf die Frage nach der möglichen Anzahl Wohnungen im Gebiet Rönningmoos zeigt deutlich, dass der Stadtrat dieser Diskussion um jeden Preis aus dem Weg gehen will. Es wird einfach behauptet, es könnten etwa gleich viele Wohnungen wie im Grenzhof erstellt werden. Für die FDP-Fraktion ist diese Aussage nicht nachvollziehbar und sie ist ja auch nicht irgendwie mit belastbaren Fakten untermauert. Der Stadtrat hat es verpasst, die entsprechenden Abklärungen seriös vorzunehmen. Der Sprechende erinnert an das im September 2018 dringlich eingereichte Postulat 231: «Erhalt des Schulhauses Grenzhof – Machbarkeit prüfen II». Damals hätte man die Chance gehabt zu prüfen, was im Rönningmoos möglich wäre. Das Parlament wollte das leider nicht, der Sprechende bedauert das auch heute noch sehr.

Roger Sonderegger: Die Frage im Titel der Interpellation 125 ist eher dramatisch. Die Mitte-Fraktion betrachtet die Situation ein bisschen weniger kritisch. Trotzdem hat sie die Interpellation mitunterzeichnet, denn man kann ja gemeinsam Fragen stellen, auch wenn man in Bezug auf die Hintergründe nicht in jedem Detail gleicher Meinung ist. Für die Mitte-Fraktion war es der richtige Zeitpunkt, diese Fragen zu stellen, noch einmal zurückzuschauen, aber auch nach vorn zu schauen. Zu diesem Zeitpunkt wussten die Interpellanten noch nicht, was betreffend öffentliche Mitwirkung geplant wurde. Gerade jetzt läuft diese auf der Plattform dialogluzern.ch; der Sprechende empfiehlt allen Mitgliedern des Grossen Stadtrates, sich das noch anzuschauen, falls sie es nicht schon getan haben. Man kann sich dort einbringen, auch wenn man nicht im Quartier wohnt. Das Material ist sehr gut aufbereitet, es macht Spass, die Unterlagen und die Überlegungen der Planungsteams anzuschauen. Es ist kein Geheimnis: Die Mitte-Fraktion war immer dafür, dass das Grenzhofschulhaus abgerissen wird und die Schulanlagen im Rönningmoos zusammengelegt werden. Diesen Grundsatzentscheid hat die Mitte-Fraktion immer mitgetragen. Kritisch ist aus Sicht der Mitte-Fraktion eher der Fussballplatz. Wie Rieska Dommann bereits sagte, sieht man gleich, wenn man vor Ort einen Augenschein nimmt, dass das Gelände beim Rönningmoos sehr steil ist. Wenn man den grossen Fussballplatz dorthin verlegen will, braucht es Stützmauern, es wird ein grosser Eingriff nötig, der städtebaulich doch nur zu einer ungenügenden Lösung führt. Schmerzvoller an dieser Überlegung ist jedoch, dass der Fussballplatz jetzt am richtigen Ort ist. Warum soll man ihn von dort wegnehmen? Die Luzernerstrasse ist eine sehr dicht bebaute städtebauliche Achse; ihr entlang kommen auf dem Weg nach Littau praktisch keine Unterbrüche vor. Der Fussballplatz ist genau am richtigen Ort – eine Aufweitung und ein Freiraum an dieser viel frequentierten Achse. Dass dort öffentlich zugänglicher Grünraum vorhanden ist, ist schon aufgrund dieser Lage wertvoll. Und noch wertvoller ist die Lage wegen der möglichen Synergien zum Quartierzentrum, das jetzt beim Schulhaus Grenzhof angedacht wird. Ein Verein ist immer mit Leben verbunden, dazu passt auch ein bisschen Gastronomie. Das heisst, diese zwei halböffentlichen oder halbprivaten Nutzungen passen zueinander. Darum ist der Fussballplatz jetzt am richtigen Ort. Er wäre nicht nur beim Rönningmoos falsch, sondern er ist eben auch dort richtig, wo er heute schon ist. Es wäre schade, wenn man ihn beim Schulhaus Rönningmoos oben in eine Hinterhofsituation bringen würde. Die einzige

Überlegung, die für die Verschiebung sprach, war, dass es auf dem Plan gut aussieht: Man hat das Clubhaus gleich neben dem Schulhaus oder ins Schulhaus integriert. Aber die Architekten haben sich nicht umsonst die Zähne ausgebissen; Rieska Dommann hat es gesagt: Es war eine Fehlüberlegung. Das hätte der Stadtrat auch zugeben können und nicht einfach in der Antwort schreiben sollen, die Architekten hätten es nicht hingekriegt.

Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist die Planung, die jetzt angedacht ist, gut; die Elemente, die schon vorgedacht und vorgeplant sind, sind richtig, z. B. eben der Fussballplatz und das Areal Grenzhof selber. Die Idee, in zwei Varianten in diese Planung hineinzugehen, ist spannend. Es ist richtig, den Fussabdruck der bestehenden Gebäude zu nehmen und den Park in seiner wertvollen Struktur zu erhalten. Der Sprechende nimmt an, dass die Erhaltung der Freiraumqualitäten auch im Sinn des Interpellanten Benjamin Gross und der SP-Fraktion ist; die Fragen der Interpellation 129 beziehen sich ja vor allem auf den Grenzhof. Das Beste an der Sache, wie sie jetzt läuft, ist der Planungssperimeter: Dieser wurde klug gewählt. Klar, das Rönrimoos ist nicht Bestandteil davon, das kann man noch lange bemängeln und beweinen, aber jetzt wurde ein grosser Planungssperimeter gezogen, unter Einbezug der bestehenden Bauten, die, wie der Sprechende schätzt, aus den 40er-Jahren stammen. Es ist richtig, dass man den Verkehr mitberücksichtigt, und es ist auch richtig, dass man das Areal städtebaulich betrachtet und das Aufwertungspotenzial prüft. Der Sprechende sieht den Einbezug dieser Bauten weniger kritisch als Christian Hochstrasser; dieser Einbezug muss ja nicht bedeuten, dass es dann zu Ersatzneubauten mit Leerkündigungen kommt, es können auch Sanierungen oder Sanierungen mit Erweiterungen sein. Aber diese Gebäude, das weiss man aus schweizweiter Erfahrung, sind schwierig, sie haben das Treppenhaus auf der falschen Seite, man kann praktisch keine Liftanlage bauen, um BehiG-tauglich zu werden; die Grundrisse sind ungenügend, die Isolation und die gesamte Bausubstanz sind sehr schwierig zu sanieren. Ob es gelingt, wird man sehen, aber grundsätzlich ist es sicher denkbar. Auch die Mitte-Fraktion hat Vorbehalte gegenüber der Einstellhalle, aber aus einer anderen Überlegung: Damit würden fast 10'000 m² versiegelt, die heute nicht versiegelt sind. Das könnte man ja auch noch einmal in die Waagschale werfen und die Einstellhalle unter diesen Neubauten an der Luzernerstrasse andenken. Aber damit ist der Sprechende schon mitten im Städtebau. Er will als Letztes noch einen Blick auf die Zeitachse werfen. Im Jahr 2015 hat die Stadt gemerkt, dass es mit dem Grenzhof nicht weitergeht, weil der Schadstoff zu heftig ist. 2017 hat der Grosse Stadtrat den Grundsatzentscheid für den Schulstandort Rönrimoos getroffen, im Herbst 2018 wurde der Kredit für das Provisorium gesprochen, im Frühling 2020 wurde das Provisorium in Betrieb genommen, im Sommer 2020 hat die Stadt den Bescheid erhalten, dass der Denkmalschutz Ja sagt zum Abriss, und auch der Wettbewerb für das Rönrimoos wurde abgeschlossen. Jetzt ist der Start für die Studie zur Arealentwicklung. Das gesamte Vorspiel dauerte also sechs Jahre. Wenn der Sprechende nach vorn schaut, würde er behaupten, dass es sicher noch drei bis vier Jahre dauert, bis man dort wirklich bauen kann. Das ist schon eine sehr lange Zeit, wenn man bedenkt, dass der gemeinnützige Wohnungsbau in dieser Stadt eine politische Priorität genießt. Erwähnen darf man auch noch, dass die BZO-Zusammenführung, die genau jetzt am Laufen ist, dieser ganzen Sache zeitlich voll in die Hände spielt. Auch das kann man auf dialogluzern.ch anschauen. Bei dieser Zusammenführung wird die BZO so vorbereitet, dass man nachher das Geplante auch realisieren kann und es nicht noch eine Teilrevision der Nutzungsplanung braucht. In diesem Sinn nimmt die Mitte-Fraktion positiv zur Kenntnis, wie es ab jetzt weitergehen soll, wie die Planung jetzt aufgegleist ist. Der Sprechende

möchte die Mitglieder des Grossen Stadtrates und alle, die diese Debatte mitverfolgen, ermuntern, in der öffentlichen Mitwirkung einen Beitrag einzugeben.

Benjamin Gross: Es ist wichtig, dass man sich gut überlegt, wie das Quartier entlang der Bernstrasse und Luzernerstrasse gesamthaft entwickelt werden soll. Die SP-Fraktion hofft, dass der Stadtrat jetzt wirklich das umsetzt, was in diesen Antworten steht; wörtlich ist in einer der Antworten auf die Fragen der Interpellation 125 von einem «attraktiven Mix aus Wohn- und Arbeitsflächen inklusive quartierorientierter Nutzungen und Freiräumen» die Rede. Es ist also viel, was dort hinmuss, aber es hat ja auch Platz. Bei der Interpellation 129 war dem Sprechenden der Park ein Anliegen; auch dieser hat in den Varianten, die jetzt geplant sind, sicher Platz; das Quartier hat den Erhalt von Grünzonen und den Erholungsraum dringend nötig. Für die SP-Fraktion ist es nicht ganz so zentral, wo genau die gemeinnützigen Wohnungen entstehen, sondern wichtiger ist, dass sie entstehen. Eine schöne Ergänzung ist zudem, dass es jetzt auch mehr Platz gibt für ein verkehrsfreies Strässchen entlang der bestehenden Strasse, denn die bestehende Strasse ist ja tatsächlich seit vielen Jahren nicht mehr tragbar.

Nach Ansicht der SP-Fraktion wäre der Mehrwert, wenn man das Projekt komplett neu denken und sogar die Schulanlage wieder im Grenzhof ins Spiel bringen wollte, zu gering. Aus Kreisen der Lehrpersonen in dieser Gegend hat die Fraktion gehört, dass es eine gute Lösung sei, die Schulanlagen im Rönningmoos zusammenzulegen. Aber einen Kindergarten braucht es im Grenzhof sicher, und unbedingt wichtig ist auch, dass gerade im unteren Teil, eben an der Bernstrasse, genug Platz vorhanden ist, wo sich die Leute treffen können. Die Freiräume sind dem Sprechenden wichtiger als der geplante Gewerberaum oder andere angedachte Nutzungen in den Gebäuden. Daher ist für ihn zentral, dass man den Fussabdruck der ehemaligen Grenzhofschulhäuser nicht zu sehr überlastet, sondern das Gute, das vorhanden ist, so nutzt und optimiert. Der Sprechende bedankt sich für die Antworten auf die Interpellationen.

Stefan Sägesser dankt vonseiten der GLP-Fraktion den Interpellanten für ihre Fragen. Zu diesem Gebiet gibt es sehr viel zu sagen; er kann sich aber dem anschliessen, was Roger Sonderegger und Benjamin Gross ausgeführt haben. Die GLP-Fraktion ist mit den Antworten des Stadtrates sehr zufrieden. In die städtebaulichen Grundsatzüberlegungen wird das ganze Quartier miteinbezogen; in Bezug auf die Nutzungsbedürfnisse wird keine komplexe Selektion vorgenommen, sondern der Fächer wird eher geöffnet, um am Schluss eine möglichst optimale Lösung zu finden. Man darf nicht vergessen, dass im Grenzhof für die Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer eine hochproblematische Situation entstand. Diese hat sich beruhigt. Aber das war in erster Linie der Ausgangspunkt, eine Situation, die bereinigt werden musste. Nach Ansicht der GLP-Fraktion war das Vorgehen, sich auf das Rönningmoos zu beschränken, korrekt; die Fraktion würde jetzt nicht noch einmal alles wechseln, auch wenn vielleicht gewisse städtebauliche Aspekte auch in die andere Richtung weisen. Die GLP-Fraktion dankt für die Antworten des Stadtrates.

Silvio Bonzanigo: Die beiden Interpellationen betreffen nicht ganz die gleichen Aspekte, also darf man thematisch ein bisschen ausfransen. Der Sprechende nahm am 30. Oktober an der öffentlichen Begehung teil, die vom Projektleiter Daniel Nüssli geführt wurde, mit welchem er ein interes-

santes Gespräch hatte. Daniel Nüssli hat erklärt, dass es etwa ab der Kote 440 bis an den Kreuzstutz hinunter einen gemischten Rad- und Fussverkehrsweg geben soll. Der Sprechende hat ihn darauf hingewiesen, dass ein solcher gemischter Rad- und Fussverkehrsweg keine zukunftssträchtige Lösung ist. Darüber hat der Grosse Stadtrat auch schon diskutiert, z. B. kürzlich beim Rad-/Gehweg, der ab dem Freigleis um den Capitol-Gebäudekomplex herum bis zum Bahnhof führen soll. Dort wurden die engen Platzverhältnisse für diese Lösung geltend gemacht. Das kann man aber im jetzt vorgestellten Fall nicht tun. Vor noch nicht einer Stunde wollte Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula den Vorwurf nicht akzeptieren, dass Fussverkehrsangelegenheiten in der Stadt Luzern ein bisschen zögerlich behandelt würden. Er hätte jetzt Gelegenheit, dem Grossen Stadtrat zuzusichern, dass es keinen kombinierten Rad-/Gehweg ab der Kote 440 bis zum Kreuzstutz geben wird. Die geplante Strecke weist ein starkes Gefälle auf; die Velofahrenden werden beim Hinunterfahren dazu verleitet sein, es auch auszunützen. Gegenüber der heutigen Situation wäre ein solcher kombinierter Rad-/Gehweg ein deutlicher Rückschritt, und Rückschritte sollte man nach Ansicht des Sprechenden bei einer Projektentwicklung vermeiden.

Baudirektorin Manuela Jost: In den beiden Interpellationen wurden sehr wichtige Fragen zu diesem zugegebenermassen sehr komplexen und umfassenden Projekt gestellt. Es ging auch um den Vorwurf, warum die Stadt die Variante nicht geprüft habe, die Schule weiterhin im Grenzhof zu führen und das Rönimoos für den gemeinnützigen Wohnungsbau vorzusehen. In den vorangegangenen Voten wurden die Grundsatzentscheide erwähnt, die Stadtrat und Grosser Stadtrat fällten. Der Stadtrat war überzeugt, dass die Unterschutzstellung der Schulanlage Grenzhof unverhältnismässig und nicht zielführend wäre, was dann inhaltlich auch vom Regierungsrat, vom Bildungs- und Kulturdepartement (BKD), bestätigt wurde. Sicher haben die Bauten einen hohen denkmalpflegerischen Wert, aber in der Abwägung gaben die grossen Probleme mit diesen Gebäuden den Ausschlag. Der Stadtrat ist froh, dass dieser Entscheid, das Okay für den Abbruch, jetzt vorliegt. Solche Projekte bergen natürlich Risiken, und es ist sehr wichtig, dass man diese erkennt und sich ihrer bewusst ist, um sie zu vermeiden oder entsprechende Massnahmen vorzusehen.

Die Votanten haben viele Themen aufgegriffen; die Sprechende geht zuerst auf das ein, was Silvio Bonzanigo zum Mischverkehr ab der Kote 440 bis zum Kreuzstutz ausführte. Sie gibt ihm recht: Ein solcher kombinierter Rad-/Gehweg ist eine Herausforderung. Zu genau solchen Themen sollen auf der Plattform dialogluzern.ch Anregungen eingegeben werden; die Sprechende ermuntert, wie es Roger Sonderegger schon tat, die Mitglieder des Grossen Stadtrates, diese Plattform zu nutzen. Das Anliegen von Silvio Bonzanigo wird bereits diskutiert; es ist wichtig, dass man dort nicht zusätzliche Gefahren einbaut. Die Partizipation steht allen offen; die Stadt will möglichst breit über das Projekt und die Planung informieren und hat darum so umfassende Unterlagen aufgeschaltet. Es sollen sich möglichst viele Leute beteiligen. Die Sprechende hat bereits verschiedene Rückmeldungen erhalten; die Leute sind froh zu wissen, was für Grundlagen bestehen und in welche Richtung es geht. In der Regel äussern sich die einzelnen Personen ja nicht zu jedem Thema, sondern nur zu denjenigen, die ihnen besonders am Herzen liegen. Solche Themen sind der Wohnungsbau, ob ein Abbruch von Altbauten sinnvoll ist, die Frage des Freiraums usw. Der Stadtrat will darauf achten, dass der Fussabdruck, die Setzung der Bauvolumen, in Zukunft ähnlich sein wird wie jetzt, denn vielen ging es nicht einmal so sehr um den Erhalt der Gebäude der Schulanlage Grenzhof, sondern darum, dass die wertvolle Freiraumanlage erhalten bleibt.

Auch die Rückmeldungen zum Kunstrasenfeld sind wichtig, z. B. bezüglich der Erschliessung der Tiefgarage. Das ist sicher auch ein Thema, das man kontrovers diskutieren kann.

Kritisch hinterfragt wurde auch, dass recht viele verschiedene Nutzungen vorgesehen seien, vom Quartierangebot über Wohnungen bis zum Sport. Auch dazu gibt es bereits Rückmeldungen aus dem Quartier; die Nachfrage und das Interesse an möglichst vielen Nutzungen für das Quartier sind gross. Das ist eine Herausforderung, welche die Stadt angehen will.

Vieles ist noch offen, der Prozess dieser Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Die Stadt hofft, zügig weitergehen zu können. Das Projekt wird immer auch Kritik hervorrufen, gerade wegen seiner Vorgeschichte. Den Entscheid der Schulzusammenlegung betrachtet der Stadtrat nach wie vor als richtig. Das Projekt, wie es angedacht ist, macht Sinn. Jetzt wird die Stadt kritisiert, es hätten doch alle von Anfang an sehen können, dass es nicht möglich ist, das Rasenspielfeld dorthinauf zu verschieben. Aber wenn die Stadt das nicht im Rahmen eines Wettbewerbs hätte abklären lassen, hätte man ihr auch daraus wieder einen Vorwurf gemacht. Interessant war ja eben, dass sich auf diesem Weg 30 Leute mit der Lösungssuche beschäftigten. Es gibt Lösungen, aber ihre Realisierung ist schwierig und sehr kostenintensiv. Der Stadtrat wollte jedoch lieber eine Abklärung machen lassen, als von vornherein auf diese Möglichkeit zu verzichten.

Silvio Bonzanigo hat die Äusserungen von Baudirektorin Manuela Jost sehr gern zur Kenntnis genommen, dass das von ihm vorgebrachte Anliegen besprochen wird. Das ist der aktuelle Stand. Der Sprechende möchte jedoch einen anderen Stand erreichen, nämlich dass man vonseiten der Stadt ein Bekenntnis abgibt, keine solchen kombinierten Rad-/Gehwege mehr zu bauen, die wirklich gefährlich sind. Er macht dazu folgenden Vergleich: Die Stadt kann nicht in der digitalen Welt gemäss dem letzten Modernitätskick unterwegs sein und in der analogen Welt so tun, als ob sie nichts gelernt hätte. Die Aufforderung des Sprechenden, der Planung dieses kombinierten Rad-/Gehwegs wenigstens ein vorläufiges Ende zu setzen, richtet sich natürlich in erster Linie an die Umwelt- und Mobilitätsdirektion. Der Verband Fussverkehr ist gern dazu bereit, im Gespräch mit der Stadt Lösungsvorschläge einzubringen, wenn die Stadt sie am ehesten von seiner Seite erwartet. Man müsste aber diesbezüglich einfach einen Schritt weiterkommen, als es nur bei Gesprächen zu belassen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Es geht bei diesen beiden Traktanden um die Areale Rönrimoos und Grenzhof und nicht um die Veloinitiative, über welche der Grosse Stadtrat bald diskutieren wird. Kombinierte Rad-/Gehwege sind nicht optimal, aber z. B. auch der Xylofonweg und das Freigleis funktionieren so; diese wird die Stadt sicher nicht aufheben. Und auch über die Reussbrücke gibt es eine solche Form der kombinierten Mobilität. Wenn die Stadt überall genügend Platz hätte, den Radverkehr vom Fussverkehr zu separieren, wäre das sicher besser, aber sie hat diesen Platz schlichtweg nicht, und darum kann der Sprechende auch nicht generell ein Bekenntnis abgeben, die Stadt werde in Zukunft nie mehr solche Rad-/Gehwege planen. Lösungen müssen von Fall zu Fall gefunden werden. Eine ausführliche Diskussion dazu kann der Grosse Stadtrat im Zusammenhang mit der Veloinitiative führen.

Die Interpellation 125 ist somit erledigt.

**13 Interpellation 129, Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 13. September 2021:
Grünanlage und Erholungsraum beim Grenzhof**

Die Diskussion fand beim vorhergehenden Traktandum statt.

Die Interpellation 129 ist somit erledigt.

**14 Postulat 92, Yannick Gauch namens der SP-Fraktion sowie Martin Abele und Jona Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 29. April 2021:
Vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Yannick Gauch: Die SP-Fraktion dankt für die Stellungnahme zum vorliegenden Postulat. Sie teilt die Haltung des Stadtrates, dass aktive Bürgerinnen und Bürger das Fundament einer funktionierenden Demokratie sind. Dieses Fundament gilt es stetig zu erhalten, zu pflegen und auch zu vergrössern. Die SP versucht das immer wieder mit verschiedenen Massnahmen, wie z. B. mit dem Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer, mit dem Stimmrechtsalter 16 oder mit dem Ausbau von Mitsprachemöglichkeiten für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung. Gleichzeitig gilt es aber auch, die Hürde für diejenigen Leute zu senken, die schon heute über ein aktives und passives Stimm- und Wahlrecht verfügen. Das schaffen wir, indem wir politische Inhalte für alle zugänglich machen – sprich, in einer einfachen und verständlichen Sprache erklären –, oder indem wir eine frühe politische Bildung fördern – der Sprechende erinnert an das heute Nachmittag überwiesene Postulat 100 –, oder indem wir rein praktische Hürden abbauen, um die Teilnahme am Stimm- und Wahlprozess so einfach wie möglich zu gestalten. Das letzte Mal brachte 1994 die briefliche Stimmabgabe eine massive Erleichterung.

Aus Sicht der SP-Fraktion sind die in der stadträtlichen Antwort erwähnten Mehrausgaben für vorfrankierte Stimmcouverts eine gerechtfertigte Belastung, um die Teilnahme am demokratischen Prozess zu vereinfachen. Die Fraktion glaubt nicht, dass den Bürgerinnen und Bürgern ihre Stimme nicht Fr. 1.10 wert ist. Vielmehr liegt die Hürde darin, dass der Briefverkehr in den letzten Jahren und Jahrzehnten allgemein deutlich abgenommen hat und somit auch immer weniger Leute überhaupt jeweils eine Briefmarke zur Hand haben. Das heisst, nicht die finanzielle Belastung ist das grundlegende Problem, sondern der Mehraufwand durch die Frankierung, ein Mehraufwand, der sich auch nicht durch vereinfachte Versandzahlmöglichkeiten bei der Post, die es heute schon gibt, die aber wenig genutzt werden, abbauen lässt. Denn auch digitale Zahlungsmöglichkeiten schliessen immer einen Teil der Gesellschaft aus, z. B. ältere Leute und Menschen mit beschränkten Deutsch- oder eingeschränkten Computerkenntnissen.

Wenn die Stadt es schafft, die Stimmbeteiligung mit dieser Massnahme auch nur um wenige Prozenzte zu erhöhen – und dazu gibt es starke Indizien –, ist aus Sicht der SP-Fraktion schon einiges

erreicht, um das eingangs erwähnte demokratische Fundament instand zu halten. Dieses Fundament darf der Stadt auch durchaus einen Betrag von Fr. 30'000.– pro Urnengang wert sein. Nicht zu unterschätzen ist aus Sicht der SP-Fraktion bei einer solchen Massnahme auch der symbolische Akt. Ein Staat, der von seinen Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Partizipation einfordert, soll sie dafür nicht auch noch zur Kasse bitten. Es ist im ureigenen Grundinteresse unseres Staates, dass sich möglichst viele Menschen einbringen, beteiligen und so die demokratisch gefällten Entscheidungen mittragen. In diesem Sinn und zum Wohl unseres demokratischen Fundaments dankt der Sprechende den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die Zustimmung zum Vorstoss. Er erwartet nachher gespannt den erwähnten B+A dazu.

Thomas Gfeller: Die Postulanten schreiben, es gehe darum, möglichst alle Hürden für die Stimmentenden zu beseitigen. Beim Lesen hat sich der Sprechende echt gefragt, welche Hürden ausser der Portoübernahme es denn noch gibt. Vielleicht, dass man den Zettel selber ausfüllen muss, oder soll das Kreuzchen schon am richtigen Ort vorgedruckt werden? Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Sie ist nicht davon überzeugt, dass eine Vorfrankierung der Abstimmungs- und Wahlcouverts die Stimmbeteiligung erhöht. Die Kosten – man spricht von mehr als Fr. 165'000.– pro Jahr – sind doch nicht ganz unerheblich, und das Resultat einer Erhöhung der Stimmbeteiligung um eventuell 2 Prozent ist doch eher fragwürdig. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist das verschwendete Geld, Geld für das Altpapier, das man doch anderweitig besser investieren könnte. Diese zusätzliche Ausgabe politisch zu fordern, scheint dem Sprechenden aufgrund der Mehrheiten in diesem Rat sehr einfach. Sie ist aber nicht zielführend. Wenn die Postulanten die Budgetverantwortung hätten und irgendwo in ihrem Budget die geforderten Fr. 165'000.– kompensieren müssten, würde die Entscheidung vermutlich ganz anders aussehen. Man muss nicht brieflich abstimmen, aber man kann brieflich abstimmen, wenn man will. Es steht allen frei, ob sie den wahnsinnshohen Betrag von Fr. 1.10 für die Briefmarke ausgeben wollen oder nicht. Wählt man den bequemeren Weg, so zahlt man für die Marke. Andernfalls gibt es die Möglichkeit, den Weg zur nächsten Einwurfbox in Kauf zu nehmen. Stadtrat und Grosser Stadtrat propagandieren immer den Spruch: «Luzern – Stadt der kurzen Wege». Die Stadt hat ein ausgezeichnetes Velonetz, das quasi stündlich ausgeweitet wird, sie hat eine grosse Flaniermeile, sie fördert den Fussverkehr: Warum also nicht früh an einem Sonntagmorgen den Weg mit dem oder der Geliebten auf sich nehmen und das Couvert einwerfen gehen? Man spart Geld, der Spaziergang ist gut für die Gesundheit, und vielleicht kommuniziert man sogar wieder miteinander. Die SVP-Fraktion folgt der Argumentation des Stadtrates und lehnt das Postulat ab.

Damian Hunkeler: Thomas Gfeller hat die Argumente gut auf den Punkt gebracht, relativ spassig, was zum Schluss des Tages noch eine Aufheiterung bedeutet. Auch die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab, weil für sie das Preis-Leistungs-Verhältnis bei diesem Anliegen grundsätzlich nicht stimmt. Für die paar Stimmcouverts mehr, die bei einer Vorfrankierung zu erwarten sind, ist der Preis einfach sehr hoch. Wenn schon, müsste man diese Vorfrankierung mit einem Stimmzwang verbinden, analog zum Kanton Schaffhausen. Es wäre dann eben umgekehrt: Es gäbe eine Strafe für diejenigen, die ihre demokratischen Rechte nicht wahrnehmen. Dadurch könnte man die Vorfrankierung mitfinanzieren und sie würde sich auch lohnen. Aber wie das Postulat nun vorliegt, lehnt die FDP-Fraktion es ab.

Jules Gut glaubt, dass die Forderung nach einer Vorfrankierung jetzt bereits zum dritten Mal innerhalb der letzten paar Jahre im Grossen Stadtrat diskutiert wird. Auch die GLP-Fraktion erwartet nicht, dass sich dadurch wirklich eine höhere Abstimmungsquote erreichen lässt. Andererseits ist sie aber auch bereit, mögliche Hürden abzubauen. Der Sprechende kann der Argumentation der SVP-Fraktion nicht folgen, warum sie als Volkspartei dagegen ist, sich an dieser Ausräumaktion von Hemmschwellen zu beteiligen.

Die GLP-Fraktion hat aber noch ein anderes Anliegen. Es gibt ja den Briefkasten beim Stadthaus, auf dem linken Ufer. Die Fraktion hätte Freude, wenn man auch auf dem rechten Ufer einen zusätzlichen Briefkasten für Abstimmungs- und Wahlcouverts einrichten würde, z. B. beim Bourbaki, damit man auch dort sein Stimm- und Wahlcouvert einwerfen könnte.

Martin Abele: Die Stadt Luzern hat im Jahr 2006 die Stimmlokale radikal abgebaut, seither gibt es nur noch ein einziges Stimmlokal, das zwischen 9 und 10 Uhr offen ist, zu einer Zeit, in welcher die Normalsterblichen an einem Sonntag noch schlafen. Damit hat die Stadt die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger radikal zur Briefwahl gedrängt. Jetzt will sie ihnen aber nicht auch noch den Service bieten, die Briefwahl wahrnehmen zu können, ohne einen Weg unter die Füsse nehmen zu müssen; oder dann müssen sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eben eine Briefmarke besorgen. Andere Gemeinden haben vorfrankierte Abstimmungs- und Wahlcouverts, das ist dort offenbar kein Problem, sie können sich das leisten und wollen sich das leisten. Warum die Stadt Luzern das Gefühl hat, sie sei in einer stärker angespannten Finanzlage als die anderen Gemeinden, erschliesst sich dem Sprechenden nicht ganz, aber die Finanzdirektorin musste die Sitzung leider bereits verlassen, sie kann es ihm nicht erklären. Schon anno 2000 äusserte der jetzige Nationalrat Roland Fischer im Kantonsrat, es wäre ein schöner Service, wenn man auch in Luzern die briefliche Abstimmung unentgeltlich machen würde.

Natürlich ist es möglich, die Abstimmungscouverts zum Stadthaus zu bringen und dort einzuwerfen – auch in Littau kann man übrigens die Abstimmungscouverts einwerfen. Der Sprechende ist immer wieder in der Stadt; er wird es auch heute ausnützen, dass er in der Nähe des Stadthauses ist, und sein Abstimmungscouvert und das seines Partners dort einwerfen; das wird er auch in Zukunft so machen. Und auch viele andere werden das in Zukunft weiterhin so beibehalten. Aber man muss auch an diejenigen denken, die nicht so gut zu Fuss sind. Es gibt doch einige ältere Leute in der Stadt, für die schon der Weg bis zum nächsten Briefkasten ein Aufwand ist, aber den schaffen sie noch. Die Leute jedoch, die in der Nähe des Sprechenden im Altersheim Dreilinden wohnen, schaffen den Weg zum Stadthaus hinunter nicht mehr, und sie haben vielleicht auch nicht unbedingt eine Briefmarke zur Hand. Für diese wären vorfrankierte Abstimmungscouverts ein guter Service. Es gibt auch Leute mit anderen Beeinträchtigungen, für die der Weg zum Stadthaus zu schwierig ist. Letztlich geht es darum, ob die Stadt diese Hürde abbauen und ihren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern das Abstimmen so gut wie möglich erleichtern will. Der Sprechende dankt für die Unterstützung des Postulats.

Mirjam Fries hat auch zwei Abstimmungscouverts dabei, die sie heute im Stadthaus einwerfen will. Für sie ist es selbstverständlich, dass man die Abstimmungscouverts entweder im Stadthaus einwerfen geht oder eben frankiert. Die Mitte-Fraktion hat zu diesem Thema eine andere Haltung als die Postulanten, sie hat ihre Meinung nicht geändert, seit sie einen neuen Namen hat. Das

Thema wird ja heute nicht zum ersten Mal diskutiert. Auch der Mitte-Fraktion ist eine hohe Stimmbeteiligung wichtig, aber die Stimmberechtigten haben auch eine gewisse Eigenverantwortung, man darf es ihnen zumuten, dass sie das Porto zahlen und eine Briefmarke aufkleben, oder eben zum Stadthaus gehen. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Haltung des Stadtrates und lehnt das Postulat ab.

Silvio Bonzanigo wird das Postulat unterstützen. Es ist für ihn nicht angängig, dass die Stadt dauernd benchmarkt, aber immer nur nach Belieben. Bei der Digitalstrategie, über welche der Grosse Stadtrat heute diskutierte, wurden als Vergleichsstädte Basel, Zürich, St. Gallen zitiert. Jetzt kommt das Ganze aber gewissermassen umgekehrt daher; es heisst, man solle nicht auf diese Städte schauen. Es sind eben die, die vorfrankieren. Der Sprechende findet, die Stadt Luzern müsste in ihren Überlegungen konsequent sein und sich nicht je nach Geschäft an anderen Städten orientieren oder nicht. Wenn die Stadt Luzern mit diesen Städten vergleichbar sein will, dann soll sie auch vergleichbare Portoleistungen erbringen.

Jona Studhalter hatte, als er von daheim auszog, drei Jahre lang keine Briefmarke bei sich zu Hause, weil seine Generation eben nicht mehr mittels Briefen kommuniziert. Er ging einfach jedes Mal zum Stadthaus. Ein Teil des Problems ist, wie Martin Abele sagte, dass Leute zu wenig mobil sind, und ein anderer Aspekt des Problems ist, dass die Leute einfach keine Briefmarken mehr zu Hause haben. Der Sprechende wollte schauen, was für Beträge in anderen Gemeinden für die vorfrankierten Abstimmungscouverts bezahlt werden. Da musste er schmunzeln: Das erste Ergebnis, als er «vorfrankierte Abstimmungscouverts» eingab, war die Junge SVP Graubünden, die unglaublich stolz ist, dass sich im Kantonsparlament des Kantons Graubünden eine Mehrheit für die Einführung von vorfrankierten Abstimmungscouverts fand. Vielleicht wäre bei der SVP einmal ein interkantonaler Austausch angebracht.

Laut der Studie, die im Postulat zitiert wird, kann die Stimmbeteiligung um 2 Prozent erhöht werden. Was für einen Unterschied machen 2 Prozent aus? 2 Prozent sind, bezogen auf den Grossen Stadtrat, wenn man annimmt, dass die Anzahl der Ratsmitglieder einer Stimmbeteiligung von 50 Prozent entspricht, zwei Sitze. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates wissen, wie oft schon ausgezählt werden musste, weil es eben auf zwei Sitze ankam. Wenn 2 Prozent der Bevölkerung oder 2 Prozent der Sitze hier drin nicht gehört werden, ist das durchaus ein Problem. Letztlich geht es um die Frage, ob das ein Service ist, den die Stadt anbieten will. Jedes anständige Unternehmen, das irgendjemandem etwas heimschickt und eine Antwort per Post erwartet, legt ein vorfrankiertes Couvert bei. Die Stadt täte gut daran, sich das von der Best Practice der Privatwirtschaft abzuschreiben.

Bevor **Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann** das Wort Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki erteilt, informiert sie, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrates die Abstimmungscouverts heute auch bei Ratsweibelin Brigitte Gisler abgeben können, sie müssen nicht selber zum Stadthaus gehen. Und noch eine weitere Mitteilung: Man braucht heutzutage auch keine Briefmarke mehr, sondern man kann das digital erledigen und einen Code herunterladen.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Es handelt sich, wie Jona Studhalter erwähnte, um ein sehr populäres Anliegen, das verschiedene Parteien in verschiedenen Kantonen aufgenommen haben. Der Stadtrat versteht das Anliegen, er ist selber auch an einer hohen Stimmbeteiligung interessiert. Aber bei der Prüfung des Anliegens kam er vor allem aus finanziellen Überlegungen zum Schluss, beim bisherigen System bleiben zu wollen. Seiner Ansicht nach ist das zumutbar. Falls der Grosse Stadtrat das Postulat jetzt überweist, wird der Stadtrat selbstverständlich nach dieser Entscheidung handeln. Man darf sich aber nicht allzu grosse Hoffnungen machen: Es ist nicht nachgewiesen, dass die Stimmbeteiligung nach der Einführung von vorfrankierten Abstimmungs-couverts stark steigt. Es gibt eine Studie, die von 2 Prozent ausgeht. Die Stadt Luzern hat sich bei anderen Gemeinden und Kantonen erkundigt. Dort liegt die Einführung von vorfrankierten Abstimmungs-couverts meistens schon länger zurück, und in der Regel wurde nicht noch eine Begleitstudie gemacht, um zu zeigen, dass die Stimmbeteiligung dadurch gestiegen wäre.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 92.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die speditive Behandlung der Geschäfte, die es ermöglichte, alle Traktanden zu erledigen. Die nächste Sitzung findet schon in zwei Wochen, am 25. November 2021, statt; die Einladung dazu wurde bereits zugestellt. Die Sprechende wünscht allen einen schönen Abend und schliesst die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16:50 Uhr

Luzern, 28. Januar 2022

Die Protokollführerin:



Nadine Mathis

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin